

Monatsbericht des BMF Januar 2013





Monatsbericht des BMF Januar 2013

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

□ Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Überblick zur aktuellen Lage	5
Analysen und Berichte	6
Haushaltsabschluss 2012	6
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Kalenderjahr 2012	
Finanzstabilitätsgesetz	
Ein Haushalt für Europa – zum neuen mehrjährigen Finanzrahmen der EU 2014-2020	
Klimaschutzfinanzierung nach "Doha"	
Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage	47
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	47
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Dezember 2012	
Entwicklung des Bundeshaushalts	57
Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2012	61
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	63
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	68
Termine, Publikationen	70
Statistiken und Dokumentationen	72
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	74
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	106
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	113

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

der vorläufige Jahresabschluss des
Bundeshaushalts 2012 zeichnet ein erfreuliches
Bild: Der Bund hat die positive wirtschaftliche
Entwicklung entschlossen genutzt, um
die Konsolidierung des Haushalts weiter
voranzutreiben und schon 2012 einen
strukturell nahezu ausgeglichenen Haushalt
zu erreichen. Die Daten für das Jahr 2012
zeigen, dass die ab 2016 für das strukturelle
Defizit geltende Obergrenze der Schuldenregel
des Grundgesetzes von 0,35 % des
Bruttoinlandsprodukts bereits vier Jahre früher
unterschritten wird als vorgeschrieben. Das ist
für Deutschland ein Ansporn, auf dem Wege
der Konsolidierung weiter voranzuschreiten.

Am 15. Januar 2013 hat das Statistische Bundesamt die ersten Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für den Sektor Staat in Deutschland (Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherungen) für das vergangene Jahr vorgelegt: Erstmals seit der deutschen Einheit hat der öffentliche Gesamthaushalt im Jahr 2012 einen strukturellen Finanzierungsüberschuss erzielt. Besonders der Bund reduzierte sein Defizit deutlich – gegenüber 2010 um mehr als 70 Mrd. €. Die Gemeindeebene konnte ihren Überschuss sogar auf 6 Mrd. € ausweiten. Dies ist nicht zuletzt ein Erfolg der kommunalfreundlichen Politik der Bundesregierung.



Deutschland ist Stabilitätsanker in Europa und hält die internationalen Verpflichtungen, die auf Ebene der 20 wichtigsten Industrieund Schwellenländer (G20) vereinbart wurden, verlässlich ein. Dies hat maßgeblich zur Stärkung des Vertrauens und zur guten wirtschaftlichen Entwicklung in den vergangenen Jahren beigetragen. Über die erfreuliche Einkommensentwicklung insbesondere in den beiden vorangegangenen Jahren profitieren davon gerade auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland. Diesen Kurs wird die Bundesregierung konsequent weiterverfolgen.

P. 2011-

Dr. Thomas Steffen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Überblick zur aktuellen Lage

Wirtschaft

- Die deutsche Wirtschaft erwies sich angesichts der konjunkturellen Schwäche im Euroraum im Jahr 2012 als recht robust. Der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Aktivität fiel mit preisbereinigt 0,7% jedoch weniger stark aus als in den beiden Jahren zuvor. In diesem dürfte das Bruttoinlandsprodukt erheblich vorbelastet durch ein schwaches Winterhalbjahr 2012/2013 um preisbereinigt 0,4% ansteigen.
- Im Jahresdurchschnitt 2012 befand sich der Arbeitsmarkt insgesamt in einer guten Grundverfassung. Die Arbeitslosenzahl verringerte sich und blieb damit weiter unter der Dreimillionenmarke. Die Zahl der erwerbstätigen Personen erreichte mit 41,59 Millionen einen neuen Höchststand. Im Jahresverlauf waren die Bremsspuren der nachlassenden konjunkturellen Dynamik allerdings bereits zu spüren.
- Die Preisentwicklung in Deutschland verlief im vergangenen Jahr in ruhigen Bahnen. Der jahresdurchschnittliche Anstieg des Verbraucherpreisniveaus lag bei 2,0 %.

Finanzen

- Die gesamtstaatlichen Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) lagen im Dezember 2012 um 2,7% über dem Niveau des Vorjahresmonats. Das gesamte Steueraufkommen erhöhte sich für das Jahr 2012 im Vergleich zu 2011 insgesamt um 4,7%.
- Der Bundeshaushalt 2012 schließt mit einem Finanzierungsdefizit von 22,8 Mrd. € (vorläufige Daten) ab. Die Nettokreditaufnahme beläuft sich auf 22,5 Mrd. €.
- Ende November beträgt das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit rund 11,9 Mrd. € und unterschreitet damit den Vorjahreswert um rund 3,9 Mrd. €. Für das gesamte Haushaltsjahr 2012 wird mit einem Finanzierungsdefizit von 14,8 Mrd. € geplant.
- Ende Dezember 2012 erreichte die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe 1,32 %; die Zinsen im Dreimonatsbereich gemessen am Euribor beliefen sich auf 0,19 %.

Europa

- Beim ECOFIN-Rat am 22. Januar 2013 in Brüssel stand im Mittelpunkt der Beratungen die Abstimmung über die Verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionsteuer. Die neue irische Präsidentschaft stellte ihr Arbeitsprogramm vor. Die Europäische Kommission legte ihren Aktionsplan zur Verstärkung der Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung dar. Die Arbeiten an den drei sich aktuell im Trilog befindlichen Gesetzgebungsvorschlägen - Vorschriften für die Eigenkapitalanforderungen (CRD IV-Paket), gemeinsamer Bankenaufsichtsmechanismus sowie weitere Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung (Two-Pack) - sollen prioritär und zügig fortgesetzt werden.
- Am 21. Januar 2013 beriet sich die Eurogruppe. Im Vordergrund stand die Nachfolge für den Vorsitz der Eurogruppe sowie das weitere Vorgehen bei den Programmländern.

HAUSHALTSABSCHLUSS 2012

Haushaltsabschluss 2012

Ist-Ergebnis der Ausgaben und Einnahmen des Bundes im Haushaltsjahr 2012

- Die Neuverschuldung im Bundeshaushalt 2012 fällt mit 22,5 Mrd. € um 5,6 Mrd. € niedriger aus als noch im Soll des 2. Nachtragshaushalts veranschlagt. Gegenüber dem Ist-Ergebnis 2011 war eine um 5,1 Mrd. € höhere Nettokreditaufnahme des Bundes zu verzeichnen.
- Aussagekräftiger für die Ausrichtung der Finanzpolitik des Bundes ist die auch für die Schuldenbremse wichtige strukturelle Nettokreditaufnahme. Sie lag auf Basis der vorläufigen Daten mit einem Wert von 0,32 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bereits im vergangenen Jahr unter der für den Bund dauerhaft geltenden Obergrenze von 0,35 % des BIP. Damit wurde die reguläre Obergrenze schon im zweiten Jahr der Anwendung der Schuldenbremse eingehalten. Die strukturelle Nettokreditaufnahme fiel damit auch deutlich geringer als im Jahr 2011 mit 0,85 % des BIP aus und verdeutlicht den Konsolidierungserfolg der Bundesregierung.
- Dass die tatsächliche Nettokreditaufnahme anders als die strukturelle Nettokreditaufnahme gleichwohl höher ausfiel als im Jahr 2011, liegt insbesondere an Einmaleffekten: den Zahlungen für den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) sowie für die Kapitalerhöhung der Europäischen Investitionsbank (EIB) in Höhe von insgesamt 10,3 Mrd. €.

1	Finanzpolitische Rahmenbedingungen	6
2	Gesamtübersicht	7
2.1	Haushalt 2012	7
2.2	Bedeutende Veränderungen des Haushalts 2012 gegenüber dem Haushalt 2011	8
3	Einhaltung der grundgesetzlichen Schuldenregel	10
	Berechnung der zulässigen Nettokreditaufnahme nach Haushaltsabschluss	
3.2	Finanzpolitische Implikationen	11
4	Entwicklung der konsumtiven und investiven Ausgaben	13
4.1	Konsumtive Ausgaben	13
	Investive Ausgaben	
	Fntwicklung wesentlicher Ausgabe- und Finnahmenositionen	

1 Finanzpolitische Rahmenbedingungen

Das Bruttoinlandsprodukt ist im Jahr 2012 preisbereinigt um 0,7% angestiegen. In den zwei Jahren zuvor fiel das Wachstum im Zuge des Aufholprozesses nach der Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich kräftiger aus. Die deutsche Wirtschaft erwies sich angesichts der konjunkturellen Schwäche im Euroraum im Jahr 2012 noch als recht robust. Das Wachstumstempo

hat sich im Jahresverlauf jedoch deutlich abgeschwächt. Dabei wirkte die spürbare Verlangsamung des weltwirtschaftlichen Expansionstempos dämpfend auf die Wirtschaftsentwicklung im abgelaufenen Jahr. Daneben hat die mit der Verschuldung in den Industriestaaten einhergehende Verunsicherung der Marktteilnehmer die Investitionsbereitschaft der deutschen Wirtschaft massiv beeinträchtigt. Zwar nahm der Konsum im Inland weiter zu. Der deutliche Rückgang der Investitionen konnte hierdurch jedoch nicht kompensiert

HAUSHALTSABSCHLUSS 2012

werden. Vor allem von den Nettoexporten gingen im Jahr 2012 Wachstumsimpulse aus. Dabei wirkte die Nachfrage aus dem Nicht-Euroraum stützend. Der Arbeitsmarkt zeigte sich insgesamt in robuster Verfassung. Der Beschäftigungsaufbau setzte sich im Jahresdurchschnitt fort und erreichte mit 41,59 Millionen erwerbstätigen Personen einen neuen Höchststand.

Der Bund konnte im vergangenen Jahr insgesamt 8,0 Mrd. € Steuermehreinnahmen gegenüber 2011 erzielen und erreicht mit 256,1 Mrd. € Einnahmen aus Steuereinnahmen das bislang höchste Jahressteuerergebnis. Den engen Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung und den Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte verdeutlicht ein Blick auf die Entwicklung der Steuereinnahmen von Bund und Ländern 2012. Einzelheiten hierzu können dem nachfolgenden Artikel "Die Steuereinnahmen des Bundes und der

Länder im Kalenderjahr 2012" in diesem BMF-Monatsbericht entnommen werden. Dabei sind Abweichungen zu den in Tabelle 1 und Tabelle 2 aufgeführten Einnahmen des Bundeshaushalts aus Steuereinnahmen methodisch bedingt.

2 Gesamtübersicht

2.1 Haushalt 2012

Tabelle 1 zeigt wesentliche Werte zum Haushaltsabschluss 2012.

Ausgaben

Die Ausgaben des Bundes summierten sich im Haushaltsjahr 2012 auf 306,8 Mrd. €. Gegenüber 2011 mit Gesamtausgaben in Höhe von 296,2 Mrd. € stiegen diese um 10,5 Mrd. € oder 3,6%. Der Ausgabenanstieg

Tabelle 1: Gesamtübersicht

	Soll 2012 ¹	Ist 2012	Ist 2011	Veränderung ge	genüber Vorjahr
		in Mi	o.€²		in %
	Ermittlung o	des Finanzierungssald	dos		
1. Ausgaben zusammen	311 600	306 775	296 228	+10 547	+3,6
2. Einnahmen zusammen	283 137	283 956	278 520	+5 436	+2,0
Steuereinnahmen	256 156	256 086	248 066	+8 020	+3,2
Sonstige Einnahmen	26 981	27 870	30 455	-2 585	-8,5
Einnahmen ./. Ausgaben = Finanzierungssaldo	-28 463	-22 774	-17 667	-5 107	+28,9
	Deckung d	es Finanzierungssald	os		
Nettokreditaufnahme	28 100	22 480	17 343	+5 137	+29,6
Münzeinnahmen (nur Umlaufmünzen)	363	293	324	-31	-9,6
Nachrichtlich:					
Investive Ausgaben					
(Baumaßnahmen, Beschaffungen über 5 000 € je Beschaffungsfall, Darlehen, Inanspruchnahme aus Gewährleistungen und ähnliches; 2012 auch Einzahlungen an ESM und EIB)	37 469	36 324	25 378	+10946	+43,1

¹ Soll inklusive 1. und 2. Nachtragshaushalt.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

² Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

HAUSHALTSABSCHLUSS 2012

ist im Wesentlichen auf die deutsche Beteiligung am Grundkapital des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) mit 8,7 Mrd. € sowie auf die Erhöhung des deutschen Kapitalanteils an der Europäischen Investitionsbank (EIB) mit 1,6 Mrd. € zurückzuführen. Die Zahlungen waren im Rahmen der umfassenden Maßnahmenpakete zur Stabilisierung des Euroraums notwendig; die haushaltsmäßigen Ermächtigungen wurden mit den Nachtragshaushalten beschlossen. Sie werden in der strukturellen Nettokreditaufnahme der Schuldenbremse nicht berücksichtigt. da sie die Vermögensposition des Bundes nicht verschlechtern. Demgegenüber stehen 2,1 Mrd. € geringere Ausgaben im Bereich der Arbeitsmarktpolitik aufgrund der auch strukturell guten Arbeitsmarktlage im Jahr 2012.

Einnahmen

Die Einnahmen des Bundes aus Steuern und Verwaltungseinnahmen beliefen sich auf 284,0 Mrd. €. Gegenüber 2011 mit Gesamteinnahmen von 278,5 Mrd. € entspricht dies einem Zuwachs von 5,4 Mrd. € oder 2,0 %. Die Steuereinnahmen des Bundes beliefen sich 2012 auf 256,1 Mrd. €. Gegenüber 2011 mit Steuereinnahmen in Höhe von 248.1 Mrd. € wuchsen diese um 8,0 Mrd. € oder 3,2%. Rückläufig entwickelten sich die sonstigen Einnahmen des Bundes. Diese sanken von 30,5 Mrd. € im Jahr 2011 um 2,6 Mrd. € auf 27,9 Mrd. € im Jahr 2012. Hier hat sich u. a. die verringerte Gewinnabführung der Bundesbank ausgewirkt; diese reduzierte sich von 2,2 Mrd. € im Jahr 2011 auf 0,6 Mrd. € im Jahr 2012. Der Gewinnrückgang begründet sich vor allem in der Erhöhung der Risikovorsorge der Deutschen Bundesbank in Form höherer Rückstellungen für allgemeine Wagnisse.

Finanzierungsdefizit

Aus der Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben ergibt sich für das Haushaltsjahr 2012 ein Finanzierungsdefizit von 22,8 Mrd. €. Finanziert wurde dieses Defizit 2012 über eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 22,5 Mrd. € und Münzeinnahmen (Umlaufmünzen) von 0,3 Mrd. €. Somit stieg die Nettokreditaufnahme des Bundes 2012 deutlich um 5,1 Mrd. € gegenüber einer Nettoneuverschuldung 2011 von 17,3 Mrd. €. Hierbei sind allerdings die obengenannten Leistungen des Bundes im Zusammenhang mit der Staatsschuldenkrise einiger europäischer Staaten mit einem Volumen von 10,3 Mrd. € zu berücksichtigen.

Nachtragshaushalte

Zum Bundeshaushalt 2012 wurden zwei Nachtragshaushalte beschlossen. Um die notwendige haushaltsrechtliche Ermächtigung für den deutschen Beitrag am einzuzahlenden Kapital des Europäischen Stabilitätsmechanismus zu schaffen, wurde am 21. März 2012 vom Bundeskabinett das 1. Nachtragshaushaltsgesetz 2012 beschlossen. Dieses trat am 18. September 2012 in Kraft.

Das 2. Nachtragshaushaltsgesetz 2012 wurde am 21. November 2012 vom Deutschen Bundestag beschlossen. Wesentlicher Inhalt war die haushaltsrechtliche Ermächtigung für die Zahlung des deutschen Anteils an der Kapitalerhöhung der Europäischen Investitionsbank in Höhe von rund 1,6 Mrd. €. Daneben diente das 2. Nachtragshaushaltsgesetz der Umsetzung der Entscheidungen zum weiteren Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren. Diese wurden im Zuge der Abstimmung mit den Bundesländern zur Umsetzung des Fiskalpakts und des ESM-Vertrags getroffen.

2.2 Bedeutende Veränderungen des Haushalts 2012 gegenüber dem Haushalt 2011

Tabelle 2 zeigt wesentliche Veränderungen im Haushaltsergebnis des Jahres 2012 gegenüber dem Haushaltsjahr 2011.

Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt zeigt sich 2012 insgesamt in einer robusten Grundverfassung.

HAUSHALTSABSCHLUSS 2012

Tabelle 2: Wesentliche Veränderungen des Haushalts 2012 gegenüber 2011

Aufgabenbereich	Soll 2012 ¹	Ist 2012	Ist 2011	Veränderung ge	genüber Vorjahr	
		in M	io. € ²		in %	
Ausgaben						
Arbeitsmarkt	40 287	39 506	41 577	-2 071	-4,98	
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	1 887	1 850	587	1 263	+214,90	
Beteiligung am Grundkapital des ESM	8 687	8 687	-	8 687	x	
Erhöhung des Kapitalanteils an der EIB	1 617	1 617	-	1 617	х	
Bildung und Forschung	17 994	17 668	16 086	1 582	+9,83	
Leistungen an die Gesetzliche Krankenversicherung (Gesundheitsfonds)	14 000	14 000	15 300	-1 300	-8,50	
Zinsen	31 287	30 487	32 800	-2 313	-7,05	
Einnahmen						
Steuereinnahmen zusammen	256 156	256 086	248 066	8 020	+3,23	

¹ Soll inklusive 1. und 2. Nachtragshaushalt.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Im Jahresdurchschnitt setzte sich der Beschäftigungsaufbau fort, und die Erwerbstätigkeit erreichte einen neuen Höchststand. Gleichzeitig wies die Zahl der arbeitslosen Personen im vergangenen Jahr das niedrigste Niveau seit 1991 auf. Dieses gute Ergebnis spiegelt sich auch in Ausgabenentlastungen für den Bereich Arbeitsmarkt wider.

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Durch das Gesetz zur Neuregelung des Wohngeldrechts und zur Änderung des Sozialgesetzbuches war im Jahr 2009 eine quotale Beteiligung des Bundes an den Ausgaben der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung eingeführt worden. Bezugsgröße sind die Ausgaben des Vorvorjahres. Im Rahmen des Vermittlungsverfahrens zum "Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB II und SGB XII)" hat sich der Bund bereiterklärt, die Kommunen bei der Grundsicherung im Alter und bei

Erwerbsminderung zu entlasten. Zu diesem Zweck hat der Bund seine Erstattungen der Nettoausgaben des Vorvorjahres von 15 % (2011) auf 45 % (2012) erhöht. Daraus ergibt sich für 2012 gegenüber dem Vorjahr die deutliche Erhöhung der Ausgaben auf 1,9 Mrd. €.

Beteiligung am Grundkapital des Europäischen Stabilitätsmechanismus

Der ESM ist als dauerhafter, robuster Krisenbewältigungsmechanismus integraler Bestandteil der Strategie der Bundesregierung und der Eurostaaten, den Euroraum nachhaltig zu stabilisieren. Die Staats- und Regierungschefs des Euroraums haben sich im Dezember 2011 darauf verständigt, den ESM nicht wie ursprünglich geplant im Sommer 2013, sondern bereits im Juli 2012 in Kraft treten zu lassen. Darüber hinaus haben sie sich verpflichtet, bereits 2012 zwei der insgesamt fünf jährlichen Raten einzuzahlen. Mit dem 1. Nachtragshaushalt 2012 wurden die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen, um die ersten beiden Raten des deutschen Anteils am Eigenkapital des ESM in Höhe von insgesamt rund 8,7 Mrd. € leisten

² Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

HAUSHALTSABSCHLUSS 2012

zu können. Auf Deutschland entfallen rund 21,7 Mrd. € des Stammkapitals des ESM.

Erhöhung des Kapitalanteils an der Europäischen Investitionsbank

Der Europäische Rat hat im Juni 2012 im Rahmen des Europäischen Pakts für "Wachstum und Beschäftigung" die Erhöhung des Eigenkapitals der EIB beschlossen. Dadurch soll die EIB in die Lage versetzt werden, einen substanziellen zusätzlichen Beitrag zur Schaffung nachhaltigen Wachstums in Europa zu leisten. Der deutsche Anteil an der Kapitalerhöhung beträgt 1,6 Mrd. €. Mit dem 2. Nachtragshaushalt 2012 wurde die haushaltsrechtliche Ermächtigung zur zeitnahen Zahlung des auf Deutschland entfallenden Anteils an der Kapitalerhöhung geschaffen.

Bildung und Forschung

Um die Zukunftsfähigkeit Deutschlands sicherzustellen, hat die Bundesregierung ihre Politik konsequent auf Bildung, Forschung und Innovation ausgerichtet und mehr Geld als jemals zuvor in diese Bereiche investiert.

Leistungen an die Gesetzliche Krankenversicherung (Gesundheitsfonds)

Der Bundeszuschuss an die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) zur pauschalen Abgeltung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben stieg 2012 gegenüber dem Vorjahr um 0,7 Mrd. € auf 14,0 Mrd. € an. Gegenüber dem Vorjahr entfiel der einmalige zusätzliche Bundeszuschuss zur Kompensation krisenbedingter Mindereinnahmen in Höhe von 2,0 Mrd. €.

Zinsen

Die Haushaltsansätze für Zinsausgaben basieren auf dem bestehenden Schuldenportfolio, der zur Finanzierung der Tilgungen und des Nettokreditbedarfs geplanten neuen Kreditaufnahme, den bestehenden und geplanten Swapverträgen und auf der voraussichtlichen Kassenfinanzierung. Auch im Jahr 2012 profitierte der Bund bei seiner Kreditaufnahme von einem weiterhin niedrigen Zinsniveau.

Steuereinnahmen

Im Vergleich zum Vorjahr konnte der Bund 2012 Steuermehreinnahmen in Höhe von 8,0 Mrd. € generieren. Genauere Angaben können dem nachfolgenden Bericht "Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Kalenderjahr 2012" entnommen werden.

3 Einhaltung der grundgesetzlichen Schuldenregel

Um die Einhaltung der neuen Schuldenregel des Artikels 115 Grundgesetz (GG) auch im Haushaltsvollzug sicherzustellen, wird die tatsächliche Nettokreditaufnahme im Nachhinein mit dem Wert verglichen, der sich rückblickend aufgrund der tatsächlichen Wirkung der konjunkturellen Entwicklung auf den Haushalt und der tatsächlichen finanziellen Transaktionen als maximal zulässige Nettokreditaufnahme ergibt.

3.1 Berechnung der zulässigen Nettokreditaufnahme nach Haushaltsabschluss

Die Berechnung der nach der Schuldenregel maximal zulässigen Nettokreditaufnahme für das Soll und Ist des Haushaltsjahres 2012 ist in Tabelle 3 dargestellt.

Bei der Aufstellung des Bundeshaushalts 2012 wurde die zulässige Nettokreditaufnahme unter Berücksichtigung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung und der geplanten finanziellen Transaktionen ermittelt. Ausgehend von der zulässigen strukturellen Nettokreditaufnahme (39,4 Mrd. €) erfolgte eine Bereinigung um die Konjunkturkomponente (-5,3 Mrd. €) und um den Saldo der finanziellen

HAUSHALTSABSCHLUSS 2012

Transaktionen (4,3 Mrd. €). Damit ergab sich für das Haushalts-Soll eine maximal zulässige Nettokreditaufnahme in Höhe von 40,5 Mrd. €.

Zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Haushalts im Herbst 2011 erwartete die Bundesregierung für das Jahr 2012 ein Wachstum des nominalen Bruttoinlandsprodukts von + 2,4%. Gemäß der Meldung des Statistischen Bundesamts vom 15. Januar 2013 ist das nominale Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr lediglich um 2,0% gestiegen. Da das nominale BIP-Wachstum um 0,4 Prozentpunkte niedriger ausfiel als erwartet, wird die Konjunkturkomponente um diesen Effekt angepasst. Damit erhöhte sich das konjunkturbedingte Defizit im Haushaltsvollzug um 1,6 Mrd. € auf 7,0 Mrd. € gegenüber dem Soll.

Darüber hinaus hat sich im Haushaltsvollzug ein negativer Saldo der finanziellen Transaktionen von -7,4 Mrd. € ergeben. Diese Vorzeichenumkehr gegenüber dem Soll vom Dezember 2011 ist im Wesentlichen auf die in den beiden Nachtragshaushalten beschlossenen obengenannten Beteiligungserwerbe am ESM und an der EIB zurückzuführen.

Nach Abzug der angepassten Konjunkturkomponente (-7,0 Mrd. €) und des tatsächlichen Saldos der finanziellen Transaktionen (-7,4 Mrd. €) von der strukturellen Defizitobergrenze (39,4 Mrd. €) liegt die maximal zulässige Neuverschuldung nach Haushaltsabschluss nach vorläufigen Berechnungen bei 53,8 Mrd. €. Die für die Schuldenbremse relevante tatsächliche Nettokreditaufnahme unter Berücksichtigung eines Überschusses des Energie- und Klimafonds (22,3 Mrd. €) hat damit im Haushaltsjahr 2012 die nach der Schuldenregel errechnete zulässige Neuverschuldung um 31,5 Mrd. € erneut deutlich unterschritten. Mit dem aktualisierten Ergebnis zum Bruttoinlandsprodukt 2012 wird die Differenz erneut berechnet und gemäß § 7 Absatz 1 des Artikel-115-Gesetzes (G115) zum 1. März 2013 erstmals und zum 1. September 2013 endgültig auf dem Kontrollkonto gebucht. Nach den derzeit noch vorläufigen Berechnungen ergibt sich damit

kumuliert mit der Buchung des Vorjahres ein Positivsaldo in Höhe von 56,7 Mrd. € auf dem Kontrollkonto. Die strukturelle Nettokreditaufnahme lag im Jahr 2012 bei nur knapp 8 Mrd. € beziehungsweise 0,32 % des BIP. Damit unterschritt die strukturelle Nettokreditaufnahme bereits im zweiten Jahr der Anwendung der Schuldenregel die erst ab 2016 dauerhaft geltende Obergrenze von 0,35 % des BIP.

3.2 Finanzpolitische Implikationen

Die erfreuliche wirtschafts- und finanzpolitische Entwicklung im Jahr 2012 verdeutlicht, dass ein glaubwürdiger Konsolidierungskurs zur Stärkung der binnen wirtschaftlichen Wachstumsgrund lagenbeiträgt und eine rasche Rückkehr zu soliden Staatsfinanzen ermöglicht. Konsolidierung und Wachstum stellen keine Gegensätze dar, sondern ergänzen sich gegenseitig. Die Schuldenbremse ist dabei ein wichtiger Garant für eine konjunkturgerechte und zugleich langfristig tragfähige Finanzpolitik. Die positiven Buchungen auf dem Kontrollkonto der Haushaltsjahre 2011 und 2012 bedeuten, dass weniger neue Kredite aufgenommen wurden, als die Schuldenregel erlaubt. Die Bundesregierung hat jedoch stets erklärt, dass sie Positivsalden des Kontrollkontos nicht nutzen wird. Denn das Kontrollkonto ist kein "Girokonto", das zur Finanzierung zusätzlicher Ausgaben genutzt werden kann. Dementsprechend soll mit dem Gesetz zur Fiskalvertragsumsetzung, das die Koalition am 15. Januar 2013 beschlossen hat, eine Änderung des Artikel-115-Gesetzes vorgenommen werden. Danach wird der kumulierte Saldo des Kontrollkontos am Ende des Übergangszeitraums (also zum 31. Dezember 2015) gelöscht. Diese Regelung stellt sicher, dass es nicht darum geht, angehäufte Positivbuchungen aus dem Übergangszeitraum in den Dauerzustand zu übertragen.

Das positive Haushaltsergebnis des Jahres 2012 darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass der wachstumsfreundliche Konsolidierungskurs

HAUSHALTSABSCHLUSS 2012

Tabelle 3: Vorläufige Abrechnung des Bundeshaushalts 2012 gemäß Schuldenregel

		Soll ¹	Ist ²
		in Mrd. €	
1	Maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme (in % des BIP) (Basis 2010: 2,21%, Abbauschritt: 0,31% p. a.)	1,591	
2	Nominales Bruttoinlandsprodukt des der Haushaltsaufstellung vorangegangenen Jahres (Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung)	2 476,8	
3	Maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme (1) x (2)	39,4	
4	Nettokreditaufnahme	26,1	22,3
4a	Nettokreditaufnahme Bundeshaushalt	26,1	22,5
4b	Finanzierungssaldo Energie- und Klimafonds		0,2
5	Saldo finanzieller Transaktionen	4,3	-7,4
5a	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen	6,9	4,8
5aa	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen Bundeshaushalt	6,9	4,8
5ab	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen Energie- und Klimafonds	-	0,0
5b	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen	2,7	12,2
5ba	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen Bundeshaushalt	2,7	12,2
5bb	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen Energie- und Klimafonds	-	0,0
6	Konjunkturkomponente Soll: (6a) x (6c) Ist: [(6a) + (6b)] x (6c)	-5,3	-7,0
6a	Nominale Produktionslücke (Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung)	-33,3	
6b	Anpassung an tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung [Ist (6ba) - Soll (6ba)] $\% x$ (6bb)	-	-10,2
6ba	Nominales Bruttoinlandsprodukt (% gegenüber Vorjahr)	2,4	2,0
6bb	Nominales Bruttoinlandsprodukt des Vorjahres	-	2 592,6
6c	Budgetsensitivität (ohne Einheit)	0,160	
7	Abbauverpflichtung aus Kontrollkonto	-	
8	Maximal zulässige Nettokreditaufnahme (3) - (5) - (6) - (7)	40,5	53,8
9	Strukturelle Nettokreditaufnahme (4) + (5) + (6)	25,0	7,9
10	Be(-)/Ent(+)lastung des Kontrollkontos (8) - (4) oder (3) - (9)	-	31,5
11	Saldo Kontrollkonto Vorjahr	-	25,2
12	Saldo Kontrollkonto neu (10) + (11)	-	56,7

 $Abweichungen \, in \, den \, Summen \, und \, in \, den \, Produkten \, durch \, Rundungen \, m\"{o}glich.$

entschlossen fortgesetzt werden muss: Denn die Kreditaufnahme 2012 liegt immer noch deutlich über dem Niveau des letzten Vorkrisenjahres 2008. Gleichzeitig bergen die Unsicherheiten bezüglich der weiteren Zinsentwicklung und auch die weiteren Maßnahmen zur Bekämpfung der Staatsschuldenkrise einiger europäischer Staaten erhebliche Risiken für den Bundeshaushalt. Umso wichtiger ist es, mit der weiteren Einhaltung der Vorgaben der nationalen Schuldenregel und des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte dauerhaft zu sichern.

¹ Soll bezieht sich auf das Haushaltsgesetz 2012 vom 22. Dezember 2011 (BGBI. I S. 2938).

² Vorläufige Bebuchung des Kontrollkontos; endgültige Bebuchung erfolgt jeweils zum 1. September des dem betreffenden Haushaltsjahr folgenden Jahres.

HAUSHALTSABSCHLUSS 2012

4 Entwicklung der konsumtiven und investiven Ausgaben

Ausgaben des Bundes können entsprechend ihrer Wirkung auf die gesamtwirtschaftlichen Abläufe nach konsumtiven und investiven Ausgabearten unterschieden werden. So werden u. a. Baumaßnahmen, der Immobilienkauf, Darlehen und die Inanspruchnahmen aus Gewährleistungen den investiven Ausgaben zugeordnet. Personalausgaben, sächliche Verwaltungsausgaben inklusive militärische Beschaffungen sowie Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme der für Investitionen sind konsumtive Ausgaben¹.

4.1 Konsumtive Ausgaben

Die konsumtiven Ausgaben des Bundes beliefen sich im Haushalt 2012 auf 270,5 Mrd. € und hatten somit einen rechnerischen Anteil von 88,2% an den Gesamtausgaben des Bundes. Im Vergleich mit 2011 lagen diese um 0,4 Mrd. € unter dem Vorjahresniveau 2011 von 270,9 Mrd. €. Mit 113,4 Mrd. € haben die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse an Sozialversicherungen auch 2012 wieder den größten Anteil an den konsumtiven Ausgaben des Bundes.

Die investiven Ausgaben des Bundes beliefen sich 2012 auf 36,3 Mrd. € und haben somit einen rechnerischen Anteil von 11,8 % an den Gesamtausgaben des Bundes. Gegenüber dem Haushaltsjahr 2011 mit 25,4 Mrd. € stiegen diese um 10,9 Mrd. € oder 43,1%.

Unter den investiven Ausgaben summierten sich 2012 die Sachinvestitionen des Bundes auf 7,8 Mrd. €. Diese stiegen gegenüber 2011 um 0,5 Mrd. € oder 8,1%. Den Hauptanteil hieran hatten mit 6,1 Mrd. € Ausgaben für Baumaßnahmen des Bundes, größtenteils für den Bau und Erhalt von Bundesautobahnen und Bundesstraßen.

Die Finanzierungshilfen bildeten mit 28,6 Mrd. € den größten Ausgabenblock der investiven Ausgaben im Jahr 2012.
Gegenüber 2011 stiegen diese insbesondere aufgrund der Zahlungen für ESM und EIB von 18,2 Mrd. € um 10,4 Mrd. € oder 56,9 %. Des Weiteren wurden u. a. Baukostenzuschüsse für einen Infrastrukturbeitrag zur Erhaltung der Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes (2,5 Mrd. €) und für Investitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes (1,2 Mrd. €) geleistet. Bedeutsam waren ebenso investive Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit in Höhe von rund 3,0 Mrd. €.

Tabelle 4: Gesamtübersicht der konsumtiven und investiven Ausgaben

Bezeichnung	Soll 2012 ¹	Ist 2012	Ist 2011	Veränderung ge	genüber Vorjahr
		in Mi	o. €²		in%
Ausgaben zusammen	311 600	306 775	296 228	+10 547	+3,6
Konsumtive Ausgaben	274 373 ³	270 451	270 850	-399	-0,1
Investive Ausgaben	37 469	36 324	25 378	+10 946	+43,1

¹ Soll inklusive 1. und 2. Nachtragshaushalt.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

^{4.2} Investive Ausgaben

¹Eine genaue Auflistung findet sich in § 13 Absatz 3 der Bundeshaushaltsordnung.

² Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

³ Inklusive Globale Minderausgaben (243 Mio. €).

HAUSHALTSABSCHLUSS 2012

Tabelle 5: Konsumtive Ausgaben des Bundes

Aufgabenbereich	Soll 2012 ¹	Ist 2012	Ist 2011	Veränderung ge	genüber Vorjahr
		in M	io.€²		in %
Konsumtive Ausgaben ³	274 373 ³	270 451	270 850	-399	-0,1
Personalausgaben	28 497	28 046	27 856	+190	+0,7
Laufender Sachaufwand	23 828	23 703	21 946	+1 757	+8,0
Sächliche Verwaltungsausgaben	11 341	11 404	9 976	+1 429	+14,3
Militärische Beschaffungen	10 673	10 287	10 137	+150	+1,5
Sonstiger laufender Sachaufwand	1 814	2 012	1 833	+178	+9,7
Zinsausgaben	31 287	30 487	32 800	-2 313	-7,1
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	190 295	187 734	187 554	+181	+0,1
an Verwaltungen	17 600	17 090	15 930	+1 160	+7,3
an andere Bereiche	172 696	170 644	171 624	-979	-0,6
Darunter:					
Unternehmen	25 106	24 225	23 882	+344	+1,4
Renten, Unterstützungen u. ä. an natürliche Personen	26 931	26 307	26 718	-412	-1,5
Sozialversicherung	113 678	113 424	115 398	-1 973	-1,7
private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 673	1 668	1 665	+3	+0,2
Ausland	5 305	5 017	3 958	+1 059	+26,8
Sonstige	2	2	2	-0	-9,9
Sonstige Vermögensübertragungen	467	480	695	-214,0	-30,8

¹ Soll inklusive 1. und 2. Nachtragshaushalt.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Tabelle 6: Investive Ausgaben des Bundes

Aufgabenbereich	Soll 2012 ¹	Ist 2012	Ist 2011	Veränderung ge	genüber Vorjahr
		in M	io. €²		in %
Investive Ausgaben	37 469	36 324	25 378	+10 946	+43,1
Sachinvestitionen	7 997	7 760	7 175	+584	+8,1
Baumaßnahmen	6 519	6 147	5 814	+333	+5,7
Finanzierungshilfen	29 473	28 564	18 202	+10 362	+56,9
Finanzierungshilfen an öffentlichen Bereich	5 588	5 790	5 243	+547	+10,4
Finanzierungshilfen an sonstige Bereiche	23 885	22 775	12 959	+9 815	+75,7
Darlehen	2 653	1 934	2 028	-93	-4,6
Zuschüsse	9 728	9 735	9 346	+389	+4,2
Beteiligungen	10 304	10 304	788	+9 516	+1 207,1
Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	1 200	801	797	+4	+0,5

 $^{^{1}}$ Soll inklusive 1. und 2. Nachtragshaushalt.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 $^{^2} Abweichungen \, durch \, Rundung \, der \, Zahlen \, m\"{o}glich.$

³ Inklusive Globale Minderausgaben (243 Mio. €).

² Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

HAUSHALTSABSCHLUSS 2012

5 Entwicklung wesentlicher Ausgabe- und Einnahmepositionen

Im "Sollbericht 2012" (siehe "Bundeshaushalt 2012 – Sollbericht", Ausgabe März 2012 des BMF-Monatsberichts) wurden die nachfolgenden Ausgabeund Einnahmepositionen ausführlich kommentiert. Tabelle 7 stellt die aktualisierten Ist-Ergebnisse für das Haushaltsjahr 2012 dar.

Tabelle 7: Entwicklung wesentlicher Ausgabe- und Einnahmepositionen

Aufgaborbaraiab	Soll 2012 ¹	Ist 2012	Ist 2011	Veränderung	ggü. Vorjahr
Aufgabenbereich		in %			
	Ausgaben des Bi	undes für Soziale Sich	nerung		
Leistungen an die Rentenversicherung	81 629	81 379	81 082	+297	+0,4
Darunter:					
Bundeszuschuss an die RV der Arbeiter und Angestellten	39 985	39 893	39 638	+255	+0,6
Zusätzlicher Zuschuss	20 123	20 123	19 241	+882	+4,6
Beiträge für Kindererziehungszeiten	11 628	11 628	11 574	+53	+0,5
Beteiligung des Bundes in der knappschaftlichen Rentenversicherung und an der hüttenknappschaftlichen Zusatzversicherung	5 764	5 609	5 774	-166	-2,9
Überführung der Zusatzversorgungssysteme in die Rentenversicherung	2 925	2 909	3 111	-202	-6,5
Nachrichtlich: Überführung der Sonderversorgungssysteme in die Rentenversicherung	1 720	1 705	1 704	+1	+0,1
Leistungen an die Gesetzliche Krankenversicherung (Gesundheitsfonds)	14 000	14 000	15 300	-1 300	-8,5
Landwirtschaftliche Sozialpolitik	3 692	3 659	3 695	-37	-1,0
Darunter:					
Alterssicherung	2 170	2 194	2 212	-18	-0,8
Krankenversicherung	1 280	1 226	1 215	+11	+0,9
Unfallversicherung	175	175	200	-25	-12,5
Arbeitsmarkt	40 287	39 506	41 577	-2 071	-5,0
Darunter:					
Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung sowie zusätzliche Mittel für Bildungsmaßnahmen	7 266	7 266	8 074	-808	-10,0
Anpassungsmaßnahmen und produktive Arbeitsförderung	181	368	378	-10	-2,7
Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende	32 735	31 761	33 035	-1 274	-3,9
Darunter:					
Arbeitslosengeld II	19 370	18 951	19 384	-433	-2,2
Beteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung	4 900	4 838	4 855	-17	-0,3
Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende	4 050	4 209	4 339	-130	-3,0
Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	4 400	3 751	4 445	-694	-15,6

HAUSHALTSABSCHLUSS 2012

noch Tabelle 7: Entwicklung wesentlicher Ausgabe- und Einnahmepositionen

Aufgabenbereich	Soll 2012 ¹	Ist 2012	Ist 2011	Veränderung gege	nüber Vorjahr
Aulgabenbereich	in Mio. €²			in %	
Elterngeld	4 900	4 825	4 709	+116	+2,5
Kinderzuschlag für Anspruchsberechtigte nach § 6a Bundeskindergeldgesetz	388	372	385	-14	-3,6
Wohngeld	650	592	745	-154	-20,6
Wohnungsbau-Prämiengesetz	486	386	435	-49	-11,3
Beteiligung des Bundes an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	1 887	1 850	587	+1 263	+214,9
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	1 613	1 513	1 684	-171	-10,1
Bundesfreiwilligendienst sowie Restzahlungen nach Zivildienstgesetz	177	142	299	-156	-52,3
	Allg	emeine Dienste			
Verteidigung, einschl. zivile Verteidigung (Oberfunktion 03)	31 734	33 247	31 710	+1 537	+4,8
Militärische Beschaffung, Materialerhaltung Mehrforschung	10 603	10 217	10 137	+80	+0,8
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	6 292	6 243	5 930	+312	+5,3
Bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit	3 083	3 060	2 720	+340	+12,5
Beteiligung an den Einrichtungen der Weltbankgruppe	719	737	566	+171	+30,3
Beitrag zu den "Europäischen Entwicklungsfonds"	845	598	701	-103	-14,6
Beiträge an die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen sowie andere internationale Einrichtungen	108	108	107	+1	+1,0
Politische Führung und zentrale Verwaltung	5 798	5 921	6 369	-448	-7,0
Finanzverwaltung	4 326	3 925	3 754	+171	+4,6
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 707	3 791	3 628	+163	+4,5
Nachrichtlich: Ausgaben für Versorgung	7 502	7 747	7 494	+253	+3,4
Ziviler Bereich	2 795	2 806	2 792	+14	+0,5
Bundeswehr, Bundeswehrverwaltung	4 706	4 941	4 701	+240	+5,1
В	sildungswesen, Wiss	senschaft, Forschung	und Kultur		
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 083	9 844	9 361	+483	+5,2
Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern; darunter	3 746	3 740	3 492	+248	+7,1
Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. (MPG) in Berlin	678	678	647	+31	+4,8
Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V. (FhG) in München	463	463	441	+22	+5,0
Forschungszentren der Helmholtz- Gemeinschaft	1 833	1 833	1 684	+149	+8,8

HAUSHALTSABSCHLUSS 2012

noch Tabelle 7: Entwicklung wesentlicher Ausgabe- und Einnahmepositionen

Aufgahopharaigh	Soll 2012 ¹	Ist 2012	Ist 2011	Veränderung ge	genüber Vorjahr
Aufgabenbereich		in Mi	o.€ ²		in %
Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) & nationales Weltraumprogramm, ESA und Luftfahrtforschung	1 370	1 288	1 289	-0	-0,0
Technologie und Innovation im Mittelstand	744	699	570	+129	+22,6
Forschung und Entwicklung zur Erzeugung, Verteilung und rationellen Nutzung der Energie	270	262	244	+18	+7,4
Forschung und experimentelle Entwicklung zum Schutz und zur Förderung der Gesundheit	427	409	335	+74	+22,1
Forschung Klima, Energie, Umwelt	417	355	325	+30	+9,3
Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	1 763	1 747	1 584	+163	+10,3
Hochschulen	4 032	3 978	3 195	+783	+24,5
Kompensationsmittel für die Abschaffung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	695	695	695	-	-
Deutsche Forschungsgemeinschaft e. V. (DFG)	983	983	936	+47	+5,0
Überregionale Forschungsförderung im Hochschulbereich	298	292	222	+71	+31,9
Exzellenzinitiative Spitzenförderung von Hochschulen	308	308	327	-18	-5,5
Hochschulpakt 2020	1 460	1 460	860	+600	+69,7
Berufliche Weiterbildung	260	244	231	+13	+5,4
Kunst- und Kulturpflege	1 939	1 869	1 727	+142	+8,2
	Verkehrs- u	nd Nachrichtenwese	en		
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	12 384	12 110	11 645	+465	+4,0
Straßen	6 126	6 107	6 115	-8	-0,1
Bundesautobahnen	3 578	3 548	3 580	-31	-0,9
Bundesstraßen	2 432	2 458	2 437	+21	+0,9
Wasserstraßen und Häfen	1 711	1 683	1 675	+8	+0,5
Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden	1 336	1 336	1 336	-	-
Finanzhilfen an die Länder für die Schieneninfrastruktur des öffentlichen Personennahverkehrs	333	311	343	-32	-9,3
Nachrichtlich: Beteiligungen des Bundes an Wirtschaftsunternehmen im Verkehrsbereich Eisenbahnen des Bundes -					
Deutsche Bahn AG	4 016	4 165	4 037	+128	+3,2
Bundeseisenbahnvermögen	5 239	5 174	5 020	+155	+3,1

HAUSHALTSABSCHLUSS 2012

noch Tabelle 7: Entwicklung wesentlicher Ausgabe- und Einnahmepositionen

Aufgabenbereich	Soll 2012 ¹	Ist 2012	Ist 2011	Veränderung geg	enüber Vorjahr
Adigabelibereich		in Mi	o. €²		in %
	Wirtsc	haftsförderung			
Wirtschaftsförderung gesamt	5 372	5 089	5 656	-568	-10,0
Mittelstandsförderung	273	289	298	-10	-3,2
Regionale Förderungsmaßnahmen	635	817	937	-120	-12,8
Gemeinschaftsaufgabe "Regionale Wirtschaftsstruktur"	597	551	877	-326	-37,2
Förderung des Steinkohlenbergbaus	1 312	1 288	1 448	-161	-11,1
Gewährleistungen	1 200	801	797	+4	+0,5
Landwirtschaft	957	909	1 111	-202	-18,2
Gemeinschaftsaufgabe "Agrarstruktur und Küstenschutz"	590	584	583	+1	+0,2
	Übri	ge Ausgaben			
Zinsen	31 287	30 487	32 800	-2 313	-7,1
Wohnungswesen	1 387	1 391	1 366	+24	+1,8
Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur Sozialen Wohnraumförderung	518	518	518	-	
Energetische Sanierungs- und Wohnraummodernisierungsprogramme der KfW	845	842	801	+42	+5,2
Städtebauförderung	666	693	655	+38	+5,8
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	1 548	1 398	1 335	+63	+4,8
Gesundheit	455	464	444	+21	+4,6
Umweltschutz	440	397	392	+5	+1,3
Sport und Erholung	131	130	132	-2	-1,8
Postbeamtenversorgungskasse	6 755	6 717	6 340	+377	+5,9
Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt	200	248	257	-9	-3,5
The distriction of the state of	Einnah	men des Bundes			
Einnahmen zusammen	283 137	283 956	278 520	+5 436	+2,0
Darunter:					
Steuereinnahmen	256 156	256 086	248 066	+8 020	+3,2
Darunter:					
Bundesanteile an Gemeinschaftlichen Steuern und Gewerbesteuerumlage	206 832	205 843	196 908	+8 936	+4,!
Lohnsteuer	63 261	63 136	59 475	+3 661	+6,2
Veranlagte Einkommensteuer	15 640	15 838	13 599	+2 239	+16,5
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	9 910	10 028	9 068	+960	+10,6
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 597	3 623	3 529	+94	+2,7
Körperschaftsteuer	9 215	8 467	7 817	+650	+8,3
Steuern vom Umsatz	104 426	103 965	101 899	+2 065	+2,0
Gewerbesteuerumlage	1 583	1 587	1 520	+66	+4,4

HAUSHALTSABSCHLUSS 2012

noch Tabelle 7: Entwicklung wesentlicher Ausgabe- und Einnahmepositionen

Aufzahanharaiah	Soll 2012 ¹	Ist 2012	Ist 2011	Veränderung ge	genüber Vorjahr
Aufgabenbereich		in %			
Bundessteuern	100 413	99 794	97 305	+2 489	+2,6
Energiesteuer	39 900	39 305	40 036	-732	-1,8
Tabaksteuer	14 330	14 143	14 414	-270	-1,9
Solidaritätszuschlag	13 550	13 624	12 781	+843	+6,6
Versicherungsteuer	11 100	11 138	10 755	+383	+3,6
Stromsteuer	6 920	6 973	7 247	-274	-3,8
Branntweinsteuer	2 122	2 123	2 151	-28	-1,3
Kraftfahrzeugsteuer	8 460	8 443	8 422	+20	+0,2
Kaffeesteuer	1 045	1 054	1 028	+25	+2,5
Schaumweinsteuer	474	464	470	-6	-1,2
Luftverkehrsteuer	960	948	905	+43	+4,8
Kernbrennstoffsteuer	1 550	1 577	922	+654	+70,9
Sonstige Bundessteuern	2	2	2	+0	+10,7
Veränderungen aufgrund steuerlicher Maßnahmen und Einnahmeentwicklung	-31	-	1 828	-1 828	-100,0
Abzugsbeträge	-51 058	-49 551	-47 975	-1 576	+3,3
Ergänzungszuweisungen an Länder	-11 421	-11 621	-12 110	+489	-4,0
Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Energiesteueraufkommen	-7 085	-7 085	-6 980	-105	+1,5
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-2 070	-2 027	-1 890	-138	+7,3
BNE-Eigenmittel der EU	-21 490	-19 826	-18 003	-1 823	+10,
Kompensationszahlungen an die Länder zum Ausgleich der weggefallenen Einnahmen aus Kfz-Steuer	-8 992	-8 992	-8 992	-	
Konsolidierungshilfen	-800	-800	-533	-267	+50,0
Sonstige Einnahmen	26 981	27 870	30 455	-2 585	-8,5
Darunter:					
Abführung Bundesbank	643	643	2 206	-1 563	-70,9
Einnahmen aus Abführungen des Erblastentilgungsfonds	85	76	110	-34	-30,0
Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen, Darlehensrückflüsse sowie Privatisierungserlöse	5 913	5 183	5 267	-85	-1,(
Eingliederungsbeitrag der Bundesagentur für Arbeit	3 822	3 822	4 510	-688	-15,2
Einnahmen aus der streckenbezogenen Lkw–Maut	4610	4 3 6 2	4 477	-115	-2,

¹ Soll inklusive 1. und 2. Nachtragshaushalt.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

² Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Kalenderjahr 2012

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Kalenderjahr 2012

- Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder (ohne reine Gemeindesteuern) stiegen im Kalenderjahr 2012 insgesamt um 4,7 %.
- Eine nachlassende Wachstumsdynamik der Steuereinnahmen zeigte sich insbesondere im
 4. Quartal 2012.
- Bei den gewinnabhängigen Steuern wurden deutliche Mehreinnahmen erzielt.
- 1 Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im 4. Quartal 2012 und im Kalenderjahr 2012

Die bei Bund und Ländern im Kalenderjahr 2012¹ eingegangenen Steuereinnahmen betrugen 551,8 Mrd. €; das sind 24,5 Mrd. € beziehungsweise 4,7 % mehr als im Jahr 2011. Die Wachstumsdynamik hat dabei mit 2,1 % im 4. Quartal 2012 – nach 2,9 % beziehungsweise 8,1 % im 2. und 3. Quartal 2012 – deutlich nachgelassen.

Die Steuereinnahmen im Kalenderjahr 2012 und die Veränderungen gegenüber dem

¹Über die Einnahmen aus Gemeindesteuern berichtet das Statistische Bundesamt vierteljährlich. Diese Einnahmeergebnisse werden in der Fachserie 14 "Finanzen und Steuern", Reihe 4 "Steuerhaushalt" im Rahmen eines Gesamtüberblicks über die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden veröffentlicht.

entsprechenden Vorjahreszeitraum stellen sich im Einzelnen wie in Tabelle 1 ersichtlich dar.

Die gemeinschaftlichen Steuern übertrafen ihr Vorjahresergebnis im Kalenderjahr 2012 um 5,6 %. Im gesamten Berichtszeitraum 2012 wiesen die veranlagte Einkommensteuer, die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag und die Körperschaftsteuer die höchsten Zuwachsraten aus, während die Lohnsteuer und die Steuern vom Umsatz mit hohen absoluten Zunahmen gegenüber dem Vorjahr maßgeblich zum Mehraufkommen beitrugen.

Das Kassenaufkommen aus der Lohnsteuer stieg im Kalenderjahr 2012 um 6,7% und profitierte dabei auch von der abnehmenden Zahl der Kindergeldkinder und der somit aus dieser Steuer zu leistenden Kindergeldzahlungen, die das Vorjahresniveau nur unwesentlich überschritten (0,2%). Bei der Altersvorsorgezulage ist ein leichter Rückgang um 0,7% festzustellen. Hier kam es insbesondere zu Jahresbeginn zu verstärkten Rückforderungen gezahlter Leistungen an nicht anspruchsberechtigte Personen für zurückliegende Jahre. Maßgeblich für den kräftigen Anstieg des Lohnsteueraufkommens sind jedoch die deutlich verbesserte

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Kalenderjahr 2012

Tabelle 1: Entwicklung der Steuereinnahmen im Kalenderjahr 2012

	Kalend	lerjahr	Änderung gegenüber		
Steuereinnahmen nach Ertragshoheit	in M	io.€	Vorjahr		
	2012	2011	in Mio. €	in%	
Gemeinschaftliche Steuern	433 327	410 456	22 872	+5,6	
Reine Bundessteuern	99 794	99 133	661	+0,7	
Reine Ländersteuern	14201	13 095	1 106	+8,4	
Zölle	4 462	4571	- 108	-2,4	
Steuereinnahmen					
insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	551 785	527 255	24 530	+ 4,7	

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Lage auf dem Arbeitsmarkt mit einer Zunahme der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer sowie die tariflichen Lohnerhöhungen und die Besoldungsanpassungen im 3. Quartal 2012.

Die veranlagte Einkommensteuer

brutto lag im Berichtszeitraum 2012 um 8,8 % über dem Vorjahresniveau. Da die vom Bruttoaufkommen in Abzug gebrachten Arbeitnehmererstattungen nach § 46 Einkommensteuergesetz (EStG) den Vorjahresstand nur um 0,6% übertrafen – während die Zahlungen von Eigenheimzulagen sich durch den Wegfall eines weiteren Förderjahrgangs um 42,6% reduzierten -, stieg das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer um 16,5 % gegenüber dem Vorjahresergebnis. Die Vorauszahlungen haben im Gesamtjahr 2012 ein sehr hohes Niveau erreicht. Hieraus kann auf eine anhaltend gute Ertragslage der Selbständigen, der Einzelunternehmer und der Personengesellschaften geschlossen werden.

Die Kasseneinnahmen aus der Körperschaftsteuer nahmen im Berichtszeitraum 2012 um 8,3 % zu. Das Aufkommen war im Jahresverlauf geprägt von einigen Sonderfaktoren, die das Bild der einzelnen Quartale beeinflussten. Während es im 1. und 2. Quartal noch zu Zuwächsen von 120,1% beziehungsweise 18,5 % kam, gingen die Einnahmen im 3. und 4. Quartal 2012 um 16,4% beziehungsweise 33,4% zurück. Auch bei der Körperschaftsteuer verharrten die laufenden Vorauszahlungen auf hohem Niveau. Die konjunkturelle Abschwächung am Ende des Jahres 2012 hat somit das Aufkommen in diesem Jahr noch nicht beeinträchtigt. Die die Einnahmen der Körperschaftsteuer mindernde Auszahlung von Steuerguthaben aus Altkapital belief sich im Kalenderjahr 2012 auf insgesamt 2,3 Mrd. € und entsprach somit dem Betrag des Vorjahres.

Die Mehreinnahmen bei den **nicht** veranlagten Steuern vom Ertrag

(Steuern auf Dividenden) betrugen im Kalenderjahr 2012 insgesamt 10,6%. Dieser erhebliche Zuwachs ist geprägt von der guten Gewinnentwicklung im Vorjahr und den daraus resultierenden hohen Ausschüttungen sowie von einigen Sondereffekten. Die Umstellung des Abrechnungsverfahrens zum 1. Januar 2012 (Einführung des sogenannten Zahlstellenverfahrens) führte unterjährig zu verzögerten Zahlungseingängen und entsprechenden volatilen Aufkommensdaten im Vorjahresvergleich. Die Umstellung betraf insbesondere die Ausschüttungen von großen Kapitalgesellschaften, die über die depotführenden Banken erfolgen. Die Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern nahmen um rund ein Fünftel zu.

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Kalenderjahr 2012

Bei der Abgeltungsteuer auf Zinsund Veräußerungserträge kam es im Kalenderjahr 2012 insgesamt zu Mehreinnahmen von 2,7%. Dabei entwickelten sich die einzelnen Quartale mit -1,5%, +1,8%, +11,7% und +5,3% sehr unterschiedlich. Das Gesamtergebnis korrespondiert jedoch mit dem immer noch äußerst niedrigen Zinsniveau und der damit verbundenen deutlich verringerten Steuerbemessungsgrundlage.

Das Kassenaufkommen der **Steuern vom** Umsatz lag um 2,4% über dem Ergebnis des Jahres 2011. Die Aufkommensentwicklung war wie bereits in den Vorjahren von starken Schwankungen im Jahresverlauf gekennzeichnet. Die (Binnen-)Umsatzsteuer konnte im Kalenderjahr ein Plus von 2,5 % melden, während die Einfuhrumsatzsteuer auf Importe aus Nicht-EU-Ländern eine Zunahme um 2,2% verzeichnete. Hier ist zu berücksichtigen, dass der Zuwachs bei der Einfuhrumsatzsteuer entsprechend hohe Vorsteuerabzüge im Inland zur Folge hat, die das Aufkommen der (Binnen-) Umsatzsteuer vermindern. Im Jahresverlauf war die Entwicklung der Einfuhrumsatzsteuer generell rückläufig. Ergab sich im 1. Quartal noch ein Zuwachs von 6,4 %, weist das 4. Quartal einen Rückgang um 2,6% auf. Die Einfuhrumsatzsteuer spiegelt somit die konjunkturelle Abschwächung im Jahresverlauf 2012 wider, die die Importtätigkeit beeinträchtigt hat.

Bei den **reinen Bundessteuern** wurde das Vorjahresniveau im Berichtsjahr 2012 lediglich um 0,7% übertroffen. Nach einem Rückgang um 2,2% im 1. Quartal stieg das Volumen im 2. Quartal um 5,0%, im 3. Quartal 2012 dann mit 0,5% bereits wesentlich verhaltener als im vorangegangenen Quartal, um im 4. Quartal 2012 das Vorjahresniveau erneut um 0,7% zu unterschreiten.

Die Energiesteuer als die aufkommensstärkste Bundessteuer musste im Kalenderjahr 2012 Mindereinnahmen von 0,7 Mrd. € beziehungsweise 1,8 % hinnehmen. Während das Aufkommen aus der Energiesteuer auf Heizöl noch um 2,6 % stieg, sanken die Einnahmen aus der Energiesteuer auf Erdgas um 12,8 %. Bei Letzterer spielt allerdings die hohe Vorjahresbasis eine Rolle; zum anderen dürften die hohen Energiepreise und der bislang eher milde Winter das Ergebnis beeinflussen. Die beiden Teilkomponenten der Energiesteuer machen allerdings nur circa ein Zehntel des Gesamtaufkommens aus. Die den Großteil des Aufkommens generierende Besteuerung des Kraftstoffverbrauchs unterschritt das Vorjahresniveau um 1,0 %.

Auch die Tabaksteuer verzeichnet im Kalenderjahr 2012 eine Einschränkung ihres Volumens um 1,9 %. Dabei ist der deutliche Rückgang im 1. Quartal 2012 (-20,3 %) den vorgezogenen Käufen von Steuerzeichen in Antizipation der Erhöhung der Tabaksteuersätze zum 1. Januar 2012 geschuldet. Im 2. und 3. Quartal erholte sich das Aufkommen mit 7,6 % beziehungsweise 5,6 %. Im 4. Quartal 2012 folgte allerdings wieder ein Rückgang um 2,6 %.

Der Solidaritätszuschlag konnte dank des Zuwachses bei seinen Bemessungsgrundlagen Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag und Abgeltungsteuer auf Zins und Veräußerungserträge im Berichtszeitraum 2012 Mehreinnahmen von 6,6 % verzeichnen. Auch die Versicherungsteuer (+ 3,6 %) meldete hohe Zuwächse. Bei der Luftverkehrsteuer betrugen die Einnahmen im Kalenderjahr 2012 insgesamt 948,4 Mio. €. Sie übertrafen damit das Vorjahresniveau um 4,8 %. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Januar 2011 noch keine Luftverkehrsteuer anfiel, da die erstmalige Abführung dieser zum 1. Januar 2011 eingeführten Steuer erst im Februar 2011 fällig wurde. Die Luftverkehrsteuer wird auf die Abflüge von deutschen Flughäfen erhoben. Bei der ebenfalls im Jahr 2011 neu eingeführten Kernbrennstoffsteuer wurde im Berichtszeitraum 2012 ein Aufkommen in Höhe von 1,6 Mrd. € beziehungsweise + 70,9% erzielt. Hierzu führten im Gesamtjahr 2012 insbesondere hohe Nachzahlungen für das Jahr 2011. Diese resultierten aus einem

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Kalenderjahr 2012

Urteil des Bundesfinanzhofs, wonach keine Aussetzung der Vollziehung für laufende Verfahren zu gewähren war und ausgesetzte beziehungsweise im Jahr 2011 zurückgezahlte Beträge wieder an den Fiskus abzuführen waren. Die Kraftfahrzeugsteuer überschritt das Vorjahresniveau um 0,2%, die Kaffeesteuer um 2,5% und die Alkopopsteuer um 22,8%.

Für die übrigen Bundessteuern gab es überwiegend Mindereinnahmen: Stromsteuer (- 3,8 %), Branntweinsteuer (-1,3 %), Schaumweinsteuer (-1,0 %) und Zwischenerzeugnissteuer (-8,7 %). Die drei letztgenannten Steuern tragen allerdings nur geringfügig zum Gesamtaufkommen der Bundessteuern bei.

Die reinen Ländersteuern dehnten ihr Volumen im Kalenderjahr 2012 gegenüber dem Vorjahr um 8,4% aus. Getragen wird dieses Ergebnis insbesondere vom Zuwachs bei der Grunderwerbsteuer (+16,1%). Zum einen ist der kontinuierliche Anstieg bei der Grunderwerbsteuer ein Indiz für die gute Situation im Bau- und Immobiliensektor, zum anderen sind teilweise in einigen Bundesländern auch die Hebesätze heraufgesetzt worden. Während die Erbschaftsteuer (+ 1,4 %), die Rennwett- und Lotteriesteuer (+0,8%) und die Feuerschutzsteuer (+4,1%) Mehreinnahmen erzielten, musste die Biersteuer (- 0,8 %) Einbußen hinnehmen.

2 Entwicklung derSteuereinnahmen in deneinzelnen Monaten des4. Quartals 2012

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern) stiegen im **Oktober 2012** gegenüber dem Vorjahresmonat um **2,5**%. Für den Bund (+ 2,6%) fiel die Zunahme dabei niedriger aus als für die Länder (+ 4,2%). Die positive Entwicklung bei den gemeinschaftlichen Steuern in diesem Monat (+ 1,6%) wurde getragen von den deutlichen

Zuwächsen bei der Lohnsteuer und den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (Steuern auf Dividendenausschüttungen). Die Steuern vom Umsatz verzeichneten nach der bis dahin guten Entwicklung unerwartet hohe Einbußen. Der Aufkommensrückgang bei der Körperschaftsteuer war zum Teil auf höhere Rückzahlungen von Altkapital in diesem Monat zurückzuführen. Die Bundessteuern übertrafen das Vorjahresniveau um 3,2% nicht zuletzt aufgrund der guten Ergebnisse bei der Tabaksteuer, der Kraftfahrzeugsteuer, dem Solidaritätszuschlag und der Luftverkehrsteuer. Bei der Energiesteuer kam es zu Aufkommenseinbußen. Bei den Ländersteuern (+ 27,3%) wurden vor allem Steigerungen bei der Grunderwerbsteuer, der Erbschaftsteuer und der Rennwettund Lotteriesteuer gemeldet, während die Biersteuer und die Feuerschutzsteuer Mindereinnahmen verzeichneten.

Im **November 2012** fiel die Zunahme der Steuereinnahmen mit insgesamt 0,5% wesentlich verhaltener aus als im Oktober 2012. Der Bund (+2,8%) erzielte dabei einen höheren Zuwachs als die Länder (+1,2%), da die EU-Abführungen das Vorjahresniveau deutlich unterschritten (-30,5%). Die Steuermehreinnahmen sind vor allem auf die weiterhin sehr positive Entwicklung bei der Lohnsteuer zurückzuführen. Die Steuern vom Umsatz trugen nur mit einem leichten Einnahmeplus dazu bei. Das Ergebnis bei der Körperschaftsteuer verschlechterte sich hingegen im Berichtsmonat um 0,8 Mrd. €. Auch die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag und die Abgeltungsteuer mussten Einbußen verzeichnen. Die Bundessteuern meldeten Mehreinnahmen von lediglich 0,9 %, getragen von den Entwicklungen der Tabaksteuer, der Versicherungsteuer, der Kraftfahrzeugsteuer und der Kaffeesteuer. Die Energiesteuer, der Solidaritätszuschlag, die Stromsteuer und die Luftverkehrsteuer unterschritten das Niveau des Vorjahresmonats. Die reinen Ländersteuern (+3,8%) verdanken ihren Aufkommenszuwachs erneut insbesondere der Grunderwerbsteuer, während die Erbschaftsteuer und die Rennwett- und

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Kalenderjahr 2012

Lotteriesteuer das Vorjahresniveau unterschritten.

Auch im aufkommensstarken Vorauszahlungsmonat Dezember 2012 lagen die Steuereinnahmen mit 2,7% wieder über dem Vorjahreswert. Der Bund musste aufgrund der deutlich gesunkenen Bundessteuern und der kräftigen Nachzahlungen bei den EU-Abführungen (Überprüfung der Bruttonationaleinkommen-beziehungsweise Mehrwertsteuer-Grundlagen für mehrere Jahre) allerdings Einbußen von 1,3% hinnehmen, während die Länder mit 4,3% im Plus lagen. Die gemeinschaftlichen Steuern nahmen im Berichtsmonat um 4.5% zu. Hervorzuheben sind insbesondere die Mehreinnahmen bei der Lohnsteuer, der veranlagten Einkommensteuer, der Abgeltungsteuer und den Steuern vom Umsatz. Bei den Bundessteuern führten vor allem die Rückgänge bei der Tabaksteuer, der Energiesteuer, der Kraftfahrzeugsteuer und der Luftverkehrsteuer zu den Mindereinnahmen (-3,5%). Bei der Kernbrennstoffsteuer waren keine Einnahmen zu verzeichnen. Die reinen Ländersteuern (+2,7%) übertrafen das Vorjahresniveau aufgrund der positiven Ergebnisse bei der Erbschaftsteuer und der Rennwett- und Lotteriesteuer. Die Grunderwerbsteuer verfehlte das Vorjahresergebnis um 2,9%.

3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Im Kalenderjahr 2012 konnten alle Ebenen deutlich bessere Ergebnisse erzielen als im Vergleichsjahr 2011. Dies gilt auch für den Anteil der Gemeinden an den Gemeinschaftssteuern. Die höheren EU-Abführungen, die – nicht zuletzt aufgrund von hohen Nachzahlungen für vergangene Jahre – zum Anstieg der EU-Eigenmittel um 7,6 % beitrugen, reduzierten das Ergebnis der Steuereinnahmen des Bundes, sodass dieser mit 3,4 % die niedrigste Zuwachsrate verzeichnet.

Die Verteilung der Steuereinnahmen im Kalenderjahr 2012 auf Bund, EU, Länder und Gemeinden und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum sind in Tabelle 2 dargestellt.

Die Einzelergebnisse der von Bund und Ländern verwalteten Steuern sowie deren Verteilung auf die Gebietskörperschaften im Kalenderjahr 2012 und in den einzelnen Monaten finden sich im Internetangebot des Bundesministeriums der Finanzen unter http:// www.bundesfinanzministerium.de/Web/ DE/Themen/Steuern/Steuerschaetzungen_ und_Steuereinnahmen/steuereinnahmen/ steuereinnahmen.html.

Tabelle 2: Verteilung der Steuereinnahmen im Kalenderjahr 2012 auf Bund, EU, Länder und Gemeinden

Steuereinnahmen nach Ebenen	Kalend in M	•	Änderung gegenüber Vorjahr		
Ebenen	2012	2011	in Mio. €	in%	
Bund ¹	256 303	247 983	8 320	+3,4	
EU	26 316	24 464	1 852	+7,6	
Länder ¹	236 344	224 291	12 053	+5,4	
Gemeinden ²	32 822	30 517	2 3 0 5	+7,6	
Zusammen	551 785	527 255	24 530	+4,7	

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

¹Nach Bundesergänzungszuweisungen.

²Lediglich Gemeindeanteil an Einkommensteuer, Abgeltungsteuer und Steuern vom Umsatz.

FINANZSTABILITÄTSGESETZ

Finanzstabilitätsgesetz

Die Einrichtung einer makroprudenziellen Überwachung in Deutschland

- Durch das am 1. Januar 2013 in Kraft getretene Finanzstabilitätsgesetz wird zur Überwachung der Finanzstabilität in Deutschland ein neuer Ausschuss für Finanzstabilität eingerichtet.
- Die Deutsche Bundesbank erhält aufgrund ihrer makroökonomischen und Finanzmarkt-Expertise den Auftrag, zur Wahrung der Finanzstabilität beizutragen. Wesentlicher Beitrag der Deutschen Bundesbank ist dabei die laufende Analyse der für die Finanzstabilität maßgeblichen Sachverhalte, um Gefahren für die Finanzstabilität zu identifizieren.
- Auf nationaler Ebene wird mit der Errichtung einer makroprudenziellen Überwachung eine zentrale Lehre aus der Finanzkrise umgesetzt: Es ist nicht ausreichend, nur auf die Stabilität der einzelnen Institute zu achten, sondern auch die Funktions- und die Leistungsfähigkeit des Systems als Ganzes müssen im Auge behalten werden. Die sogenannte mikroprudenzielle Aufsicht ist um eine eigenständige makroprudenzielle Überwachung zu ergänzen.

1	Einleitung	25
	Aufgaben des Ausschusses für Finanzstabilität und der Deutschen Bundesbank	
	Organisation des Ausschusses für Finanzstabilität	
1	Auchick	20

1 Einleitung

Die Finanzkrise hat deutlich vor Augen geführt, dass es zur Sicherstellung der Stabilität des Finanzsystems nicht ausreichend ist, nur auf die Stabilität der einzelnen Institute zu achten. Vielmehr müssen auch die Funktions- und die Leistungsfähigkeit des Finanzsystems als Ganzes im Auge behalten werden. Die sogenannte mikroprudenzielle Aufsicht ist um eine makroprudenzielle Überwachung zu ergänzen und mit dieser zu verzahnen.

Auf europäischer Ebene wurde daher zum
1. Januar 2011 als Teil des Europäischen
Finanzaufsichtssystems ein Europäischer
Ausschuss für Systemrisiken (ESRB) installiert.
In Analogie hierzu wird in Deutschland mit
dem zum 1. Januar 2013 in Kraft getretenen
Gesetz zur Überwachung der Finanzstabilität
(Finanzstabilitätsgesetz) ein Ausschuss für
Finanzstabilität errichtet und die Deutsche
Bundesbank mit neuen Aufgaben auf dem

Gebiet der Finanzstabilität betraut. Die Deutsche Bundesbank wird diese Aufgaben unabhängig wahrnehmen. Der Ausschuss löst den bisher bestehenden ständigen Ausschuss für Finanzmarktstabilität ab. Dieser setzte sich aus Vertretern des Bundesministeriums der Finanzen, der Deutschen Bundesbank und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zusammen und diente dem vertieften Austausch zu aktuellen Entwicklungen der Finanzmärkte und zu Risiken für die Finanzstabilität.

Während in der Dezemberausgabe des Monatsberichts in einem Gastbeitrag von Dr. Andreas Dombret, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank, Eckpunkte und Instrumente einer makroprudenziellen Überwachung dargelegt worden sind¹, soll im

¹Dr. Andreas Dombret, Finanzstabilität wahren: Rahmen, Werkzeuge und Herausforderungen, Monatsbericht des BMF, Dezember 2012, Seite 6 ff.

FINANZSTABILITÄTSGESETZ

Folgenden der mit dem Finanzstabilitätsgesetz geschaffene institutionelle Rahmen dargestellt werden.

2 Aufgaben des Ausschusses für Finanzstabilität und der Deutschen Bundesbank

Analysen, Warnungen und Empfehlungen, Zusammenarbeit

Die Überwachung der Finanzstabilität wird in Deutschland arbeitsteilig durch den Ausschuss für Finanzstabilität und die Deutsche Bundesbank erfolgen. Dabei ist es Aufgabe der Deutschen Bundesbank, die für die Finanzstabilität maßgeblichen Sachverhalte zu analysieren, um Gefahren für die Finanzstabilität zu identifizieren. Gegebenenfalls hat die Deutsche Bundesbank Vorschläge für Warnungen beziehungsweise für Empfehlungen von Maßnahmen zur Abwehr dieser Gefahren für den Ausschuss für Finanzstabilität zu erarbeiten.

Zentrale Aufgabe des Ausschusses für Finanzstabilität ist es, auf Grundlage der Analysen der Deutschen Bundesbank die für die Finanzstabilität maßgeblichen Sachverhalte regelmäßig zu erörtern und bei identifizierten Gefahren vor diesen zu warnen und Empfehlungen zu ihrer Abwehr abzugeben. Adressaten können die Bundesregierung, die BaFin oder andere öffentliche Stellen sein. Warnungen und Empfehlungen haben keine rechtlich bindende Wirkung. Der Adressat ist jedoch verpflichtet, zu erklären, wie die Empfehlung umgesetzt werden soll beziehungsweise zu begründen, wenn er eine Empfehlung nicht umsetzt (sogenannter act-or-explain-Mechanismus). Dieser Mechanismus berücksichtigt, dass zur Abwehr von Gefahren für die Finanzstabilität verschiedenste Maßnahmen und Instrumente erforderlich

sein können, für die verschiedenste öffentliche Institutionen zuständig sind.

Die Deutsche Bundesbank hat dann die vom Adressaten getroffenen Umsetzungsmaßnahmen gegenüber dem Ausschuss zu bewerten. Ferner hat der Ausschuss die Möglichkeit, u. a. zur Herstellung von Transparenz oder soweit zur Beseitigung von Gefahren für die Finanzstabilität erforderlich, Warnungen und Empfehlungen zu veröffentlichen. Sofern sich eine Empfehlung an die Behörde eines Bundeslandes richtet und diese der Empfehlung nicht folgt, kann der Ausschuss alle Landesregierungen davon in Kenntnis setzen.

Weitere Aufgabengebiete des Ausschusses sind die Beratung über den Umgang mit Warnungen und Empfehlungen des ESRB sowie die Stärkung der Zusammenarbeit der im Ausschuss vertretenen Institutionen im Fall einer Finanzkrise.

Informationsaustausch und -erhebung

Die Verfügbarkeit der notwendigen Informationen für die Analyse der für die Finanzstabilität maßgeblichen Sachverhalte ist von essenzieller Bedeutung für die effiziente Identifizierung von Gefahren für die Finanzstabilität. Gleichzeitig sind die im Rahmen der Analyse und Risikoidentifizierung durch die Deutsche Bundesbank gewonnenen Daten wichtige Erkenntnisquellen für die mikroprudenzielle Aufsicht der BaFin. Die Deutsche Bundesbank und die BaFin sind daher verpflichtet, sich gegenseitig die für ihre Aufgabenwahrnehmung erforderlichen Informationen zur Verfügung zu stellen. Soweit die Deutsche Bundesbank erforderliche Informationen von der BaFin oder anderen Behörden nicht erlangen kann, sieht das Gesetz vor, dass die Deutsche Bundesbank auf Grundlage einer Rechtsverordnung des

FINANZSTABILITÄTSGESETZ

Bundesministeriums der Finanzen Daten bei finanziellen Kapitalgesellschaften² erheben können soll. Diese Regelung ermöglicht es der Deutschen Bundesbank, auch etwaige für die Überwachung des Schattenbanksektors erforderliche Daten einzuholen.

Weiterhin kann der Ausschuss mit dem ESRB und den zur Wahrung der Finanzstabilität zuständigen Behörden der anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union Informationen austauschen, soweit diese für die Wahrung der Finanzstabilität benötigt werden. Insbesondere informiert der Ausschuss den ESRB über seine Warnungen und Empfehlungen. Soweit von den Warnungen und Empfehlungen des Ausschusses wesentliche grenzüberschreitende Wirkungen zu erwarten sind, hat die Information des ESRB vor Abgabe der Warnung oder Empfehlung zu erfolgen.

3 Organisation des Ausschusses für Finanzstabilität

Mitglieder

Der Ausschuss wird beim Bundesministerium der Finanzen errichtet. Ihm werden jeweils drei Vertreter der Deutschen Bundesbank, des Bundesministeriums der Finanzen, der BaFin sowie – ohne Stimmrecht – der Vorsitzende des Leitungsausschusses der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) angehören. Die Mitglieder und ihre Stellvertreter werden von den jeweiligen Institutionen benannt, wobei das Bundesministerium der Finanzen den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter stellt. Im Ausschuss sind damit die mit

²Vergleiche Anhang A Kapitel 2 Nummer 2.32 bis 2.67 der Verordnung (EG) Nummer 2223/96 des Rates vom 25. Juni 1996 zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 310 vom 30. November 1996, Seite 1). der Überwachung des Finanzsystems auf nationaler Ebene befassten öffentlichen Institutionen vertreten. Dadurch ist nicht nur gewährleistet, dass die Erkenntnisse und Sichtweisen dieser Institutionen bei der Arbeit des Ausschusses berücksichtigt werden. Gleichzeitig ist sichergestellt, dass die Erkenntnisse des Ausschusses – auch unabhängig von Warnungen und Empfehlungen – in die Arbeit der vertretenen Institutionen einfließen.

Sekretariat

Beim Bundesministerium der Finanzen wird ein Sekretariat des Ausschusses eingerichtet. Dieses wird den Ausschuss administrativ und logistisch unterstützen und insbesondere die Sitzungen des Ausschusses vorbereiten. Diese finden mindestens einmal im Quartal statt.

Beschlüsse

Der Ausschuss entscheidet durch Beschlüsse. Diese bedürfen grundsätzlich der einfachen Mehrheit. Die Abgabe und Veröffentlichung von Warnungen und Empfehlungen sowie des jährlichen Berichtes an den Deutschen Bundestag sollen jedoch auf möglichst breiter Basis erfolgen. Die Beschlüsse über diese Punkte sollen daher - wenn möglich einstimmig ergehen. Dem herausgehobenen Beitrag der Deutschen Bundesbank bei der Überwachung der Finanzstabilität wird dadurch Rechnung getragen, dass die Abgabe und Veröffentlichung von Warnungen und Empfehlungen und die Zuleitung des jährlichen Berichts an den Deutschen Bundestag nicht gegen die Stimmen ihrer Vertreter erfolgen kann.

Transparenz und Rechenschaft

Die Beratungen des Ausschusses sind im Hinblick auf einen offenen und unbefangenen Meinungsaustausch sowie im Hinblick auf die Gefahr, dass das Bekanntwerden des Inhalts und des Verlaufs der Beratungen negative Auswirkungen auf die Finanzmärkte haben kann, vertraulich. Die notwendige Transparenz

FINANZSTABILITÄTSGESETZ

der Arbeit des Ausschusses wird zum einen durch die Veröffentlichung von Warnungen und Empfehlungen sichergestellt. Zum anderen hat der Ausschuss dem Deutschen Bundestag jährlich Bericht zu erstatten. Der Bericht wird von der Deutschen Bundesbank vorbereitet.

4 Ausblick

Der Ausschuss für Finanzstabilität wird voraussichtlich im 1. Quartal 2013 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentreten. Dabei wird er sich neben aktuellen Entwicklungen im Finanzsystem mit der Verabschiedung seiner Geschäftsordnung befassen, mit der seine Arbeitsweise und die administrativen Abläufe konkretisiert werden.

Darüber hinaus stehen im Jahr 2013 wesentliche Veränderungen des makroprudenziellen Regulierungsrahmens aus:

Im Jahr 2013 wird mit dem zeitnahen Abschluss der europäischen Verhandlungen zur Umsetzung von Basel III³ durch das

³Unter dem Stichwort Basel III wird das Reformpaket des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht verstanden, dass dieser im Dezember 2010 veröffentlicht hat. In Reaktion auf die weltweite Finanzmarktkrise wurde durch das Reformpaket die bereits bestehende internationale Bankenregulierung ergänzt und erweitert. Damit wird der G20-Auftrag erfüllt, die Regulierung der Finanzmärkte zu stärken. CRD-IV-Paket⁴ gerechnet. Die CRD-IV-Richtlinie enthält u. a. Vorgaben zur Einführung von antizyklischen Kapitalpuffern. Banken sollen in konjunkturellen Aufschwungphasen zusätzliche Kapitalpuffer aufbauen, damit auch in Abschwungphasen eine stabile Kreditversorgung erfolgen kann. Zudem soll dadurch dem Risiko, das ein übermäßiges Kreditwachstum für den Bankensektor mit sich bringt, angemessen Rechnung getragen werden.

Schließlich steht die Verabschiedung der Verordnung des Europäischen Rates zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank (einheitlicher Aufsichtsmechanismus) an. Nach der von den Finanzministern im Dezember 2012 abgestimmten Fassung verbleibt die makroprudenzielle Aufsicht grundsätzlich bei den nationalen Behörden, die die Europäische Zentralbank jedoch über makroprudenzielle Maßnahmen informieren und deren Einwände berücksichtigen sollen. In Ausnahmefällen soll die Europäische Zentralbank ermächtigt sein, strengere makroprudenzielle Vorgaben anzuwenden. Derzeit finden zwischen der Europäischen Kommission, dem irischen Vorsitz im Rat und dem Europäischen Parlament Trilog-Verhandlungen über den Entwurf der Verordnung statt.

⁴ Die Umsetzung der Basel III-Empfehlungen erfolgt in der EU durch das so genannte CRD IV-Paket. Das CRD IV-Paket besteht aus einer Verordnung (CRR=Capital Requirements Regulation) und einer Richtlinie (CRD IV= vierte Änderung der Capital Requirements Directive).

EIN HAUSHALT FÜR EUROPA – ZUM NEUEN MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN DER EU 2014 - 2020

Ein Haushalt für Europa – Zum neuen mehrjährigen Finanzrahmen der EU 2014 - 2020

Kurzfassung einer Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen¹

- Der Beirat empfiehlt eine strikte Ausgabenbegrenzung. Leistungsausweitungen sollen durch Budgetumschichtungen finanziert werden.
- Die Finanzierung des EU-Haushalts sollte ausschließlich durch traditionelle Eigenmittel und BNE-Eigenmittel erfolgen.
- Es sollten keine Nebenhaushalte geschaffen werden.

1	Ausgangslage	29
	Ausgaben des EU-Haushalts	
	Einnahmen des EU-Haushalts	
4	Ansatzpunkte für eine Bewertung	31
	Bewertung der Vorschläge zu den Ausgaben	
	Bewertung der Vorschläge zu den Eigenmitteln	
	Empfehlungen	35

Die EU-Kommission hat im Juni 2011 einen Vorschlag für den mehrjährigen Finanzrahmen der EU (MFR) vorgelegt und im Juli 2012 aktualisiert. Der MFR legt das Volumen der Finanzausstattung, die Struktur der Ausgaben und die Finanzierung des EU-Haushalts für die Jahre 2014 bis 2020 fest. Obschon die EU-Kommission einen zügigen Konsens mit den Mitgliedstaaten und dem EU-Parlament anstrebt, konnte der MFR bislang nicht verabschiedet werden.

1 Ausgangslage

Die Vorschläge der Europäischen Kommission für den "EU-Haushalt 2020" berühren zahlreiche

finanz- und haushaltspolitische Einzelfragen. Zudem wirft der mehrjährige Finanzrahmen übergreifende Fragen bezüglich der Fortentwicklung der EU auf. So wird die Positionierung hinsichtlich der Vorschläge der EU-Kommission zumindest in der öffentlichen Diskussion auch bestimmt von dem Bild eines zukünftigen Europas und den Vorstellungen über eine zukünftige europäische Ordnung. Je nach Abwägung der den verschiedenen Sichtweisen unterliegenden Argumente wird man dem Haushalt der EU-Kommission eine größere oder geringere Bedeutung für die Fortentwicklung der Europäischen Union beimessen und für eine Ausweitung oder auch eine stärkere Reduktion der EU-Ausgaben

¹Die Gutachten und Stellungnahmen des Wissenschaftlichen Beirats sind als Beitrag zum allgemeinen Diskurs zu verstehen. Sie geben nicht notwendigerweise die Meinung des Bundesministeriums der Finanzen wieder. Die Langfassung der Stellungnahme wird auch als Broschüre herausgegeben (http://www.bundesfinanzministerium. de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Europa/EU_auf_einen_Blick/EU_Haushalt/2012-11-23-wissenschaftlicherbeirat-stellungnahme-finanzrahmen-der-eu.html).

EIN HAUSHALT FÜR EUROPA – ZUM NEUEN MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN DER EU 2014 - 2020

votieren. Für die Bewertung der konkreten Vorschläge zum MFR ist über perspektivische Einschätzungen hinaus allerdings auch zu berücksichtigen, dass der europäische Haushalt eingebunden ist in eine spezifische Finanzverfassung, die sich gegenüber der von Nationalstaaten in wesentlichen Punkten unterscheidet und charakteristischen Beschränkungen unterliegt. Für eine Bewertung der konkreten Vorschläge ist es daher zentral, das gegebene institutionelle Umfeld zugrunde zu legen.

2 Ausgaben des EU-Haushalts

Auf der Ausgabenseite geht es zunächst um das Finanzvolumen, das für die Gesamtausgaben und die einzelnen Ausgabearten vorgesehen ist. Auf der Grundlage der aktualisierten Daten vom Juli 2012 beträgt die veranschlagte Obergrenze der Zahlungsermächtigungen über den siebenjährigen Zeitraum von 2014 bis 2020 1113 550 Mio. €. Das entspricht einem Anteil in Höhe von 1,03 % am von der EU-Kommission erwarteten europäischen Bruttonationaleinkommen (BNE). Berücksichtigt man zusätzlich die geforderten Ansätze für Ausgaben außerhalb des Finanzrahmens, belaufen sich die geforderten Finanzmittel auf 1,14% des erwarteten BNE.

In den konkreten Ansätzen zeigen sich dabei nur kleinere Änderungen hinsichtlich der Ausgabenstruktur.

Die Ausgaben im Bereich Landwirtschaft sind im Anteil leicht rückläufig, auch der Anteil für die Ausgaben für die Strukturpolitik ist etwas reduziert; sie machen aber nach wie vor den überwiegenden Teil der Ausgaben aus. Die internen Politikbereiche (Forschung und Technologie, Innen- und Justizpolitik) nehmen leicht an Gewicht zu, haben am Gesamthaushalt aber auch weiterhin nur einen kleinen Anteil. Neben den Ansätzen für die Finanzvolumina insgesamt und für die einzelnen Aufgabenbereiche fordert die EU-Kommission neue Finanzierungsinstrumente für Infrastrukturmaßnahmen. So soll die Europäische Union mithilfe der Europäischen Investitionsbank (EIB) Garantien für Anleihen bereitstellen, die von privaten Projektgesellschaften begeben werden (sogenannte Project Bond Initiative).

Tabelle 1: Gegenüberstellung des 1. Jahres des mehrjährigen Finanzrahmens 2014 mit dem Finanzrahmen für 2010 in laufenden Preisen

2014			2010			
	in Mrd. €	in%		in Mrd. €	in%	
Intelligentes und integratives Wachstum	68,7	45,2	Wettbewerbsfähigkeit und Kohäsion für Wachstum und Beschäftigung	63,6	45,4	
Nachhaltiges Wachstum: Natürliche Ressourcen	61,4	40,4	Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	60,0	42,1	
Darunter: marktbezogene Ausgaben und Direktzahlungen	45,0	29,6	Darunter: marktbezogene Ausgaben und Direktzahlungen	47,1	33,4	
Sicherheit und Unionsbürgerschaft	2,8	1,8	Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	1,7	1,2	
Globales Europa	10,0	6,6	Die EU als globaler Partner	7,9	5,7	
Verwaltung	9,1	6,0	Verwaltung	7,9	5,6	
Ausgleichszahlungen	0,0	0,0	Ausgleichszahlungen	0,0	0,0	
Mittel insgesamt	152,1	100,0	Mittel insgesamt	141,0	100,0	

Quellen: Mittel für Verpflichtungen, Europäische Kommission (2010), EU-Haushalt 2010 – Finanzbericht; eigene Berechnungen. Abweichungen in den Zahlen durch Rundung möglich.

EIN HAUSHALT FÜR EUROPA – ZUM NEUEN MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN DER EU 2014 - 2020

3 Einnahmen des EU-Haushalts

Auf der Einnahmenseite wird nicht nur eine routinemäßige Fortschreibung gefordert, sondern eine umfassende Neuausrichtung.

Die EU-Kommission schlägt folgende wesentliche Änderungen vor:

- Abschaffung der bisherigen Mehrwertsteuer-Eigenmittel und Ersatz durch Einführung neuer MWSt-Eigenmittel in Höhe von maximal 2% des Wertes der in allen Mitgliedstaaten dem Normalsatz unterliegenden Umsätze.
- 2. Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionsteuer (FTS) mit einem Steuersatz, der in Abhängigkeit von der Art der Transaktion zwischen 0,01% und 0,1% liegen soll. Das von der EU-Kommission erwartete Aufkommen in Höhe von etwa 57 Mrd. € im Jahr 2020 soll zu zwei Dritteln, mithin also 38 Mrd. €, in den EU-Haushalt fließen.
- 3. Reform der Korrekturmechanismen: An die Stelle der bisher mehrstufigen Rabattberechnung soll ein System gleichbleibender jährlicher Pauschalbeträge treten.

4 Ansatzpunkte für eine Bewertung

Für eine Bewertung der Vorschläge der EU-Kommission kommen verschiedene Ansätze in Betracht. Eine erste, aus finanzwissenschaftlicher Sicht naheliegende, Herangehensweise basiert auf einem normativen Ansatz, der es ermöglicht, einen Abgleich zwischen den konkreten Vorschlägen und einem gleichsam idealen europäischen Haushalt vorzunehmen. Dieser Sichtweise folgt auch die EU-Kommission in ihrem Vorschlag für den mehrjährigen Finanzrahmen, wenn sie den europäischen Mehrwert der Ausgaben betont, also den möglichen Vorteil, der aus einer Bereitstellung bestimmter öffentlicher Leistungen auf europäischer Ebene im Vergleich zu einer Bereitstellung durch die Mitgliedstaaten resultiert. Andere Theorieansätze ziehen das Eigeninteresse der politischen Akteure und daraus resultierende mögliche Diskrepanzen zwischen Politik und Gemeinwohl in Betracht. Ein weiterer Ansatz berücksichtigt Steuerungsprobleme, die sich aus dem Zielkonflikt zwischen der Regierung eines Mitgliedstaats und der EU-Ebene ergeben.

Alle diese theoretischen Ansätze liefern wichtige Kriterien für die Ausgestaltung der

Tabelle 2: Die von der EU-Kommission vorgeschlagene Finanzierungsstruktur der EU-Einnahmen

	2012	2020
	ir	1%
Traditionelle Eigenmittel	14,7	18,9
Bestehende nationale Beiträge		
MWSt-Eigenmittel	11,1	-
BNE-Eigenmittel	74,2	40,3
Neue Eigenmittel		
Neue MWSt-Einnahme		18,1
EU-Finanztransaktionssteuer	-	22,7
Gesamteinnahmen in Mrd. €	131,1	162,7

Quelle: EU-Kommission: A budget for Europe 2020 (Präsentation), laufende Preise.

EIN HAUSHALT FÜR EUROPA – ZUM NEUEN MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN DER EU 2014 - 2020

zentralen Finanzpolitik in Föderalstaaten und finden ihre Entsprechung in der Praxis des Fiskalföderalismus. Von daher ist nachvollziehbar, dass sie in der öffentlichen Diskussion über die Fortentwicklung der EU-Finanzen herangezogen und zum Teil auch von der EU-Kommission angeführt werden. Allerdings wird dabei zumeist von dem gegebenen institutionellen Rahmen der EU ebenso abstrahiert wie von den Restriktionen, die einer Weiterentwicklung des institutionellen Rahmens entgegenstehen. Dies ist für die Bewertung indessen von zentraler Bedeutung, denn die institutionellen Rahmenbedingungen in der Europäischen Union und insbesondere die Vorgaben für den europäischen Haushalt sind grundlegend verschieden von denen eines Bundesstaats, der üblicherweise in der Literatur zum Thema Föderalismus vorausgesetzt wird. Für den EU-Haushalt ergibt sich die Forderung, dass die Vorschläge zur konkreten Ausformung der Finanzen der Europäischen Union mit den institutionellen Voraussetzungen übereinstimmen sollen.

5 Bewertung der Vorschläge zu den Ausgaben

Der mit der Theorie des Fiskalföderalismus verwandte Grundsatz der Subsidiarität unterstellt, dass öffentliche Leistungen effizient durch die Mitgliedstaaten bereitgestellt werden. Nur in Aufgabenbereichen, in denen das z. B. wegen hoher Spillover-Effekte nicht gewährleistet ist, sollte die Europäische Kommission aktiv werden. Vor diesem Hintergrund erscheint der Hinweis auf den europäischen Mehrwert sinnvoll und eine Neuorientierung auf übergreifende Aufgabenbereiche dringend angezeigt. Die praktische Anwendbarkeit dieser Überlegungen für die vertikale Zuordnung einer konkreten Aufgabe ist jedoch begrenzt. Denn für die Beantwortung der Frage, ob die EU in einem Bereich tätig werden soll, reicht es nicht aus, festzustellen, dass mit der öffentlichen Bereitstellung von Leistungen Effizienzvorteile verbunden

sind. Vielmehr wäre festzustellen, dass die zentrale Bereitstellung mit signifikanten Effizienzgewinnen gegenüber der dezentralen Bereitstellung verbunden ist. Da die Auffassungen über den Nutzen bestimmter öffentlicher Leistungen zwischen den Einzelstaaten auseinandergehen, ist das nicht allein eine Frage der Kosteneffizienz.

Die in der Darstellung und Motivierung des EU-Haushalts so prominente Zielsetzung, Wachstum und Beschäftigung zu fördern, dürfte zwar unter den Mitgliedstaaten konsensfähig sein. Ob aber die im Haushaltsentwurf veranschlagten Mittel dazu beitragen, diese Ziele zu erreichen, ist zweifelhaft. Dabei ist offensichtlich, dass im Zuge der Staatsschuldenkrise in Europa gerade auch die EU-Struktur- und Kohäsionspolitik im Hinblick auf ihre Wirksamkeit und Nachhaltigkeit kritisch hinterfragt werden muss. So sind gerade Länder wie Portugal, Griechenland, Spanien und Irland, die in der Vergangenheit einen Großteil der Mittel aus den Strukturfonds erhielten, besonders stark von der aktuellen Krise betroffen. Dies reflektiert vielleicht nicht nur nach wie vor bestehende strukturelle Schwächen, sondern könnte auch die Konsequenz einer möglicherweise verfehlten EU-Politik sein, die einseitig Ausgabenprogramme betont und strukturelle Schwächen in der nationalen Wirtschaftsund Finanzpolitik vernachlässigt.

Kritiker weisen darauf hin, dass es sich bei den Ausgaben in der Vergangenheit um sogenannte Kompensations- oder Seitenzahlungen handelt und dass die Mittelverteilung letztlich durch politische Machtverhältnisse bestimmt ist. Damit stellt sich auch die Frage nach der Renationalisierung bei Fehlen eines europäischen Mehrwerts. Die starke Involvierung der EU im Bereich der Regionalpolitik beispielsweise lässt sich kaum mit Effizienzvorteilen vereinbaren. Die vorgeschlagene Neuausrichtung müsste daher auch mit der Rückführung von Kompetenzen an

EIN HAUSHALT FÜR EUROPA – ZUM NEUEN MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN DER EU 2014 - 2020

die EU-Mitgliedstaaten einhergehen.
Vor diesem Hintergrund ermöglicht eine restriktive Auslegung der europäischen Regionalpolitik finanzielle Spielräume für neue Prioritäten, etwa für europäische Zukunftsprojekte wie den Auf- und Ausbau von grenzüberschreitenden Energie-, Verkehrs- und Telekommunikationsnetzen, sofern die Finanzierung nicht durch private Nutzer gewährleistet werden kann. Alternativ könnten die Mittel, die dadurch eingespart werden, dass Aufgaben ohne ersichtlichen europäischen Mehrwert an die einzelnen Staaten rückübertragen werden, auch an die Mitgliedstaaten zurückgegeben werden.

Die Verbindung der Zielsetzung des europäischen Mehrwerts mit dem integrationspolitischen Ziel der Solidarität weckt weitere Zweifel an der vorgesehenen effizienzorientierten Neuausrichtung der Aufgabenschwerpunkte. Vielmehr ist zu befürchten, dass die Verteilungswirkung des EU-Haushalts auch in der Zukunft im Vordergrund steht. In den konkreten Ausgabeschwerpunkten ist eine durchgreifende Neuausrichtung zudem nicht zu erkennen.

Ohnehin fehlen der EU-Kommission aber die Befugnisse, eine Bereitstellung öffentlicher Güter vor Ort vorzunehmen. Sie ist daher auf die Umsetzung ihrer Politik durch die Mitgliedstaaten angewiesen und muss sich darauf beschränken, die Mitgliedstaaten entweder durch Gesetze und Verordnungen oder durch Finanztransfers zu einer Bereitstellung zu veranlassen. Für die Erarbeitung von Gesetzen und Verordnungen benötigt sie keine umfangreichen Ausgabenprogramme. Aufgabenbereiche wie das Wettbewerbsrecht, die Umweltpolitik, die Verwirklichung des Binnenmarktes oder die Verkehrspolitik schlagen sich im EU-Haushalt überwiegend bei den Verwaltungsausgaben nieder, nicht aber unter den "operationellen" Mitteln. Daher ist es bei der Europäischen Union nicht zulässig, aus einer vergleichsweise niedrigen "Staatsquote" auf einen entsprechend niedrigen Einfluss dieser

Ebene auf die Mitgliedstaaten zu schließen und so Forderungen für eine Aufstockung zu begründen.

Die Europäische Union beschränkt sich indes nicht auf Gesetze und Verordnungen, sondern leistet ebenfalls Finanztransfers und setzt so der Politik der Mitgliedstaaten finanzielle Anreize. Hier sind das Prinzip der Konditionalität der EU-Transfers und vor allem die Kofinanzierung sachgerecht. Nach der Theorie des Fiskalföderalismus sind bedingte Zuweisungen, insbesondere Zuweisungen in Verbindung mit eigenen Finanzierungsanteilen der empfangenden Gebietskörperschaften, ein geeignetes Instrument, die Effizienz der örtlichen Finanzpolitik im Hinblick auf übergeordnete Ziele zu verbessern.

Allerdings werfen Zuweisungen bekanntlich vielfältige Steuerungsprobleme bei den empfangenden Gebietskörperschaften auf. So wird die strategische Anfälligkeit durch die Festlegung von Mitteln für konkrete Ausgabenprogramme systematisch befördert, wenn die Mitgliedstaaten darauf vertrauen können, die veranschlagten Mittel letztlich in jedem Fall zu erhalten. In der Vergangenheit jedenfalls wurde vielfach der Finanzierungsbeitrag der Empfängerländer abgesenkt, mitunter von den eigentlich vorgesehenen 50 % auf nur 15 %.

Eine mangelnde Übereinstimmung zwischen dem EU-Haushalt und den institutionellen Voraussetzungen zeigt sich auch bei der vielfach angestellten Ex-post-Überprüfung oder Evaluierung des Programmerfolgs. Dabei wird übersehen, dass die EU-Kommission aufgrund des Vollzugs der konkreten Politik durch die Mitgliedstaaten ein fundamentales Informationsproblem hat. Institutionell gesehen findet dieses Informationsproblem Ausdruck in dem Umstand, dass die Rechnungsprüfung in den konkreten Programmen den nationalen Rechnungshöfen obliegt, die eigene Bewertungsansätze und -kriterien anwenden. Zudem ist eine sachgerechte Evaluierung

EIN HAUSHALT FÜR EUROPA – ZUM NEUEN MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN DER EU 2014 - 2020

gerade im Bereich der Kohäsionspolitik besonders schwierig, da hierfür festgestellt werden muss, wie die Entwicklung der Regionen oder Industrien ohne das jeweilige Programm verlaufen wäre. Dies ist für viele Programme nicht zu leisten. Gerade wegen dieser Schwierigkeiten muss an einer strikten Anwendung von Kofinanzierungsregeln festgehalten werden.

Weitere Kritikpunkte ergeben sich aus grundsätzlichen Anforderungen an eine Finanz-beziehungsweise Haushaltsplanung. Der Vorschlag zu den Mitteln des MFR umfasst eine ganze Reihe von Nebenhaushalten und sieht auch Finanzierungsinstrumente außerhalb des Finanzrahmens vor. Die Nebenhaushalte (z. B. Europäischer Entwicklungsfonds, Soforthilfereserve) belaufen sich in der Summe (65,8 Mrd. €) auf etwa 6,4 % der gesamten Mittel für Verpflichtungen. Die Konzentration der Finanzierung bestimmter Aufgaben in Nebenhaushalten mag Reibungsverluste in der EU-Kommission verringern, die Zersplitterung des Haushalts führt aber zu mangelnder Transparenz und Einheit des Budgets. Eine effektive Kontrolle wird erschwert. Dies gilt auch bei einer erweiterten Übertragbarkeit zwischen den Haushaltstiteln. Zudem fällt auf, dass ausgerechnet innerhalb der Nebenhaushalte offenbar europaweite öffentliche Leistungen finanziert werden sollen.

6 Bewertung der Vorschläge zu den Eigenmitteln

Von der EU-Kommission werden verschiedene Vorschläge gemacht, wie die Beiträge der Mitgliedstaaten zum EU-Haushalt bemessen werden könnten, z. B. durch neue MwSt-Eigenmittel oder durch die teilweise Weitergabe des Aufkommens einer Finanztransaktionsteuer. Unabhängig von der Ergiebigkeit dieser Mittel ist der Haushalt aber letztlich durch die Obergrenze festgelegt. Die Einführung von neuen Eigenmitteln ändert daran nichts. Die nicht

durch diese Eigenmittel aufgebrachten
Beträge müssen auch weiterhin durch BNEBeiträge der Mitgliedstaaten aufgefüllt
werden. Im gegebenen institutionellen
Rahmen ergibt sich, dass die Einführung
alternativer Eigenmittel in erster
Linie die horizontale Verteilung der
Finanzierungsbeiträge ändert.

Bei den MwSt-Eigenmitteln handelt es sich im Kern um eine Zuweisung der Mitgliedstaaten, die in ihrer Höhe von der Bemessungsgrundlage der Mehrwertsteuer ("mehrwertsteuerpflichtiger Umsatz") abhängt. Sie hat seit ihrer Einführung im Jahr 1978, insbesondere im Zuge der Übertragung der Auffüllfunktion auf die BNE-Eigenmittel 1988, deutlich an Gewicht verloren – vor allem gegenüber den BNE-Eigenmitteln, die mit 75 % zuletzt den wesentlichen Teil der Finanzierung des EU-Haushalts gesichert haben. Die Ermittlung der MWSt-Eigenmittel war in der Vergangenheit vergleichsweise aufwändig, da sie eine einheitliche Bestimmung der Bemessungsgrundlage voraussetzt. Allerdings wäre auch die Berechnung der neuen MWSt-Eigenmittel keineswegs unproblematisch. Jedes einzelne Land müsste nicht etwa die Umsätze der dem Normsatz unterliegenden Lieferungen und Leistungen ermitteln, sondern es wären von diesen Umsätzen alle solchen Umsätze abzuziehen, die auch in anderen Mitgliedstaaten nicht dem Normsatz der Mehrwertsteuer unterliegen. Es ist daher zu erwarten, dass diese Operation in den meisten Mitgliedstaaten mit erheblichem Aufwand einhergeht. Zwar könnte der Aufwand durch eine Harmonisierung der Mehrwertsteuer reduziert werden, doch sind die Vorschläge der EU-Kommission zunächst vom gegebenen Rechtsstand her zu beurteilen.

Demgegenüber ist die Berechnung des Bruttonationaleinkommens anhand der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen europaweit stark standardisiert und transparent. Daher sind BNE-Eigenmittel von vornherein zu favorisieren. Sie sind

EIN HAUSHALT FÜR EUROPA – ZUM NEUEN MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN DER EU 2014 - 2020

nach weitverbreiteter Auffassung eine Finanzierungsquelle, die durch den Bezug auf die wirtschaftliche Leistung der Einwohner eines Landes zu einer sinnvollen und nachvollziehbaren Lastverteilung der Finanzierung in der Europäischen Union beiträgt. Zugleich ist das BNE eine zentrale Zielgröße der Wirtschafts- und Finanzpolitik der meisten Länder, sodass gravierende Fehlanreize nicht zu erwarten sind. Schließlich würde eine Beschränkung auf die traditionellen Eigenmittel der Vereinfachung und Transparenz dienen.

Die vorgeschlagene Reform des Eigenmittelsystems umfasst auch die Zuordnung von zwei Dritteln des Aufkommens einer neuen Steuer auf Finanztransaktionen zum EU-Haushalt. Dieser Vorschlag ist im Kontext der Forderungen einiger Mitgliedstaaten zu sehen, die die FTS aus grundsätzlichen steuer- und ordnungspolitischen Erwägungen heraus einführen wollen. Dabei steht bislang weder fest, dass die FTS eingeführt wird, noch wie sie im Einzelnen ausgestaltet sein würde. Angesichts der damit verbundenen Unwägbarkeiten erscheint der im Vorschlag der EU-Kommission zum MFR angesetzte Schätzwert von 57 Mrd. € als weitgehend willkürlich.

Als Verkehrsteuer könnte die nationale Einführung der FTS erhebliche Auswirkungen auf Finanzmärkte und -akteure in Europa haben. Unabhängig von der Frage, wie man eine solche Steuer aus allokativer Perspektive einschätzt, erscheint die Zuordnung zum EU-Haushalt tendenziell kompatibel mit den Empfehlungen der Theorie des Fiskalföderalismus. Allerdings geht es im Rahmen des MFR nur um eine Änderung in der Struktur des Beitragssystems, die in erster Linie Effekte auf die Verteilung der Finanzierungsbeiträge hat. Angesichts der erheblichen Unterschiede in der Bedeutung des Finanzsektors für die Mitgliedstaaten könnten je nach Ausgestaltung gravierende Asymmetrien in der Inzidenz der Finanzierungsbeiträge auftreten, die der

Überwindung der auf Nettosalden fixierten Verhandlungen über die EU-Finanzen kaum förderlich sein dürften.

Im Hinblick auf neue Finanzierungsmodelle für europäische Projekte, insbesondere die Project Bonds, ist festzustellen, dass solche Modelle mit dem gegebenen institutionellen Rahmen im Konflikt stehen. Eine Flexibilisierung durch Finanzierungsinstrumente wie beispielsweise Garantien für Anleihen, die von privaten Projektgesellschaften begeben werden, kann zwar zusätzliche Mittel aus dem privaten Sektor mobilisieren und Chancen zu einem sparsameren Einsatz öffentlicher Mittel eröffnen. Der Vorschlag der Project Bonds stößt aber sowohl unionsrechtlich als auch verfassungsrechtlich an Grenzen, da je nach Ausgestaltung das Verschuldungsverbot der Europäischen Union ausgehöhlt würde. Durch eine effektive Begrenzung des Risikos des EU-Haushalts auf einen feststehenden Betrag könnte dieses Problem zwar formal gelöst werden. Ob eine solche Begrenzung in der Praxis indessen Bestand hätte, wenn ein möglicherweise prestigeträchtiges von der EU teilfinanziertes Projekt zu scheitern droht, ist aber zu bezweifeln. Daher werfen solche neuen Finanzinstrumente gravierende Fragen bezüglich der Haftungsrisiken auf und eröffnen eine Angriffsfläche für strategisches Verhalten seitens der Projektpartner. In jedem Fall stehen die Project Bonds aber im Konflikt mit der strikten Ausgabenobergrenze des EU-Haushalts.

7 Empfehlungen

Vor diesem skizzierten Hintergrund kommt der Beirat zu folgenden Empfehlungen:

 Im Rahmen der bestehenden institutionellen Ordnung der Europäischen Union ist eine strikte Ausgabenbegrenzung im EU-Haushalt unumgänglich. Die Bundesregierung besteht auf einer Begrenzung von 1% des Bruttoinlandprodukts, wobei

EIN HAUSHALT FÜR EUROPA – ZUM NEUEN MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN DER EU 2014 - 2020

sie die Ausgaben, die außerhalb des Finanzrahmens stehen sollen, einschließt. Die Vorstellungen der EU-Kommission gehen deutlich darüber hinaus. Da die Ausgaben der Europäischen Union aber noch immer große Summen umfassen, die für Aufgaben ohne erkennbaren europäischen Mehrwert genutzt werden, kann die Ausweitung von Leistungen mit europäischem Mehrwert durch Budgetumschichtungen innerhalb des bestehenden Finanzrahmens finanziert werden. Auch der Vorschlag der Project Bonds ist im Hinblick auf die strikte Ausgabenobergrenze abzulehnen.

- 2. An dem Verschuldungsverbot ist ebenso festzuhalten wie an der Festlegung, dass weder die EU-Kommission noch das EU-Parlament wirkliche Steuerautonomie besitzen. Der Beirat empfiehlt eine Finanzierung des EU-Haushalts ausschließlich durch traditionelle Eigenmittel (Agrarabschöpfungen, Zuckerabgaben und Zölle) und durch BNE-Eigenmittel. Die jeweilige Wirtschaftskraft der Mitgliedstaaten ist nach Auffassung des Beirats unter dem derzeitigen Integrationsstand ein sinnvoller Maßstab für die Berechnung der Höhe der Abführungen beziehungsweise Überweisungen an den EU-Haushalt. Auf MwSt-Eigenmittel sollte verzichtet werden.
- 3. Die von der EU-Kommission vorgeschlagene Finanzierung von einzelnen Aufgaben durch Instrumente oder Fonds außerhalb des Haushalts lehnt der Beirat grundsätzlich ab. Auch auf der europäischen Ebene sind die Prinzipien der Einheit und Vollständigkeit des Budgets zu wahren. Es sollten keine Nebenhaushalte geschaffen werden.
- 4. Die beabsichtigte Rückführung und Pauschalierung der Korrekturmechanismen ist im Hinblick auf die Transparenz und die Anfälligkeit gegenüber Partikularinteressen zu

- begrüßen. Auf lange Sicht sollten sich die Rabatte erübrigen. Auch auf der Ausgabenseite bestehen umfangreiche Ausnahmeregeln für die Mittelverteilung, die einzelnen Mitgliedstaaten und Regionen Mittel im Rahmen einzelner Projekte sichern sollen. Diese Festlegungen sollten aufgrund der Vermischung von Aufgabenerfüllung und Verteilungszielen vermieden werden.
- 5. Die vorgeschlagene Absenkung des Einbehalts bei den traditionellen Eigenmitteln ist abzulehnen, da der Einbehalt die eigenständige Funktion hat, das Interesse der die Abgaben erhebenden Institutionen sicherzustellen. Eine Absenkung würde dieses Interesse gefährden.
- 6. Die Konditionalität der Finanztransfers muss eingehalten werden. Dies gilt auch dann, wenn die für einzelne Programme bestehenden Budgets nicht ausgeschöpft werden oder wenn einzelne Mitgliedstaaten nicht in dem gewünschten Umfang an den Programmen partizipieren.
- 7. In den konkreten Aufgabenbereichen sind die Vorschläge der EU-Kommission zum EU-Haushalt durch die Dominanz der Ausgaben für Agrarpolitik und Strukturpolitik gekennzeichnet, auch wenn ein leichter Rückgang des Anteils der Agrarpolitik zu erkennen ist. Im Hinblick auf die gravierenden Wirtschafts- und Finanzprobleme gerade der langjährigen Empfängerländer von Mitteln aus dem Strukturfonds ist eine umfassende inhaltliche Überprüfung der strukturpolitischen Aufgaben wichtiger denn je. Eine EU-Förderpolitik, die strukturelle Schwächen in der nationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik der Mitgliedstaaten verfestigt oder die Mitgliedstaaten zu übermäßigen Ausgaben veranlasst, hat keinen europäischen Mehrwert.

KLIMASCHUTZFINANZIERUNG NACH "DOHA"

Klimaschutzfinanzierung nach "Doha"

Zentrale Herausforderungen und offene Fragen

- Die Industrieländer haben sich dem Ziel verpflichtet, Entwicklungsländer beim Klimaschutz zu unterstützen; das Volumen an öffentlichen und privaten Mitteln soll bis 2020 auf dann 100 Mrd. US-Dollar jährlich ansteigen.
- Fragen zur Mobilisierung dieser Mittel stehen zunehmend auf der internationalen Agenda.
- In den kommenden Jahren dürfte auch die Klärung der internationalen Lastenteilung verstärkt in den Vordergrund rücken.

1	Einleitung	37
	Hintergrund: Rechtliche und historische Entwicklung bis Doha	
3	Zentrale Herausforderungen und offene Fragen	40
3.1	Mögliche Finanzierungsquellen	41
3.2	Verwendung potenzieller Einnahmen	41
3.3	Internationale und EU-interne Lastenteilung	42
3.4	Verhältnis zur öffentlichen Entwicklungshilfe	42
4	Beitrag Deutschlands zur internationalen Klimaschutzfinanzierung	42
5	Diskussionen in weiteren Gremien	43
6	Ergebnisse der Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Doha	45
7	Aushlich	16

1 Einleitung

Vom 26. November bis zum 8. Dezember 2012 fand die 18. Klimakonferenz der Vereinten Nationen (VN) in Doha, Qatar, statt. Wesentliche Ergebnisse sind die Einigung auf eine zweite Verpflichtungsperiode unter dem Kyoto-Protokoll sowie die Festlegung eines Fahrplans zur Verhandlung eines globalen rechtsverbindlichen Klimaschutzabkommens, das bis Ende 2015 beschlossen und ab 2020 in Kraft treten soll. Zu einem bedeutenden Aspekt der VN-Klimakonferenzen haben sich in den vergangenen Jahren Fragen der internationalen Klimaschutzfinanzierung entwickelt, d. h. Fragen zur finanziellen Unterstützung der Entwicklungsländer durch die Industrieländer bei Maßnahmen zur Minderung von Emissionen (u. a. auch aus Entwaldung und Schädigung von Wäldern) sowie zur Anpassung an den Klimawandel. Auch in Doha wurden u. a.

Aussagen zur Fortsetzung der internationalen Klimaschutzfinanzierung getroffen.
Angesichts ihrer zentralen Bedeutung werden Fragen zur Finanzierung weiterhin auf der internationalen Agenda stehen – sowohl innerhalb als auch außerhalb der VN.

2 Hintergrund: Rechtliche und historische Entwicklung bis Doha

Basis der Klimakonferenzen ist die VN-Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC). Sie wurde auf dem sogenannten Weltgipfel für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro angenommen und trat

¹Informationen zur UNFCCC sowie Ergebnisse der VN-Klimakonferenzen sind abrufbar unter: http://unfccc.int.

KLIMASCHUTZFINANZIERUNG NACH "DOHA"

1994 in Kraft. Bis heute sind 194 Staaten sowie die Europäische Union (EU) der Konvention beigetreten. Seit 1995 findet jährlich eine Konferenz der Vertragsstaaten (Conference of the Parties, COP) statt, die über Maßnahmen zum Klimaschutz berät und entscheidet. Die Konvention selbst enthält jedoch keine rechtlich verbindlichen Vorgaben zur Minderung der Treibhausgasemissionen. Als erster Schritt in diese Richtung wurde 1997 das Kyoto-Protokoll verabschiedet, welches 2005 in Kraft trat.² Damit haben sich eine Reihe von Industrieländern sowie "Länder im Übergang zur Marktwirtschaft" (z. B. Russland und die Ukraine) erstmals völkerrechtlich verbindlich verpflichtet, ihre Emissionen zu begrenzen beziehungsweise zu reduzieren; insgesamt sollen die Emissionen in der ersten Verpflichtungsperiode (2008 bis 2012) um 5 % gegenüber dem Niveau von 1990 reduziert werden.3 Über die sogenannten Marktmechanismen kann ein Teil der Reduktionsverpflichtungen im Ausland, insbesondere in Entwicklungsländern, erbracht werden. Die USA haben das Kyoto-Protokoll zwar unterzeichnet, aber nicht ratifiziert, sodass sie letztendlich der vorgesehenen Verpflichtung von - 7% nicht unterliegen.

²Seit 2005 findet parallel zur Konferenz unter der Konvention (COP) eine Konferenz unter dem Kyoto-Protokoll statt, die "Conference of the Parties serving as the Meeting of the Parties to the Kyoto Protocol" (CMP).

³Die Verpflichtungen der einzelnen Länder wurden im Annex B des Kyoto-Protokolls quantifiziert. Die von den damals nur 15 EU-Mitgliedstaaten eingegangene gemeinschaftliche Verpflichtung wurde durch eine EU-interne Lastenteilung umgesetzt. Die meisten der zwölf später der EU beigetretenen Länder haben eigene nationale Minderungsziele von 6 % beziehungsweise 8 % unter dem Protokoll. Diesbezügliche Informationen sind abrufbar unter: http://ec.europa.eu/clima/policies/ggas/index_en.htm und unter: http://ec.europa.eu/clima/publications/docs/factsheet_climate_change_2012_en.pdf.

Abbildung 1 zeigt die Verpflichtungen ausgewählter Staaten(-gruppen) in der ersten Verpflichtungsperiode sowie die tatsächliche Umsetzung bis 2010.⁴

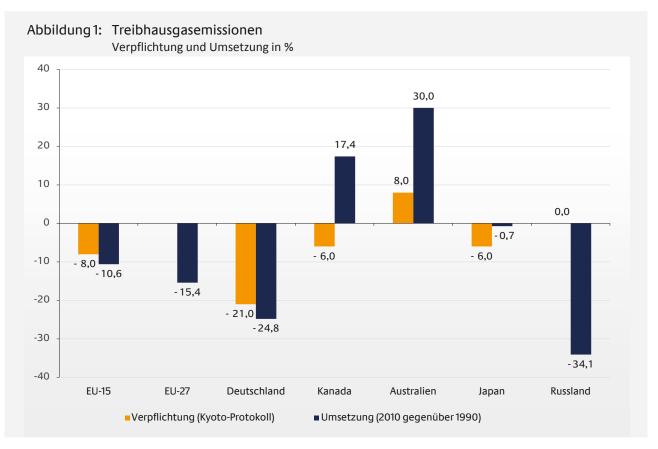
Auf der VN-Klimakonferenz 2011 in Durban haben sich die Vertragsstaaten des Kyoto-Protokolls im Grundsatz auf eine zweite Verpflichtungsperiode ab 2013 geeinigt. In Doha wurde diese formal beschlossen und u.a. eine Laufzeit bis 2020 vereinbart. Allerdings ist zu beachten, dass das Kyoto-Protokoll laut der EU-Kommission bisher weniger als 30 % der heutigen Treibhausgasemissionen abgedeckt hat und dieser Anteil in Zukunft sinken wird, und zwar auf nicht mehr als 15 %.5 Vor diesem Hintergrund wurde 2011 in Durban auch beschlossen, bis 2015 ein neues rechtsverbindliches Klimaschutzabkommen zu verhandeln, welches ab 2020 implementiert werden soll. Dieses neue Abkommen soll - im Gegensatz zum Kyoto-Protokoll – alle Staaten, also auch Entwicklungs- und Schwellenländer, verpflichten. Abbildung 2 zeigt – auf Basis der CO₂-Emissionen⁶ – den Anteil einzelner Staaten(gruppen) an den weltweiten Emissionen.⁷ Der

⁴Daten zu den tatsächlichen Minderungsleistungen siehe UNFCCC (2012), National greenhouse gas inventory data for the period 1990–2010. Abrufbar unter: http://unfccc.int/resource/docs/2012/sbi/eng/31.pdf sowie für die EU-15 unter: http://www.eea.europa.eu/themes/climate/ghg-country-profiles.

⁵Siehe EU-Kommission (2012), Climate Change. Abrufbar unter: http://ec.europa.eu/clima/ publications/docs/factsheet_climate_change_2012_ en.pdf.

 6 CO $_2$ ist nur eines von sechs Treibhausgasen, auf die sich die Minderungsverpflichtungen der ersten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls beziehen. Es ist aber mit einem Anteil von – laut UNFCCC – gut 80 % das Bedeutendste. Siehe: UNFCCC (2012), National greenhouse gas inventory data for the period 1990–2010. Abrufbar unter: http://unfccc.int/resource/docs/2012/sbi/eng/31.pdf, dort: Textziffer 15.

KLIMASCHUTZFINANZIERUNG NACH "DOHA"



Anteil der Schwellenländer, insbesondere von China, an den weltweiten $\mathrm{CO_2}$ -Emissionen nahm zwischen 1990 und 2010 stark zu. Der Anteil der Industrieländer hingegen ging deutlich zurück, von reichlich 50 % auf unter 40 %. Jedoch haben die USA noch immer einen bedeutenden, wenn auch geringeren Anteil an den weltweiten $\mathrm{CO_2}$ -Emissionen; auch weisen sie eines der weltweit höchsten Niveaus an $\mathrm{CO_2}$ -Emissionen pro Kopf auf.

Neben der Weiterentwicklung und Ausgestaltung des Klimaschutzregimes steht seit einigen Jahren die Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern verstärkt auf der

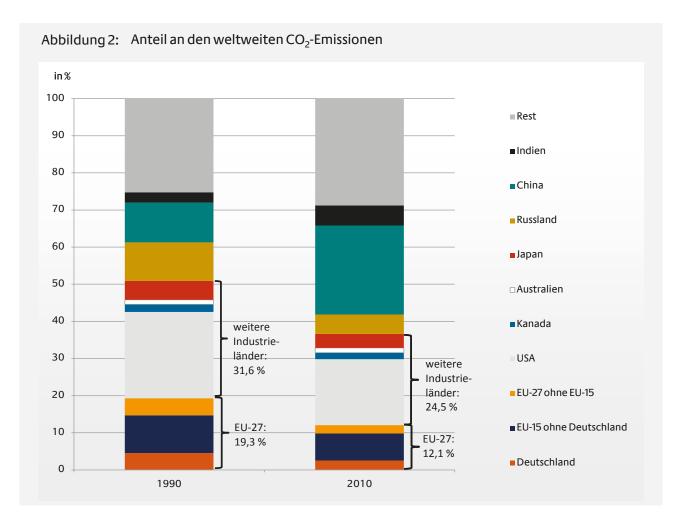
⁷Datenquellen: Eigene Berechnungen auf Basis von International Energy Agency (2012), CO² Emissions from Fuel Combustion, Highlights. Abrufbar untere http://www.iea.org/media/freepublications/2012/CO2Highlights2012.xls. Daten der VN zu CO² - Emissionen (abrufbar unter: http://mdgs.un.org/unsd/mdg/Data.aspx) liefern ähnliche Ergebnisse.

Agenda. Auf der VN-Klimakonferenz 2009 in Kopenhagen haben die Industrieländer ihre Finanzierungszusagen erstmals konkretisiert und sich dem Ziel verpflichtet, Entwicklungsländer bei Klimaschutzmaßnahmen wie folgt zu unterstützen:

- von 2010 bis 2012 mit insgesamt bis zu
 30 Mrd. US-Dollar aus öffentlichen Mitteln (sogenannte fast start finance) und
- danach mit öffentlichen und privaten Mitteln, die bis 2020 auf dann jährlich 100 Mrd. US-Dollar ansteigen sollen (sogenannte long term finance).
 Diese Zusage ist verbunden mit spürbaren Minderungsaktivitäten der Entwicklungsländer und einer transparenten Umsetzung.

Diese Finanzierungsziele wurden auf den folgenden VN-Klimakonferenzen bestätigt. In Reaktion auf den Beschluss von Kopenhagen hat Ende 2010 eine vom Generalsekretär der

KLIMASCHUTZFINANZIERUNG NACH "DOHA"



VN einberufene "High-Level Advisory Group on Climate Change Financing" (AGF) einen Bericht zum Potenzial einzelner – öffentlicher und privater – Finanzierungsquellen vorgelegt.⁸ Als Finanzierungsquellen nennt der Bericht neben dem Privatsektor und den multilateralen Entwicklungsbanken u. a. die Bepreisung von CO₂-Emissionen im Luft- und Seeverkehr und den Abbau klimaschädlicher Subventionen. Die AGF konnte aufgrund großer Differenzen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern

⁸Die 20 Mitglieder dieser Gruppe stammten aus Industrie- und Entwicklungsländern. Neben Regierungsvertretern gehörten Wissenschaftler sowie Vertreter multilateraler Organisationen und privater Institutionen dieser Gruppe an. Der Bericht ist abrufbar unter: http://www.un.org/wcm/ webdav/site/climatechange/shared/Documents/ AGF_reports/AGF%20Report.pdf. zwar keine konkreten Empfehlungen verabschieden; sie hat allerdings Optionen zur Mobilisierung der Mittel aufgezeigt. Sie stellte fest, dass die Mobilisierung der 100 Mrd. US-Dollar eine große Herausforderung darstelle, aber möglich sei; diese Einschätzung basierte auf der Annahme eines CO₂-Preises von mindestens 20 US-Dollar bis 25 US-Dollar pro Tonne im Jahr 2020.

3 Zentrale Herausforderungen und offene Fragen

Insbesondere seit den 2009 in Kopenhagen gemachten Zusagen zu long term finance gehört die Mobilisierung entsprechender finanzieller Mittel zu den großen Herausforderungen. Zwar lieferte der Bericht der AGF Optionen für eine erste Orientierung, wesentliche Fragen sind aber weiterhin offen.

KLIMASCHUTZFINANZIERUNG NACH "DOHA"

3.1 Mögliche Finanzierungsquellen

Im Abschluss-Dokument von Kopenhagen ("Copenhagen Accord")9 heißt es: "This funding will come from a wide variety of sources, public and private, bilateral and multilateral, including alternative sources of finance." Im Gegensatz zur öffentlichen Entwicklungshilfe (Official Development Assistance, ODA) können somit auch private Mittel auf das 100-Mrd.-US-Dollar-Ziel angerechnet werden. Angesichts des großen Investitionsbedarfs spielen insbesondere bei Maßnahmen zur Emissionsminderung private Finanzierungsquellen eine Schlüsselrolle. Da die wesentlichen klimarelevanten Investitionen in den Bereichen Energieerzeugung, Energieeffizienz, Industrie, Transport und Wohnungsbau auch in den Entwicklungsländern größtenteils von privaten Investoren getätigt werden, ist bei diesen Investitionen das Umsteuern auf emissionsarme Technologien zentral. Auch angesichts der angespannten öffentlichen Haushalte in den Industrieländern ist die Nutzung privater Mittel unverzichtbar, obgleich viele Entwicklungsländer dem skeptisch gegenüberstehen. Neben öffentlichen und privaten Mitteln werden auch "alternative" beziehungsweise "innovative" Finanzierungsquellen umfassend diskutiert. Häufig wird z.B. eine Bepreisung von CO₂-Emissionen, u. a. im internationalen Flug- und Schiffsverkehr, in Form eines Emissionshandelssystems einschließlich der Versteigerung von Emissionszertifikaten, als "alternative" beziehungsweise "innovative" Finanzierungsquelle bezeichnet. Eine international einheitliche Definition von "alternativ" beziehungsweise "innovativ" existiert in diesem Kontext aber nicht: letztendlich handelt es sich bei "alternativen" beziehungsweise "innovativen" Mitteln, soweit deren Erhebung auf neue staatliche Maßnahmen zurückgeht, um öffentliche Mittel.

3.2 Verwendung potenzieller Einnahmen

In Bezug auf bestimmte Einnahmen wie z.B. aus der Versteigerung von Emissionszertifikaten - wird vielfach vorgeschlagen, diese vollständig oder teilweise direkt für den internationalen Klimaschutz zu verwenden. Eine solche Zweckbindung ist grundsätzlich kritisch zu sehen – sowohl aus haushaltspolitischen Gründen (Grundsatz der Gesamtdeckung aller Ausgaben durch alle Einnahmen) als auch aus rechtlichen Gründen (eventuelle "Aushöhlung" der Budgetrechte des Parlaments). Die Ablehnung einer Zweckbindung kann aber auf internationaler Ebene nicht immer nachvollzogen werden. Unter Verweis auf den Energie- und Klimafonds (EKF), der sich aus den Erlösen aus der Versteigerung von Emissionszertifikaten speist, wird argumentiert, dass in Deutschland sehr wohl eine Zweckbindung von Einnahmen für den internationalen Klimaschutz möglich sei. Zwei Aspekte sind aber zu beachten:

Die Bundesregierung kann ohne Ermächtigung des Parlaments in internationalen Verhandlungen keine Festlegung zu einer Zweckbindung akzeptieren. Beim EKF hat letztendlich der Deutsche Bundestag im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens die Errichtung eines Sondervermögens "Energie- und Klimafonds" (EKFG) mit einer Zweckbindung der Einnahmen gebilligt und beschlossen.¹⁰

10 Siehe Gesetz zur Errichtung eines
Sondervermögens "Energie- und Klimafonds"
vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I Seite 1807), das
durch Artikel 1 des Gesetzes vom 29. Juli 2011
(BGBl. I Seite 1702) geändert worden ist. Im EUKlima- und Energiepaket von 2008 wird den EUMitgliedstaaten empfohlen, 50% der Einnahmen
aus dem Emissionshandel für die Finanzierung des
Klimaschutzes im In- und Ausland einzusetzen.
Siehe Mitteilung des Europäischen Parlaments
(2008). Abrufbar unter: http://www.europarl.
europa.eu/sides/getDoc.do?language=de&type=IMPRESS&reference=20081208BKG44004#title2.

⁹Das Dokument ist abrufbar unter: http://unfccc.int/resource/docs/2009/cop15/eng/11a01.pdf#page=4.

KLIMASCHUTZFINANZIERUNG NACH "DOHA"

Die EKF-Mittel werden nicht ausschließlich für den internationalen Klimaschutz verwendet, sondern auch zur Finanzierung von nationalen Klimaschutzmaßnahmen sowie der nationalen Energiewende. Über die konkrete Verwendung der EKF-Mittel wird jährlich neu entschieden.

3.3 Internationale und EU-interne Lastenteilung

Im Hinblick auf die Mobilisierung der 100 Mrd. US-Dollar ist die Frage der Lastenteilung bei der Aufbringung der Mittel bisher weder international noch innerhalb der Europäischen Union entschieden. So ist zu klären, auf welcher Basis eine Lastenteilung bei der Aufbringung der öffentlichen Mittel erfolgen soll; laut den Schlussfolgerungen des Vorsitzes zu der Tagung des Europäischen Rates im Oktober 2009 soll eine Lastenteilung auf Basis des Emissionsniveaus und des Bruttoinlandsprodukts erfolgen.¹¹ Offen ist auch die Frage, wie eine Lastenteilung unter Berücksichtigung auch der privaten Mittel erfolgen kann. Letzteres setzt u. a. voraus, dass private Mittel adäquat erfasst werden können. Diesbezüglich bestehen gegenwärtig noch erhebliche konzeptionelle und rechtliche Probleme bei der Datenerfassung. Zu klären ist u. a., ob und wie die privaten Ströme erfassbar sind (Verfügbarkeit und Vertraulichkeit von Daten) und diese (falls von multinationalen Konzernen) einzelnen Ländern zugerechnet werden können.

3.4 Verhältnis zur öffentlichen Entwicklungshilfe

Laut VN-Klimarahmenkonvention sollen die den Entwicklungsländern für den Klimaschutz bereitzustellenden Mittel "neu und zusätzlich" sein. Eine international anerkannte Definition hierfür – insbesondere bezüglich Basisjahr und

¹¹ Die Schlussfolgerungen sind abrufbar unter: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/110896.pdf, dort Seite 5, Textziffer 16. Referenzniveau – existiert nicht; sie ist derzeit auch nicht absehbar. Zwischen Industrieund Entwicklungsländern wird kontrovers diskutiert, ob Mittel für den Klimaschutz auf die Erfüllung des ODA-Ziels von 0,7 % des Bruttonationaleinkommens angerechnet werden dürfen oder ob sie zusätzlich zu den ODA-Zusagen bereitgestellt werden müssen. 12 Aus Sicht der Bundesregierung sind Leistungen für den internationalen Klimaschutz, die gleichzeitig die ODA-Kriterien erfüllen, auch als ODA-Leistungen, d. h. auf das 0,7-Prozent-Ziel, anrechenbar.

4 Beitrag Deutschlands zur internationalen Klimaschutzfinanzierung

Deutschland leistet aus öffentlichen Mitteln einen signifikanten Beitrag zur internationalen Klimaschutzfinanzierung. Im Rahmen der sogenannten Fast-start-Finanzierung von 2010 bis 2012 betrug der deutsche Beitrag insgesamt 1,26 Mrd. € – als Teil des Beitrags der Europäischen Union von insgesamt 7,2 Mrd. €. Zusammen mit weiteren Leistungen lag der gesamte deutsche Beitrag zum internationalen Klimaschutz im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2012 bei etwa 1,4 Mrd. € pro Jahr. Für 2013 hat die Bundesregierung in Doha – auf Basis der Ansätze im Bundeshaushalt sowie im Wirtschaftsplan des EKF – öffentliche Ausgaben in Höhe von ungefähr 1,8 Mrd. € angekündigt.

Die Bundesregierung nutzt zur finanziellen Unterstützung von Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern überwiegend bilaterale Kanäle – über direkte Programme und Initiativen des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) –, aber auch multilaterale Kanäle. Die multilaterale Unterstützung

¹² Das 0,7-%-Ziel wurde im VN-Kontext postuliert. Die Bundesregierung hat sich im EU-Kontext verpflichtet, bis 2015 das 0,7-%-Ziel zu erreichen.

KLIMASCHUTZFINANZIERUNG NACH "DOHA"

erfolgt heute insbesondere über die Global Environment Facility (GEF)¹³ und die Climate Investment Funds (CIF) der Weltbank. In Zukunft wird aber auch der sich gerade in der Aufbauphase befindliche Green Climate Fund (GCF) eine wichtige Rolle spielen.¹⁴

5 Diskussionen in weiteren Gremien

Aufgrund ihrer zentralen Rolle sowie ihrer Komplexität werden Fragen der Finanzierung des internationalen Klimaschutzes in weiteren Gremien und Organisationen behandelt. Neben der Mobilisierung von finanziellen Mitteln wird dabei auch die Anreizwirkung von Einnahmequellen im Hinblick auf die Minderung von Emissionen erörtert. Genannt seien hier zunächst die International Maritime Organization (IMO) sowie die International Civil Aviation Organization (ICAO) - beide Sonderorganisationen der VN. Der internationale Flug- und Schiffsverkehr unterliegt nicht der im Kyoto-Protokoll festgeschriebenen Verpflichtung zur Emissionsminderung, weil sich dessen Emissionen kaum einzelnen Staaten zurechnen lassen. Vor diesem Hintergrund haben die Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention vereinbart, dass die beiden Organisationen selbst Minderungsverpflichtungen und entsprechende Maßnahmen für ihre jeweiligen Verkehrsträger entwickeln sollen. Neben technischen Maßnahmen werden verstärkt marktbasierte Instrumente diskutiert, u. a. die globale Bepreisung von CO₂-Emissionen im Flug- und Schiffsverkehr. Die Fortschritte sind bisher allerdings gering. Eine solche Bepreisung beträfe grundsätzlich sowohl Industrie- als auch Entwicklungsländer. Dies ergibt sich aus dem Prinzip der Gleichbehandlung, welches

sowohl in der IMO als auch in der ICAO gilt. In der Klimarahmenkonvention wurde dagegen das Prinzip der "common but differentiated responsibilities" (CBDR) festgeschrieben, welches die unterschiedlichen Beiträge von Entwicklungs- und Industrieländern zur Emission von Treibhausgasen anerkennt sowie die Unterschiede in der wirtschaftlichen und technischen Ausgangslage berücksichtigt. Entsprechend ihrer gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten sollen sich die Staaten am Klimaschutz beteiligen. Dies betrifft auch die Bereitstellung finanzieller Mittel, die - laut Klimarahmenkonvention durch die entwickelten Länder erfolgen soll. Deshalb verstößt aus Sicht der Entwicklungsländer ihre Einbeziehung in eine Bepreisung von Emissionen im Flug- und Schiffsverkehr zum Zwecke des Klimaschutzes gegen das CBDR-Prinzip. Mangels Fortschritten in der ICAO hin zu einem internationalen Ansatz wurden zum 1. Januar 2012 alle in der Europäischen Union startenden und landenden Flugzeuge in das bestehende EU-Emissionshandelssystem (Emission trading system, ETS) einbezogen. Diese Maßnahme stieß jedoch auf großen Widerstand, sowohl bei Industrieländern wie den USA als auch bei vielen Entwicklungsländern. Im November 2012 hat der ICAO-Rat entschieden, dass auf technischer und politischer Ebene die Arbeiten fortgesetzt werden sollen, damit ein globales marktbasiertes Instrument zum Klimaschutz vereinbart werden kann. Vor diesem Hintergrund hat die EU-Kommission im November 2012 vorschlagen, außereuropäische Flüge befristet vom EU-Emissionshandel auszunehmen. Sofern auf der ICAO-Versammlung 2013 keine Entscheidung hin zu einer globalen marktbasierten Maßnahme erfolgt, soll automatisch der bisherige Stand des EU-Emissionshandels wieder eingesetzt werden. Aus Sicht der Bundesregierung solle der Emissionshandel das vorrangige Klimaschutzinstrument sein und perspektivisch zu einem globalen System ausgebaut werden, auch um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Vor diesem Hintergrund unterstützt sie grundsätzlich den Vorschlag der EU-Kommission.

¹³ Die GEF ist der Finanzierungsmechanismus verschiedener VN-Konventionen, darunter auch der VN-Klimarahmenkonvention.

¹⁴ Siehe Abschnitt 6 Ergebnisse der VN-Klimakonferenz in Doha.

KLIMASCHUTZFINANZIERUNG NACH "DOHA"

Auch außerhalb des VN-Systems stehen Fragen der internationalen Klimaschutzfinanzierung auf der Agenda. Auf internationaler Ebene ist die Arbeit des von den USA initiierten Major Economies Forum on Energy and Climate (MEF) zu nennen. Das MEF soll den Dialog zwischen bedeutenden Industrie- und Schwellenländern fördern, u. a. in Vorbereitung der VN-Klimakonferenzen. Allerdings hat sich das MEF in den vergangenen Jahren immer weniger zu Fragen der Finanzierung geäußert. Dagegen hat die Befassung durch die G20 an Bedeutung gewonnen, zumal in diesem Gremium auch die Finanzminister vertreten sind. Innerhalb der G20 wurde seit 2011 insbesondere diskutiert, aus welchen Quellen Einnahmen generiert werden können, um das 100-Mrd.-US-Dollar-Ziel im Jahr 2020 zu erreichen. Die bisherigen Fortschritte sind jedoch eher gering. Aus Sicht vieler Schwellenländer ist die G20 nicht das relevante Gremium, um Fragen der Klimaschutzfinanzierung zu behandeln; dies solle im VN-Kontext geschehen. In diesem Zusammenhang betonen diese Länder, dass nur für die Industrieländer eine Verpflichtung besteht, sich an der Mobilisierung der 100 Mrd. US-Dollar zu beteiligen. Mit Verweis auf das oben erwähnte – CBDR-Prinzip lehnen mehrere Schwellenländer bislang einen eigenen Finanzierungsbeitrag zur Unterstützung der ärmeren Entwicklungsländer ab. Unter französischer G20-Präsidentschaft 2011 haben Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) – zusammen mit den Regionalen Entwicklungsbanken¹⁵ und anderen Organisationen und aufbauend auf dem oben erwähnten Bericht der AGF – potenzielle Quellen zur langfristigen Finanzierung des Klimaschutzes analysiert.¹⁶

Der Bericht unterscheidet zwischen öffentlichen Finanzierungsquellen einerseits und Instrumenten zur Mobilisierung privater Mittel sowie multilateralen Finanzflüssen andererseits. Dem Bericht zufolge ist es notwendig, dass die Mittel langfristig größtenteils aus privaten Quellen stammen. Aufgabe der Finanzpolitik sei deshalb, Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Anreize für private Investitionen zu erhöhen. Allerdings werde es Bereiche wie etwa die Finanzierung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel geben, die überwiegend auf öffentliche Finanztransfers angewiesen sind. Unter der mexikanischen G20-Präsidentschaft 2012 hat die "Study Group on Climate Finance" – unter Vorsitz von Frankreich und Südafrika – die Arbeit fortgesetzt. ¹⁷ Sie hat sich mit Optionen zur effektiven Mobilisierung von finanziellen Mitteln befasst. Die oben erwähnten grundsätzlichen Bedenken der Schwellenländer prägten auch die Arbeit dieser Gruppe. Die G20-Finanzminister haben im November 2012 die Vorschläge der Study Group gebilligt,

- den Erfahrungsaustausch, insbesondere mit internationalen Organisationen und dem Privatsektor, über Instrumente der Klimaschutzfinanzierung sowie zur Identifikation von Investitionshindernissen fortzusetzen sowie
- Fragen der Bepreisung von CO₂-Emissionen eingehender zu analysieren. Den Staatsund Regierungschefs soll 2013 Bericht erstattet werden.¹⁸

¹⁵ Afrikanische Entwicklungsbank, Asiatische Entwicklungsbank, Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Europäische Investitionsbank, Interamerikanische Entwicklungsbank.

¹⁶ Der Bericht von Weltbank, IWF et al. ist abrufbar unter: http://www.imf.org/external/np/g20/pdf/110411c.pdf.

¹⁷ Der Bericht der Study Group ist abrufbar unter: http://www.g20.org/load/780983065. Vergleiche hierzu auch Bundesministerium der Finanzen (2012). Monatsbericht Dezember, Seite 34 bis 37. Abrufbar unter http://www.bundesfinanzministerium. de/Content/DE/Monatsberichte/2012/12/monatsbericht-12-2012.html.

¹⁸ Vergleiche hierzu Communiqué des Treffens, Textziffer 30. Abrufbar unter: http://www.g20.org/load/780984360.

KLIMASCHUTZFINANZIERUNG NACH "DOHA"

6 Ergebnisse der Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Doha

Neben prozeduralen Aspekten, die der Vereinfachung des komplexen Verhandlungsprozesses dienen, wurden in Doha folgende zentrale Entscheidungen getroffen:

- Beschluss einer zweiten Verpflichtungsperiode unter dem Kyoto-Protokoll von 2013 bis 2020. Die Europäische Union, Australien, Island, Weißrussland, Kroatien, Kasachstan, Liechtenstein, Monaco, Norwegen, die Schweiz und die Ukraine haben sich zu rechtsverbindlichen Emissionsminderungen verpflichtet.¹⁹ Die zweite Verpflichtungsperiode ist im Hinblick auf die Minderung der weltweiten Treibhausgasmissionen zwar – wie bereits dargelegt – von untergeordneter Bedeutung. Sie sichert aber den Fortbestand des im Kyoto-Protokoll enthaltenen Regelwerks, das dann als eine der Grundlagen für ein neues, globales rechtsverbindliches Klimaschutzabkommen dienen kann.
- Festlegung eines konkreten
 Arbeitsplans für die bereits in
 Durban beschlossene Verhandlung
 eines globalen rechtsverbindlichen
 Klimaschutzabkommens. Um den
 Abschluss dieser Verhandlungen 2015
 zu befördern, beabsichtigt der VNGeneralsekretär, 2014 ein Treffen der
 Staats- und Regierungschefs einzuberufen.

Neben Verhandlungen zur weiteren Gestaltung des Klimaschutzregimes spielten in Doha Finanzierungsfragen eine zentrale Rolle. Gründe waren vor allem das Auslaufen der sogenannten Fast-start-Finanzierung Ende 2012 und die ungeklärte Frage der Fortsetzung der Klimaschutzfinanzierung nach 2013.²⁰ Um diesbezüglich mehr Klarheit zu erhalten, hatten mehrere Entwicklungsländer – auch vor dem Hintergrund der bis 2020 zugesagten Mobilisierung von 100 Mrd. US-Dollar – darauf gedrängt, in Doha ein konkretes Zwischenziel zu beschließen (Bereitstellung von 60 Mrd. US-Dollar bis 2015 ausgehend von etwa 10 Mrd. US-Dollar im Durchschnitt der Fast-start-Periode von 2010 bis 2012). Eine solche Zusage war aber nicht zuletzt aufgrund der angespannten Haushaltslage vieler Industrieländer nicht konsensfähig. In Vorbereitung der Konferenz in Doha hatten sich die EU-Mitgliedstaaten in den ECOFIN-Ratsschlussfolgerungen²¹ vom 13. November 2012 zur Klimaschutzfinanzierung²² zwar darauf verständigt, dass "the EU will continue to provide climate finance support after 2012 ... "; eine weitere Konkretisierung erfolgte jedoch nicht. Auch die USA und Japan waren in Doha nicht bereit, ein konkretes Zwischenziel mitzutragen. Im Abschlussdokument werden die Industrieländer in einer Kompromissformulierung aber schließlich ermutigt, ihre Anstrengungen weiter zu

auf 30 % erhöhen.

¹⁹ Die Minderungsverpflichtung der Europäischen Union beträgt 20 % bis 2020 (gegenüber 1990). Unter der Voraussetzung, dass weitere Industrieländer Minderungsverpflichtungen eingehen, wird die Europäische Union ihre Emissionsminderung

²⁰ Die aktuelle Beschlusslage ist in in Abschnitt2 "Hintergrund: Rechtliche und historischeEntwicklung bis Doha" auf Seite 38 dargestellt.

²¹ Auf EU-Ebene erfolgt im Ministerrat die Koordinierung der EU-Mitgliedstaaten; in Schlussfolgerungen des Rates der Wirtschaftsund Finanzminister (ECOFIN) sowie in denen des Umweltrates legen die EU-Mitgliedstaaten vor den VN-Klimakonferenzen ihre gemeinsame Linie zu wesentlichen Punkten fest.

²² Die Schlussfolgerungen sind abrufbar unter: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/133458.pdf.

KLIMASCHUTZFINANZIERUNG NACH "DOHA"

verstärken, bis 2015 Klimaschutzfinanzierung mindestens im gleichen Umfang wie im Durchschnitt der Fast-start-Periode zur Verfügung zu stellen. Außerdem wurden in Doha die Fortsetzung eines technischen Arbeitsprogramms sowie ein hochrangiger politischer Dialog beschlossen, um Fortschritte bei der Mobilisierung der 100 Mrd. US-Dollar bis 2020 zu erzielen; in diesem Zusammenhang werden die Industrieländer im Abschlussdokument von Doha auch gebeten, bis zur nächsten VN-Klimakonferenz Ende 2013 Informationen über ihre Strategien und Vorgehensweisen zu übermitteln, wie die 100 Mrd. US-Dollar bis 2020 mobilisiert werden können. Darüber hinaus haben die konkreten Ankündigungen durch einige EU-Mitgliedstaaten (u. a. Deutschland) sowie durch die EU-Kommission zur Fortsetzung der Klimaschutzfinanzierung nach 2012 dazu beigetragen, dass die Finanzierungsfragen in Doha nicht zum Stolperstein wurden.

Ein bedeutender Teil der 100 Mrd. US-Dollar soll in Zukunft über den Green Climate Fund (GCF) fließen. Dessen Einrichtung wurde bereits auf der VN-Klimakonferenz 2009 in Kopenhagen grundsätzlich vereinbart. Der GCF soll Entwicklungsländer bei der Umgestaltung ihrer Volkswirtschaften hin zu einer kohlenstoffarmen Entwicklung und bei der Anpassung an die unvermeidbaren Folgen des Klimawandels finanziell unterstützen. Die Grundstruktur des GCF wurde auf der VN-Klimakonferenz 2011 in Durban bestätigt. Das Direktorium des GCF besteht aus jeweils zwölf Vertretern der Industrieund Entwicklungsländer. Auch Deutschland ist - durch das BMZ (Vertreter: BMU) - im Board vertreten. In Doha wurde der Beschluss des Direktoriums bestätigt, dass Songdo (Südkorea) Sitz des GCF wird; Songdo hatte sich bei der Wahl im Oktober 2012 knapp gegen Bonn durchgesetzt.²³ Außerdem wird

das Direktorium im Abschlussdokument von Doha aufgefordert, möglichst schnell die Arbeitsfähigkeit des GCF herzustellen, damit ein baldiger und angemessener Auffüllungsprozess ermöglicht wird. In diesem Zusammenhang sind auch Fragen der Mittelausstattung und der internationalen Lastenteilung zu klären.

7 Ausblick

Fragen zur internationalen Klimaschutzfinanzierung werden auch in den kommenden Jahren auf der Agenda stehen - sowohl auf den VN-Klimakonferenzen als auch in anderen Gremien und Organisationen. Sowohl auf technischer als auch auf politischer Ebene muss die Diskussion zu den vielfältigen offenen Fragen fortgesetzt werden, u. a., wie auch die Schwellenländer zunehmend in die Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen einbezogen werden können. In diesem Kontext ist darauf hinzuwirken, dass das vor mittlerweile gut 20 Jahren in der Klimarahmenkonvention festgeschriebene CBDR-Prinzip zukünftig – entsprechend den ökonomischen Realitäten – flexibel und dynamisch ausgelegt wird. Aufgrund ihrer ökonomischen Entwicklung und weiter zunehmenden Bedeutung sollten deshalb insbesondere auch die Schwellenländer einen Beitrag zur internationalen Klimaschutzfinanzierung leisten und somit in die internationale Lastenteilung eingebunden werden. Vor diesem Hintergrund ist auch die G20 aufgrund ihrer Zusammensetzung weiterhin ein geeignetes Format, um Fragen der internationalen Klimaschutzfinanzierung zu erörtern. Ebenso bedeutsam ist, dass die Investitionspotentiale des Privatsektors voll ausgeschöpft werden.

²³Weitere Informationen zum GCF sind abrufbar unter: http://gcfund.net/home.html.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2012 zum dritten Mal in Folge gewachsen. Das aktuelle Indikatorenbild deutet jedoch auf eine verhaltene Wirtschaftsentwicklung im laufenden Winterhalbjahr hin.
- Der Arbeitsmarkt erwies sich 2012 insgesamt als robust. Im Jahresdurchschnitt waren 79 000 Personen weniger arbeitslos registriert als im Vorjahr. Das Beschäftigungsniveau erreichte mit 41,59 Millionen erwerbstätigen Personen einen neuen Höchststand.
- Die durchschnittliche Inflationsrate fiel 2012 mit 2,0 % etwas geringer aus als im Jahr zuvor. Auch 2013 ist mit einer moderaten Preisentwicklung auf der Verbraucherstufe zu rechnen.

Die deutsche Wirtschaft erwies sich angesichts der konjunkturellen Schwäche im Euroraum im Jahr 2012 als recht robust. Sie ist 2012 das dritte Jahr in Folge gewachsen, wenngleich die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) spürbar geringer ausfiel als in den beiden Jahren zuvor. Dies war vor allem darauf zurückzuführen, dass sich die konjunkturelle Dynamik im Jahresverlauf zunehmend abschwächte.

Im Jahresdurchschnitt 2012 betrug der BIP-Anstieg – nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamts – preisbereinigt 0,7%. Die Nettoexporte lieferten dabei den größten Wachstumsbeitrag (+1,1 Prozentpunkte), der sich aus einer deutlichen Ausweitung des Exportvolumens (+4,1%) bei zugleich deutlich geringerer Zunahme des Importvolumens (+2,3%) ergab. Auch die private Konsumnachfrage trug spürbar zum BIP-Anstieg bei (+0,4 Prozentpunkte). Stützend wirkte dabei insbesondere die Zunahme der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte (nominal + 2,3 %) sowie eine moderate Preisniveauentwicklung. Dagegen erwies sich die Investitionstätigkeit im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr als rückläufig. Offenbar hat eine ausgeprägte Verunsicherung der Marktteilnehmer bezüglich der Konjunkturperspektiven die Investitionsbereitschaft der Unternehmen

massiv beeinträchtigt. Vor allem aufgrund des deutlichen Rückgangs der Ausrüstungsinvestitionen (- 4,4%) ging von der inländischen Verwendung rechnerisch insgesamt ein negativer Wachstumsbeitrag aus (- 0,3 Prozentpunkte).

Die BIP-Entwicklung zeigte im vergangenen Jahr qualitativ ein vergleichbares Verlaufsprofil auf wie bereits im Jahr 2011: Nach einem schwungvollen Jahresauftakt verlangsamte sich die konjunkturelle Aufwärtsbewegung im Laufe des Sommerhalbjahres. Zum Jahresende hin trübte sich das Konjunkturbild mit Blick auf eine Vielzahl von Konjunkturindikatoren deutlich ein. Hierzu trug vor allem die Wachstumsabschwächung im internationalen – vor allem europäischen – Raum bei. Entsprechend geht die Bundesregierung in ihrer im Januar veröffentlichten Jahresprojektion für das Winterhalbjahr 2012/2013 von einer verhaltenen Konjunkturentwicklung aus. Mit Blick auf die vorlaufenden Stimmungsindikatoren dürfte die gesamtwirtschaftliche Aktivität in Deutschland ab dem 2. Quartal 2013 wieder deutlich an Schwung gewinnen. Das schwache Winterhalbjahr stellt jedoch eine Vorbelastung für die durchschnittliche Wachstumsrate in diesem Jahr dar, die sich in realer Rechnung auf + 0.4% belaufen dürfte.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

In diesem Jahr fallen die außenwirtschaftlichen Impulse voraussichtlich erheblich schwächer aus als im Vorjahr. Damit dürfte das Wachstum vor allem von der Binnennachfrage getragen werden. Die Investitionstätigkeit dürfte im Verlauf dieses Jahres wieder deutlich zunehmen. Insgesamt rechnet die Bundesregierung für den Jahresdurchschnitt mit einer Ausweitung der Bruttoanlageinvestitionen um real 0,5 %. Dabei wird von einer Zunahme der Bauinvestitionen ausgegangen (+1,3%), während bei den Ausrüstungsinvestitionen aufgrund der rechnerischen Vorbelastung aus dem Jahr 2012 jahresdurchschnittlich mit einem Rückgang zu rechnen ist (-1,3%). In der Verlaufsbetrachtung dürfte sich die Investitionstätigkeit nach schwachem Jahresauftakt hier jedoch zügig wiederbeleben. Im Zuge fortgesetzter Lohnsteigerungen sowie eines anhaltend hohen Beschäftigungsniveaus werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte auch in diesem Jahr weiter merklich zunehmen (+2,3%). Vor dem Hintergrund eines anhaltend günstigen Preisklimas ist damit insgesamt von einer spürbaren Ausweitung der privaten Konsumausgaben auszugehen (real + 0,6%).

Für die Ableitung des Konjunkturbildes, das der Jahresprojektion zugrunde liegt, spielten u. a. die zu Jahresbeginn vorliegenden Wirtschaftsdaten und die daraus abgeleiteten Einschätzungen für das Schlussquartal 2012 eine wichtige Rolle. Erste Ergebnisse zur BIP-Entwicklung im 4. Quartal 2012 werden vom Statistischen Bundesamt am 14. Februar 2013 veröffentlicht.

Die deutsche Ausfuhrtätigkeit hat sich im Verlauf des vergangenen Jahres spürbar verlangsamt. Mit dem monatlichen Rückgang der nominalen Warenausfuhren um saisonbereinigt 3,4% hat sich die Exportdynamik im November 2012 erwartungsgemäß weiter abgeschwächt. Im Zweimonatsvergleich (Oktober/November gegenüber August/September) zeigen die nominalen Warenexporte nun einen Abwärtstrend. Eine wesentliche Rolle spielt

dabei die konjunkturelle Schwäche in einigen Ländern des Euroraums. Dies zeigt besonders der Vorjahresvergleich des kumulierten Ausfuhrergebnisses im Zeitraum Oktober bis November 2012. Es lag insgesamt zwar (nominal) um 5,1% über dem entsprechenden Vorjahresniveau, die Ausfuhren in den Euroraum stagnierten jedoch nahezu (+ 0,3%), während die Zunahme der Ausfuhren in Länder außerhalb der Europäischen Union (Drittländer) überdurchschnittlich ausfiel (+ 10,0%).

Die nominalen Warenimporte waren in saisonbereinigter Rechnung im November gegenüber dem Vormonat ebenfalls rückläufig. Zur Verringerung der Einfuhren dürfte – angesichts des hohen Importgehalts deutscher Ausfuhren – auch der Rückgang der Exporte beigetragen haben. Im Zweimonatsvergleich sind die Wareneinfuhren aufgrund des Anstiegs im Oktober im Verlauf noch leicht aufwärtsgerichtet. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum wurden die Importe im Oktober und November 2012 insgesamt um 2,4% ausgeweitet. Die Steigerung der Importe aus dem Euroraum (+4,4%) fiel dabei deutlich höher aus als die Ausweitung der Einfuhren aus Drittländern (+1,7%).

Der Handelsbilanzüberschuss (nach Ursprungswerten) übertraf im Zeitraum Oktober/November 2012 das entsprechende Vorjahresniveau um 5,5 Mrd. €. Dabei wurde der Überschuss im Handel mit den Drittländern deutlich ausgeweitet (+6,4 Mrd. €), während der Überschuss gegenüber den Ländern des Euroraums verringert wurde (-2,3 Mrd. €).

Das weltwirtschaftliche Umfeld dürfte insgesamt kurzfristig noch dämpfend auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland – und hier insbesondere auf die Exporttätigkeit der Unternehmen – wirken. Erst im Verlaufe dieses Jahres wird die globale Wirtschaftsaktivität wieder allmählich anziehen. Hiervon geht auch der Internationale Währungsfonds in

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2012	Veränderung in % gegenüber						
Gesamtwirtschaft/Einkommen ¹	Mrd. €	aaii Vari in %	Vorpe	eriode saisor	bereinigt		Vorjah	r	
	bzw.Index	ggü. Vorj. in %	2.Q.12	3.Q.12	4.Q.12	2.Q.12	3.Q.12	4.Q.12	
Bruttoinlandsprodukt									
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	111,0	+0,7	+0,3	+0,2		+0,5	+0,4		
jeweilige Preise	2 645	+2,0	+0,6	+0,6		+1,7	+1,8		
Einkommen									
Volkseinkommen	2 023	+1,9	-0,5	-0,6		+2,7	+1,0		
Arbeitnehmerentgelte	1 376	+3,6	+1,2	+0,4		+3,8	+3,5		
Unternehmens- und									
Vermögenseinkommen	647	-1,4	-4,0	-2,6		+0,4	-3,5		
Verfügbare Einkommen									
der privaten Haushalte	1 668	+2,3	-0,7	+0,3		+1,9	+1,3		
Bruttolöhne ugehälter	1124	+3,7	+1,3	+0,2		+4,0	+3,7		
Sparen der privaten Haushalte	175	+1,6	+0,1	-1,3		+2,2	+1,3		
		2011			Veränderung ir	o % gogonüb	or		
Außenhandel/Umsätze/Produktion/Auf		2011				1% gegenub		2	
tragseingänge	Mrd. €	ggü.Vorj.	Vorpe	eriode saisor	_		Vorjahr		
	bzw.Index	in%	Okt 12	Nov 12	Zweimonats- durchschnitt	Okt 12	Nov 12	Zweimonats- durchschnitt	
in jeweiligen Preisen									
Außenhandel (Mrd. €)									
Waren-Exporte	1 061	+11,5	+0,2	-3,4	-2,7	+10,5	-0,0	+5,1	
Waren-Importe	903	+13,2	+2,9	-3,7	+0,5	+6,0	-1,2	+2,4	
in konstanten Preisen von 2005									
Produktion im Produzierenden	112,1	+7,9	-2,0	+0,2	-2,5	-3,0	-2,9	-3,0	
Gewerbe (Index 2005 = 100)									
Industrie ³	113,9	+8,9	-2,0	+0,4	-2,9	-3,9	-3,4	-3,6	
Bauhauptgewerbe	123,1	+13,4	-1,6	+1,0	+0,1	+0,1	-1,8	-0,9	
Umsätze im Produzierenden Gewerbe									
$Industrie (Index 2005 = 100)^3$	110,5	+7,6	-0,5	-1,1	-2,6	-3,0	-3,7	-3,3	
Inland	106,4	+7,5	-1,2	-0,6	-2,6	-5,1	-5,1	-5,1	
Ausland	115,4	+7,7	+0,4	-1,7	-2,4	-0,6	-2,1	-1,3	
Auftragseingang (Index 2005 = 100)									
Industrie ³	114,0	+7,8	+3,8	-1,8	+1,6	-2,5	-1,0	-1,7	
Inland	110,3	+7,4	+0,2	+1,3	-0,1	-6,8	-4,7	-5,7	
Ausland	117,2	+8,1	+6,6	-4,1	+2,8	+1,0	+2,2	+1,6	
Bauhauptgewerbe	101,0	+4,5	+22,8	-20,5	+5,7	+25,3	-7,8	+8,1	
Umsätze im Handel									
(Index 2005 = 100)									
Einzelhandel (ohne Kfz und mit Tankstellen)	98,4	+1,1	-0,6	+0,9	-0,2	+0,9	-0,6	+0,1	
Handel mit Kfz	94,3	+5,9	-1,0		-0,5	+2,6		-3,0	

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2011	Veränderung in Tausend gegenüber							
Arbeitsmarkt	Personen	ggü. Vorj. in %	Vorp	eriode saison	bereinigt	Vorjahr				
	Mio.		Okt 12	Nov 12	Dez 12	Okt 12	Nov 12	Dez 12		
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,90	-2,6	+19	+5	+3	+16	+38	+60		
Erwerbstätige, Inland	41,59	+1,0	-10	-1		+299	+245			
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	28,92	+1,9	+48			+406				
		2011	Veränderung ir	n % gegenüb	er					
Preisindizes 2005=100		aaii Mari in W		Vorperiod	le		Vorjahr			
2000 .00	Index	ggü. Vorj. in %	Okt 12	Nov 12	Dez 12	Okt 12	Nov 12	Dez 12		
Importpreise	117,0	+7,9	-0,6	+0,0		+1,5	+1,1			
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	118,3	+2,1	+0,0	-0,1	-0,3	+1,5	+1,4	+1,5		
Verbraucherpreise	110,7	+2,3	+0,0	-0,1	+0,9	+2,0	+1,9	+2,1		
ifo Geschäftsklima		saison bereinigte Salden								
gewerbliche Wirtschaft	Jun 12	Jul 12	Aug 12	Sep 12	Okt 12	Nov 12	Dez 12	Jan 13		
Klima	+3,0	-0,8	-2,7	-4,3	-6,9	-4,1	-2,3	+1,2		
Geschäftslage	+16,0	+11,6	+10,6	+9,1	+3,4	+4,9	+3,1	+4,9		
Geschäftserwartungen	-9,2	-12,4	-15,1	-16,8	-16,7	-12,7	-7,5	-2,5		

¹ Jahresdurchschnitt: Stand Januar 2013; Quartale: Stand November 2012.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut.

seiner jüngsten Interimsprognose aus. Die Erwartungen werden durch vorlaufende Stimmungsindikatoren gestützt. So stieg der OECD Composite Leading Indicator im November zum vierten Mal in Folge leicht an. Der European Sentiment Indicator der Europäischen Kommission und der globale Einkaufsmanagerindex nahmen ebenfalls den zweiten Monat in Folge zu. Damit deuten einige Indikatoren darauf hin, dass sich die Absatzperspektiven der deutschen Unternehmen im Ausland wieder verbessern. Diese Tendenz materialisierte sich bereits in einem leichten Aufwärtstrend der Auftragseingänge aus dem Ausland. Zwar sind die Auslandsbestellungen im November zurückgegangen, im Zweimonatsdurchschnitt haben sie das Niveau des 3. Quartals 2012 im Oktober/November 2012 aber sehr deutlich übertroffen.

Die industrielle Erzeugung zeigte in den Monaten Oktober/November 2012 einen klaren Abwärtstrend. Diese Entwicklung war angesichts der rückläufigen industriellen Nachfrage und der Verschlechterung der Unternehmensstimmung in den Sommermonaten 2012 zu erwarten gewesen. Die Abwärtstendenz der Industrieproduktion hat somit die gesamtwirtschaftliche Aktivität im Schlussquartal spürbar belastet. Insbesondere die Erzeugung von Investitionsgütern ist weiterhin stark abwärtsgerichtet, wenngleich im November gegenüber dem Vormonat eine Zunahme zu beobachten war. Der Umsatz in der Industrie zeigt ebenfalls eine deutliche Abwärtsbewegung, die sowohl aus einem Rückgang der Inlandsals auch der Auslandsumsätze resultiert (Zweimonatsvergleich).

² Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bau saisonbereingt.

³Ohne Energie.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Für die weitere Entwicklung der Industrieproduktion zeichnen sich inzwischen erste positive Signale ab: So wurde der Abwärtstrend der Auftragseingänge aus dem Inland, insbesondere im Investitionsgüterbereich, mit dem zweiten monatlichen Anstieg gestoppt. Auch angesichts einer verbesserten Beurteilung der Geschäftsperspektiven durch die Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe haben sich die Aussichten auf eine Erholung der industriellen Aktivität im weiteren Jahresverlauf erhöht. So wiesen die ifo Geschäftserwartungen bereits den vierten Anstieg in Folge aus.

Die Produktion im Bauhauptgewerbe wurde im November gegenüber dem Vormonat in saisonbereinigter Rechnung leicht ausgeweitet. Damit zeigt sich im Zweimonatsvergleich nach deutlicher Aufwärtsrevision des Oktober-Wertes (von - 5,3 % auf - 1,6 %) eine Seitwärtsbewegung. Die vorlaufenden Indikatoren deuten auf eine insgesamt moderate Entwicklung der Bauproduktion hin. So übersteigen die Auftragseingänge in diesem Wirtschaftsbereich im Oktober/November deutlich das Niveau des 3. Quartals. Auch die ifo Geschäftserwartungen im Bauhauptgewerbe fielen zuletzt den vierten Monat in Folge günstiger aus als im Vormonat.

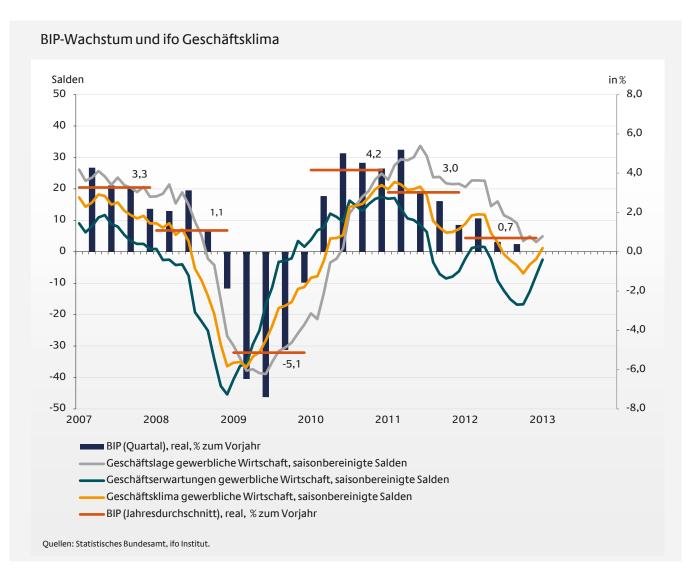
Die private Konsumtätigkeit dürfte ausgehend von einem uneinheitlichen Indikatorenbild im Schlussquartal eher verhalten gewesen sein. Die Verbraucherstimmung erwies sich in Anbetracht des hohen Niveaus des GfK-Konsumklimas bis zuletzt als gut. Allerdings zeigt der Indikator im Verlauf des 4. Quartals 2012 eine leicht rückläufige Bewegung. Hierzu dürften die nachlassende gesamtwirtschaftliche Aktivität und die damit verbundene Verunsicherung der Konsumenten hinsichtlich der weiteren konjunkturellen Entwicklung beigetragen haben. Dies hat wohl die Anschaffungsneigung belastet. Die Konsumneigung der Verbraucher wird jedoch neben dem niedrigen Zinsniveau durch die positive Einkommensentwicklung

und das insgesamt günstige Preisklima gestützt. So sind laut Statistischem Bundesamt die Reallöhne im Deutschland im 3. Quartal 2012 um 1,0 % gegenüber dem Vorjahr angestiegen, nachdem sie im 2. Quartal bereits leicht um 0,6 % zugenommen hatten. Die Einschätzung der Einzelhändler hinsichtlich ihrer Geschäftslage fiel zum Jahresende allerdings zurückhaltender aus. Dies spiegelt sich auch im Einzelhandelsumsatz (ohne Kraftfahrzeuge) wider, der im Oktober/November nahezu stagnierte. Für den Beginn dieses Jahres deuten die Stimmungsindikatoren auf eine eher verhaltene Entwicklung der privaten Konsumnachfrage hin. Die bereits erkennbaren Auswirkungen der konjunkturellen Abschwächung auf dem Arbeitsmarkt könnten die Verbraucher vorerst zu einem etwas vorsichtigeren Ausgabenverhalten veranlassen.

Der Arbeitsmarkt befand sich 2012 in jahresdurchschnittlicher Betrachtung insgesamt in einer guten Grundverfassung. Im Jahresverlauf waren die Bremsspuren der nachlassenden konjunkturellen Dynamik dagegen bereits zu spüren. Im Durchschnitt des Jahres 2012 wurden 2,90 Millionen Personen als arbeitslos registriert. Damit wurde das Vorjahresniveau um 79 000 Personen unterschritten. Die entsprechende Arbeitslosenquote lag bei 6,8% und damit 0,3 Prozentpunkte unter jener des Jahres 2011.

Die Zunahme der Erwerbstätigkeit – insbesondere der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung – hat sich im Verlauf des vergangenen Jahres deutlich abgeschwächt. Im Jahresdurchschnitt 2012 wurde bei der Erwerbstätigkeit mit 41,59 Millionen erwerbstätigen Personen jedoch seit der deutschen Einheit das sechste Jahr in Folge ein neuer Höchststand erreicht (+ 422 000 Personen gegenüber 2011). Dabei nahm die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit einem Plus von gut einer halben Million Personen wesentlich stärker zu als die Erwerbstätigkeit insgesamt. Nach

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT



Wirtschaftszweigen betrachtet stieg die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Bereich wirtschaftlicher Dienstleistungen (ohne Arbeitnehmerüberlassungen) am stärksten an. Dagegen verzeichnete der Bereich der Arbeitnehmerüberlassungen das höchste Minus.

Der im abgelaufenen Jahr noch sehr deutliche Beschäftigungsaufbau und die spürbare Zunahme der Bruttolöhne und -gehälter (+3,7% gegenüber dem Vorjahr) spiegeln sich in einem ebenfalls deutlichen Anstieg des Bruttoaufkommens der Lohnsteuer (vor Abzug von Kindergeld) um 5,2% im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr wider. Im Jahresdurchschnitt 2012 ist die Erwerbstätigkeit insgesamt wesentlich stärker angestiegen, als die Arbeitslosigkeit zurückging. Dabei wurde der demografisch bedingte Rückgang des Arbeitskräfteangebots insbesondere durch eine Ausweitung des Wanderungssaldos gegenüber dem Ausland sowie durch eine gestiegene Erwerbsneigung mehr als kompensiert.

Angesichts des niedrigen Niveaus der Arbeitslosigkeit und der aktuell gedämpften konjunkturellen Entwicklung dürfte für den Jahresdurchschnitt 2013 ein weiterer Rückgang der Zahl der arbeitslosen Personen schwierig werden. So erwartet die Bundesregierung in

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

ihrer Jahresprojektion einen geringfügigen Anstieg der Arbeitslosigkeit um durchschnittlich 60 000 Personen. Zugleich wird die Zahl der erwerbstätigen Personen jedoch voraussichtlich um 15 000 Personen zunehmen. Auf einen weiteren moderaten Beschäftigungsaufbau deutet beispielsweise der zweimalige leichte Anstieg des ifo Beschäftigungsbarometers hin. Allerdings ist der umfassende Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA-X) nunmehr seit einem Jahr tendenziell rückläufig. Jedoch liegt die Arbeitskräftenachfrage im langjährigen Vergleich immer noch auf hohem Niveau.

Die jährliche Inflationsrate für Deutschland betrug im Durchschnitt des vergangenen Jahres 2,0 %. Insgesamt verlief damit die Preisentwicklung im Vorjahresvergleich in ruhigen Bahnen. Hierzu trug insbesondere die wesentlich moderatere Entwicklung des Ölpreises auf dem Weltmarkt bei, die sich aus der Abschwächung der weltwirtschaftlichen Dynamik ergab. So stagnierte der Ölpreis (in US-Dollar pro Barrel der Marke Brent) im Jahresdurchschnitt nahezu (+ 0,2 %), nachdem der entsprechende Anstieg im Jahr 2011 noch 41 % betragen hatte. Im Dezember 2012 zog der Rohölpreis wieder etwas kräftiger an, was zusammen mit einem ebenfalls spürbaren Anstieg der Preise für Nahrungsmittel (+ 4,8 %) zu der wieder etwas höheren jährlichen Teuerungsrate auf der Verbraucherstufe beigetragen haben dürfte.

Der Preisniveauanstieg auf den dem Verbrauch vorgelagerten Preisstufen schwächte sich im Jahr 2012 erheblich ab. Dies deutet zusammen mit einer nur allmählichen Erholung der Weltwirtschaft auf eine weiterhin moderate Preisentwicklung auf der Verbraucherstufe hin. Die Bundesregierung geht in ihrer Jahresprojektion für 2013 daher von einem Anstieg des Verbraucherpreisniveaus um jahresdurchschnittlich 1,8 % aus.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Dezember 2012

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Dezember 2012

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Dezember 2012 im Vorjahresvergleich um 2,7% gestiegen. Zu dem positiven Gesamtergebnis trugen insbesondere die gemeinschaftlichen Steuern - wie bereits im Vormonat – mit Mehreinnahmen von 4,5 % bei. Der Bund musste mit - 1,3 % allerdings Einbußen hinnehmen. Einerseits ist dies auf die deutlich gesunkenen Bundessteuern zurückzuführen, andererseits war bei den EU-Abführungen ein höherer Monatsbeitrag zu leisten. Außerdem kam es hier zu kräftigen Nachzahlungen insbesondere aufgrund der Prüfung der Bruttonationaleinkommenbeziehungsweise Mehrwertsteuer-Grundlagen für die Jahre 1995 bis 2011 in Höhe von rund 0,5 Mrd. €. Die Länder verbuchten eine Einnahmensteigerung um 4,3%.

Das kumulierte Aufkommen von Januar bis Dezember 2012 überschritt das Niveau des Vorjahres insgesamt um 4,7 % (Bund: +3,4 %).

Die Kasseneinnahmen bei der Lohnsteuer lagen im Dezember um 6,3 % über dem Ergebnis vom Dezember 2011. Die aus dem Aufkommen der Lohnsteuer zu leistenden Kindergeldzahlungen lagen auf dem Vorjahresniveau. Das Volumen der Lohnsteuer vor Abzug des Kindergelds stieg um 5,4 %, nicht zuletzt aufgrund der nach wie vor guten Verfassung des Arbeitsmarktes. Im Gesamtjahr 2012 verzeichneten die Kasseneinnahmen bei der Lohnsteuer eine Zunahme um 6,7 %.

Das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer brutto weist mit 5,8 % einen deutlichen Zuwachs gegenüber dem Vorjahresmonat aus. Neben dem Rückgang der Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG um 18,8 % gegenüber dem Vorjahr sorgte vor allem der Anstieg der Vorauszahlungen für das laufende Jahr um 6 % für dieses positive Ergebnis. Das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer verbesserte sich damit um 8,2%. Im Zeitraum Januar bis Dezember 2012 nahm das Volumen um 16,5% zu. Die Vorauszahlungen haben im Jahr 2012 insgesamt ein sehr hohes Niveau erreicht.

Die kassenmäßigen Einnahmen aus der Körperschaftsteuer haben sich im Berichtsmonat Dezember 2012 gegenüber dem Vorjahresmonat um 9,5 % verschlechtert. Die Vorauszahlungen gingen um 7% zurück. Dies hat seine Ursache hauptsächlich jedoch in einem besonderen Einzelfall: In einem Land war die Vorjahresbasis aufgrund einer Sondervorauszahlung um circa 0,5 Mrd. € überhöht. Weiterhin ergab sich in einem anderen Land eine erhebliche Herabsetzung der Vorauszahlungen in einem Fall. In der überwiegenden Zahl der Länder verharrten die Vorauszahlungen auf hohem Niveau oder stiegen sogar noch leicht an. Insgesamt scheint das Aufkommen bei den Veranlagungssteuern noch nicht durch die verschlechterte Gewinnsituation der Unternehmen im Gefolge der konjunkturellen Abschwächung beeinträchtigt zu sein. Kumuliert für Januar bis Dezember 2012 erhöhte sich das Aufkommen jedoch aufgrund der guten Wirtschaftslage um 8.3%.

Die Einnahmen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag brutto übertrafen das Vorjahresmonatsergebnis um 0,7 %. Da zu Jahresende überwiegend kleine und mittlere Kapitalgesellschaften ausschütten, deutet das Ergebnis auf eine weiterhin gute Gewinnsituation dieser Unternehmen hin. Die Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern erhöhten sich um ein Drittel (+ 33,6 %). Dies führte per Saldo zu Einbußen beim Kassenaufkommen um 2,1%. Für das Gesamtjahr 2012 ergibt sich hier allerdings immer noch eine Zuwachsrate von 10,6 %.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Dezember 2012

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

•	•			•		
2012	Dezember	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Dezember	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2012 ⁴	Veränderung ggü. Vorjah
	in Mio €	in%	in Mio €	in%	in Mio €	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	19572	+6,3	149 065	+6,7	148 850	+6,5
veranlagte Einkommensteuer	10735	+8,2	37 262	+16,5	36 800	+15,0
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 575	-2,1	20 059	+10,6	19 820	+9,3
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	562	+11,7	8 234	+2,7	8 176	+1,9
Körperschaftsteuer	5 706	-9,5	16934	+8,3	18 430	+17,9
Steuern vom Umsatz	17 130	+5,8	194 635	+2,4	195 500	+2,9
Gewerbesteuerumlage	841	+6,6	3 830	+4,4	3 821	+4,1
erhöhte Gewerbesteuerumlage	768	+6,9	3 308	+2,8	3 248	+0,9
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	56 888	+4,5	433 327	+5,6	434 645	+5,9
Bundessteuern						
Energiesteuer	8 381	-0,3	39 305	-1,8	39 900	-0,3
Tabaksteuer	1 839	-13,9	14 143	-1,9	14330	-0,6
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	219	+8,0	2 121	-1,3	2 120	-1,4
Versicherungsteuer	499	+1,8	11 138	+3,6	11 100	+3,2
Stromsteuer	574	+1,7	6 973	-3,8	6 920	-4,5
Kraftfahrzeugsteuer	540	-11,7	8 443	+0,2	8 460	+0,4
Luftverkehrsteuer	80	-14,4	948	+4,8	960	+6,1
Kernbrennstoffsteuer	0	Х	1 577	+70,9	1 550	+68,0
Solidaritätszuschlag	2 111	+3,2	13 624	+6,6	13 550	+6,0
übrige Bundessteuern	143	+1,5	1 522	+1,3	1 523	+1,4
Bundessteuern insgesamt	14 387	-3,5	99 794	+0,7	100 413	+1,3
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	315	+13,1	4305	+1,4	4 2 3 5	-0,3
Grunderwerbsteuer	605	-2,9	7389	+16,1	7 460	+17,2
Rennwett- und Lotteriesteuer	119	+11,8	1 432	+0,8	1 424	+0,2
Biersteuer	53	-2,4	697	-0,8	699	-0,4
Sonstige Ländersteuern	36	+0,6	379	+5,0	382	+5,7
Ländersteuern insgesamt	1 127	+2,7	14 201	+8,4	14 200	+8,4
EU-Eigenmittel						
Zölle	346	-6,1	4 462	-2,4	4 550	-0,5
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	209	+21,1	2 0 2 7	+7,3	2 070	+9,5
BNE-Eigenmittel	2 005	+77,6	19826	+10,1	21 490	+19,4
EU-Eigenmittel insgesamt	2 560	+53,3	26 316	+7,6	28 110	+14,9
Bund ³	36 056	-1,3	256 303	+3,4	256 189	+3,3
Länder ³	29 178	+4,3	236 344	+5,4	236 778	+5,6
EU	2 560	+53,3	26 316	+7,6	28 110	+14,9
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	4 955	+7,0	32 822	+7,6	32 731	+7,3
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	72 749	+2,7	551 785	+4,7	553 808	+5,0

¹Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

 $^{^3}$ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fn. 1).

 $^{^4\,\}mathrm{Ergebnis}\,\mathrm{AK}$ "Steuerschätzungen" vom November 2012.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Dezember 2012

Das Volumen der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge stieg im Vorjahresmonatsvergleich ausgehend von einer sehr niedrigen Vorjahresbasis um 11,7%, das kumulierte Ergebnis Januar bis Dezember 2012 liegt bei +2,7%. Das Gesamtjahr war weiterhin von dem anhaltend niedrigen Zinsniveau geprägt.

Die Steuern vom Umsatz übertrafen im Berichtsmonat Dezember 2012 das Vorjahresniveau um 5,8 %. Dieser überdurchschnittliche Anstieg hebt die kumulierte Änderungsrate für das Gesamtjahr auf + 2,4% an. Die Aufkommensentwicklung war wie bereits in den vergangenen Jahren von starken Schwankungen im Jahresverlauf gekennzeichnet. Es ergaben sich monatliche Änderungsraten zwischen - 5.5% und + 7.0%. Die Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer sanken im Berichtsmonat um 1,3 %. Für das Gesamtjahr ergibt somit ein Zuwachs von nur noch 2,2% (2011: +17,2%). Im Jahresverlauf war die Entwicklung der Einfuhrumsatzsteuer generell rückläufig. Ergab sich im 1. Quartal noch ein Zuwachs von 6,4%, weist das 4. Quartal einen Rückgang um 2,6 % auf. Die Einfuhrumsatzsteuer spiegelt somit die konjunkturelle Abschwächung im Jahresverlauf 2012 wider, die die Importtätigkeit beeinträchtigt hat. Das Niveau der (Binnen-) Umsatzsteuer lag mit 8,4% erheblich über dem Wert des Vorjahreszeitraums. Dieser Zuwachs darf vor dem Hintergrund der starken unterjährigen Schwankungen des Umsatzsteueraufkommens jedoch nicht überbewertet werden. Für das 4. Quartal ergibt sich lediglich ein Zuwachs von 2,4%.

Die reinen Bundessteuern verzeichneten im Dezember 2012 Mindereinnahmen von 3,5 %. Rückgänge ergaben sich bei der Tabaksteuer (-13,9 %). Hier waren die Vorzieheffekte wegen der Tabaksteuererhöhung zum 1. Januar 2013 nicht so hoch wie im Vorjahr angesichts der erwarteten Tabaksteuererhöhung zum 1. Januar 2012. Im Gesamtjahr 2012 wurde bei der Tabaksteuer das Vorjahresniveau

hingegen lediglich um 1,9 % unterschritten. Bei der Kernbrennstoffsteuer war im Berichtsmonat kein Aufkommen zu verzeichnen, während im Vorjahresmonat noch 0,2 Mrd. € kassenwirksam waren. Im Gesamtjahr 2012 ergaben sich für das Jahr 2011 hohe Nachzahlungen. Diese resultierten aus einem Urteil des Bundesfinanzhofs, wonach keine Aussetzung der Vollziehung für laufende Verfahren erfolgt. Dies hat hauptsächlich zu dem starken Aufkommensanstieg von 70,9 % im Jahr 2012 geführt. Auch die Kraftfahrzeugsteuer (-11,7%) und die Luftverkehrsteuer (-14,4%) mussten Mindereinnahmen registrieren; sie weisen allerdings für das Gesamtjahr 2012 mit 0,2% beziehungsweise 4,8% positive Zuwachsraten auf. Bei der Energiesteuer (-0,3%) wurde das Vorjahresergebnis im Dezember 2012 aufgrund der Einbußen bei der Energiesteuer auf den Kraftstoffverbrauch nicht ganz erreicht. Insgesamt unterschritten die Einnahmen das Ergebnis des Vorjahres 2012 um 1,8 %. Demgegenüber kam es beim Solidaritätszuschlag (+3,2%), bei der Versicherungsteuer (+ 1,8 %) und der Stromsteuer (+1,7%) zu Einnahmenzuwächsen. Insgesamt konnten die Bundessteuern im Gesamtjahr 2012 Mehreinnahmen in Höhe von 0.7% verbuchen.

Die reinen Ländersteuern überschritten im Berichtsmonat das Vorjahresniveau um 2,7%. Die Erbschaftsteuer (+ 13,1%) weist im Dezember 2012 wieder eine positive Zuwachsrate auf. Außerdem konnten die Rennwett- und Lotteriesteuer (+11,8%) und die Feuerschutzsteuer (+ 0,1%) das Vorjahresergebnis übertreffen. Demgegenüber meldete die Grunderwerbsteuer erstmals in diesem Jahr Aufkommenseinbußen von 2,9%. Sie liegt im Gesamtjahr 2012 allerdings immer noch 16,1% über den Einnahmen aus dem Vorjahr. Die Biersteuer (- 2,4%) konnte das Vorjahresniveau nicht erreichen. Im Zeitraum Januar bis Dezember wurde bei den Ländersteuern insgesamt das Volumen des Vorjahres allerdings um 8,4% übertroffen.

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALT

Entwicklung des Bundeshaushalts

Finanzierungssaldo

Nach den vorläufigen Daten zum Abschluss des Bundeshaushalts 2012 beträgt der Finanzierungssaldo 22,8 Mrd. €. Nach Abzug der Münzeinnahmen ergibt sich eine Neuverschuldung in Höhe von 22,5 Mrd. €. Damit wurde die mit dem 2. Nachtragshaushalt 2012 vorgesehene Nettokreditaufnahme von 28,1 Mrd. € um rund 5,6 Mrd. € unterschritten.

Ausgaben- und Einnahmenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes im Jahr 2012 beliefen sich auf 306,8 Mrd. € und lagen um 4,8 Mrd. € unter dem veranschlagten Sollwert. Bereinigt um die zusätzlichen Belastungen des Bundes aufgrund der Beiträge Deutschlands zur Überwindung der europäischen Schuldenkrise liegen die Ausgaben auf dem Niveau des Haushalts 2011.

Bis einschließlich Dezember 2012 lagen die Einnahmen des Bundes mit 284,0 Mrd. € um 0,8 Mrd. € über dem vorgesehenen Sollwert. Die Steuereinnahmen des Bundes betrugen 256,1 Mrd. € und lagen damit fast genau auf dem im 2. Nachtragshaushalt veranschlagten Soll. Die Verwaltungseinnahmen lagen 2012 mit 27,9 Mrd. € um 0,9 Mrd. € über dem Sollwert.

Sondervermögen SoFFin, EKF und Kinderbetreuungsausbau

Zum 31. Dezember 2012 standen beim "Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung" (SoFFin) Garantien für zwei Unternehmen des Finanzsektors in Höhe von insgesamt rund 4 Mrd. € und Rekapitalisierungsmaßnahmen für vier Unternehmen des Finanzsektors in Höhe von insgesamt rund 19 Mrd. € aus. Unter Berücksichtigung aller laufenden beziehungsweise ausgelaufenen Transaktionen betrug die Auslastung der Kreditermächtigung des SoFFin rund 21 Mrd. € (vorläufiger Schätzwert).

Der "Energie- und Klimafonds" (EKF) konnte im Jahr 2012 Einnahmen in Höhe von 511,6 Mio. € verbuchen. Dem standen Programmausgaben in Höhe von 316,9 Mio. € gegenüber. In die Rücklage für Folgejahre wurden 194,7 Mio. € eingestellt.

Entwicklung des Bundeshaushalts

	lst 2011	Soll 2012 ¹	Ist - Entwicklung ² Januar bis Dezember 2012
Ausgaben (Mrd. €)	296,2	311,6	306,8
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			3,6
Einnahmen (Mrd. €)	278,5	283,1	284,0
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			2,0
Steuereinnahmen (Mrd. €)	248,1	256,2	256,1
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			3,2
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-17,7	-28,5	-22,8
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	0,0
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,3	-0,4	-0,3
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	-17,3	-28,1	-22,5

¹Inklusive 1. und 2. Nachtrag 2012.

² Buchungsergebnisse.

$\ \ \square$ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Entwicklung des Bundeshaushalts

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Is	t	So	II ¹	Ist - Entv	vicklung	l lakoviškuia o
	20	11	20	12	Januar bis Dezember 2011	Januar bis Dezember 2012	Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahr in %
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	io.€	11170
Allgemeine Dienste	54 407	18,4	65 521	21,0	54 407	66 542	+22
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5 9 3 1	2,0	6 292	2,0	5 931	6 2 4 3	+5
Verteidigung	31 710	10,7	31 734	10,2	31710	33 247	+4
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6 3 6 9	2,2	5 798	1,9	6 3 6 9	5 921	-7
Finanzverwaltung	3 754	1,3	4326	1,4	3 754	3 925	+4
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	16 086	5,4	17 994	5,8	16 086	17 668	+9
BAföG	1 584	0,5	1 763	0,6	1 584	1 747	+10
Forschung und Entwicklung	9 3 6 1	3,2	10 083	3,2	9361	9 844	+5
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	155 255	52,4	155 460	49,9	155 255	153 929	-0
Sozialversicherung	77 976	26,3	78 711	25,3	77 976	78 476	+0
Darlehen/Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	8 046	2,7	7 238	2,3	8 046	7 238	-10
Grundsicherung für Arbeitssuchende	33 035	11,2	32 735	10,5	33 035	31 761	-:
darunter: Arbeitslosengeld II	19 384	6,5	19370	6,2	19384	18 951	-7
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	4855	1,6	4900	1,6	4855	4838	-(
Wohngeld	745	0,3	650	0,2	745	592	-20
Erziehungsgeld/Elterngeld	4712	1,6	4904	1,6	4712	4828	+2
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	1 684	0,6	1 613	0,5	1 684	1 513	-10
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 335	0,5	1 548	0,5	1 335	1 398	+4
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 033	0,7	2 066	0,7	2 033	2 089	+2
Wohnungswesen	1 366	0,5	1 387	0,4	1 366	1 391	+
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 656	1,9	5 372	1,7	5 656	5 089	-10
Regionale Förderungsmaßnahmen	937	0,3	635	0,2	937	817	-12
Kohlenbergbau	1 349	0,5	1 200	0,4	1 3 4 9	1 182	-12
Gewährleistungen	797	0,3	1 200	0,4	797	801	+(
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 645	3,9	12 384	4,0	11 645	12 110	+4
Straßen (ohne GVFG)	6 1 1 5	2,1	6126	2,0	6 1 1 5	6 107	-(
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	15 986	5,4	16 329	5,2	15 986	16 385	+:
Bundeseisenbahnvermögen	5 020	1,7	5 2 3 9	1,7	5 020	5 174	+3
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	4037	1,4	4016	1,3	4037	4 165	+3
Allgemeine Finanzwirtschaft	33 825	11,4	34 926	11,2	33 825	31 565	-(
Zinsausgaben	32 800	11,1	31 287	10,0	32 800	30 487	-7
Ausgaben zusammen	296 228	100,0	311 600	100,0	296 228	306 775	+3

¹Inklusive 1. und 2. Nachtrag 2012.

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	ls	t	So	ll ¹	Ist - Entw	ricklung	Unterjährige
	20	11	20	12	Januar bis Dezember 2011	Januar bis Dezember 2012	Veränderung ggü. Vorjah in%
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mi	o. €	,
Konsumtive Ausgaben	270 850	91,4	274 373	88,1	270 850	270 451	-0,
Personalausgaben	27 856	9,4	28 497	9,1	27 856	28 046	+0
Aktivbezüge	20 702	7,0	21 349	6,9	20 702	20 619	-0
Versorgung	7 154	2,4	7 147	2,3	7 154	7 427	+3
Laufender Sachaufwand	21 946	7,4	23 828	7,6	21 946	23 703	+8
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 545	0,5	1 283	0,4	1 545	1384	-10
Militärische Beschaffungen	10 137	3,4	10 673	3,4	10 137	10 287	+1
Sonstiger laufender Sachaufwand	10 264	3,5	11 871	3,8	10 264	12 033	+17
Zinsausgaben	32 800	11,1	31 287	10,0	32 800	30 487	-7
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 554	63,3	190 295	61,1	187 554	187 734	+0
an Verwaltungen	15 930	5,4	17 600	5,6	15 930	17 090	+7
an andere Bereiche	171 624	57,9	172 696	55,4	171 624	170 644	-0
darunter:							
Unternehmen	23 882	8,1	25 106	8,1	23 882	24 225	+1
Renten, Unterstützungen u. a.	26718	9,0	26 931	8,6	26 718	26 307	-1
Sozialversicherungen	115 398	39,0	113 678	36,5	115 398	113 424	-1
Sonstige Vermögensübertragungen	695	0,2	467	0,1	695	480	-30
Investive Ausgaben	25 378	8,6	37 469	12,0	25 378	36 324	+43
Finanzierungshilfen	18 202	6,1	29 473	9,5	18 202	28 564	+56
Zuweisungen und Zuschüsse	14589	4,9	15 315	4,9	14589	15 524	+6
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 825	1,0	3 853	1,2	2 825	2 736	-3
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	788	0,3	10 304	3,3	788	10 304	+1.207
Sachinvestitionen	7 175	2,4	7 997	2,6	7 175	7 760	+8
Baumaßnahmen	5814	2,0	6519	2,1	5814	6 147	+5
Erwerb von beweglichen Sachen	869	0,3	899	0,3	869	983	+13
Grunderwerb	492	0,2	578	0,2	492	629	+27
Globalansätze	0	0,0	- 243	-0,1	0	0	
Ausgaben insgesamt	296 228	100,0	311 600	100,0	296 228	306 775	+3

¹Inklusive 1. und 2. Nachtrag 2012.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Dem "Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau" hat der Bund, wie mit den Ländern vereinbart, im 2. Nachtragshaushalt 2012 zusätzlich 580,5 Mio. € für den Ausbau der Kinderbetreuung zur Verfügung gestellt, mit denen 30 000 zusätzliche Plätze geschaffen werden sollen.

Entwicklung des Bundeshaushalts

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist	•	Sol	l ¹	Ist - Entw	ricklung	
	201	11	201	2	Januar bis Dezember 2011	Januar bis Dezember 2012	Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahr in %
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mi	o. €	111 /6
I. Steuern	248 066	89,1	256 156	90,5	248 066	256 086	+3,
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	196 908	70,7	206 801	73,0	196 908	205 843	+4,
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	93 488	33,6	101 592	35,9	93 488	101 092	+8,
davon:							
Lohnsteuer	59 475	21,4	63 261	22,3	59 475	63 136	+6
veranlagte Einkommensteuer	13 599	4,9	15 609	5,5	13 599	15 838	+16
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	9 0 6 8	3,3	9910	3,5	9 068	10 028	+10
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 529	1,3	3 597	1,3	3 529	3 623	+2,
Körperschaftsteuer	7817	2,8	9 2 1 5	3,3	7 8 1 7	8 467	+8
Steuern vom Umsatz	101 899	36,6	103 626	36,6	101 899	103 165	+1
Gewerbesteuerumlage	1 520	0,5	1 583	0,6	1 520	1 587	+4
Energiesteuer	40 036	14,4	39 900	14,1	40 036	39 305	-1
Tabaksteuer	14414	5,2	14330	5,1	14414	14 143	-1
Solidaritätszuschlag	12 781	4,6	13 550	4,8	12 781	13 624	+6
Versicherungsteuer	10 755	3,9	11 100	3,9	10 755	11 138	+3
Stromsteuer	7 2 4 7	2,6	6920	2,4	7 247	6 973	-3
Kraftfahrzeugsteuer	8 422	3,0	8 460	3,0	8 422	8 443	+0
Kernbrennstoffsteuer	922	0,3	1 550	0,5	922	1 577	+71
Branntweinabgaben	2 151	0,8	2 122	0,7	2 151	2 123	-1
Kaffeesteuer	1 028	0,4	1 045	0,4	1 028	1 054	+2
Luftverkehrsteuer	905	0,3	960	0,3	905	948	+4
Ergänzungszuweisungen an Länder	-12 110	-4,3	-11 421	-4,0	-12 110	-11 621	-4
BNE-Eigenmittel der EU	-18 003	-6,5	-21 490	-7,6	-18 003	-19 826	+10
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-1 890	-0,7	-2 070	-0,7	-1 890	-2 027	+7
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6980	-2,5	-7 085	-2,5	-6980	-7 085	+1
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-3,2	-8 992	-3,2	-8 992	-8 992	+0
II. Sonstige Einnahmen	30 455	10,9	26 981	9,5	30 455	27 870	-8
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4971	1,8	4244	1,5	4971	4 5 6 0	-8
Zinseinnahmen	483	0,2	336	0,1	483	263	-45
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	5 2 6 7	1,9	5913	2,1	5 2 6 7	5 183	-1
Einnahmen zusammen	278 520	100,0	283 137	100,0	278 520	283 956	+2

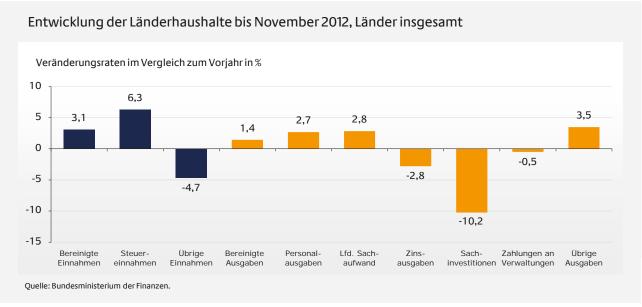
¹ Inklusive 1. und 2. Nachtrag 2012.

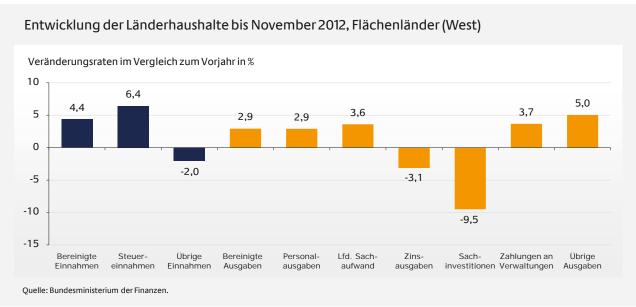
Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2012

Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2012

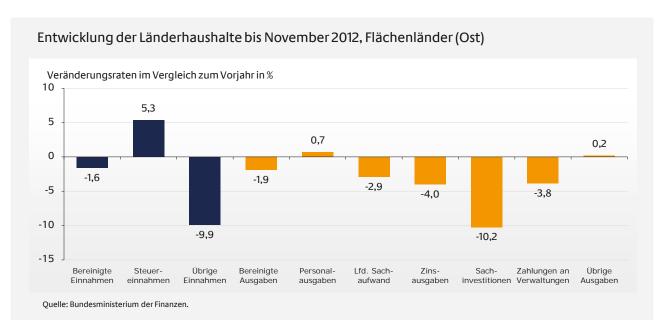
Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich November 2012 vor.

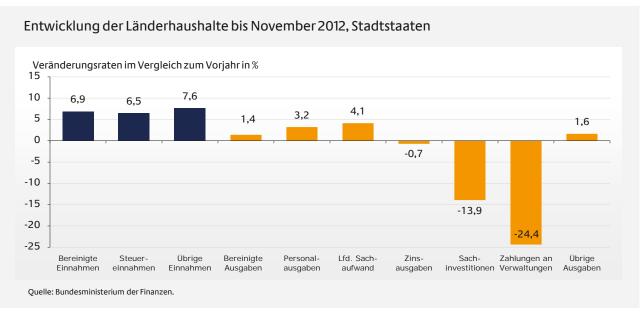
Die positive Entwicklung der Länderhaushalte setzt sich auch bis Ende November fort. Die Ausgaben der Ländergesamtheit erhöhten sich im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 1,4 %, während die Einnahmen um 3,1% anstiegen. Die Steuereinnahmen lagen Ende November um 6,3% über dem Vorjahreswert. Das Finanzierungsdefizit der Länder insgesamt beträgt Ende November 11,9 Mrd. € und unterschreitet den Vorjahreswert um 3,9 Mrd. €. Die Planungen der Länder für das Haushaltsjahr 2012 sehen derzeit ein Finanzierungsdefizit von rund 14,8 Mrd. € vor.





Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2012





FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im Dezember 2012 durchschnittlich 3,05% (3,32% im November).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende Dezember 1,32% (1,37% Ende November).

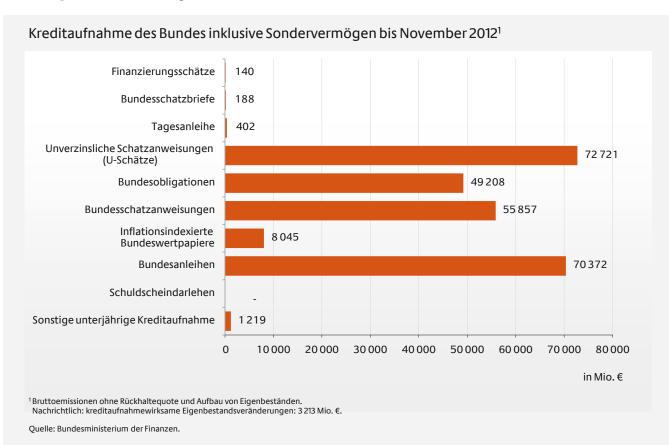
Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende Dezember auf 0,19% (0,19% Ende November).

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat in der EZB-Ratssitzung am 10. Januar 2013 beschlossen, die geltenden Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,75 %, 1,50 % beziehungsweise 0,00 % zu belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug 7 612 Punkte am 31. Dezember (7 406 Punkte am 30. November). Der Euro Stoxx 50 stieg von 2 575 Punkten am 30. November auf 2 636 Punkte am 31. Dezember.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im November 2012 bei 3,8 % nach 3,9 % im Oktober und 2,6 % im September.
Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 belief sich in der Zeit von September bis November 2012 auf 3,4 % nach 3,1 % im Dreimonatszeitraum von August bis Oktober.



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum betrug im November - 1,6 % nach - 1,4 % im Vormonat.

In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen 0,02% im November gegenüber 0,29% im Oktober.

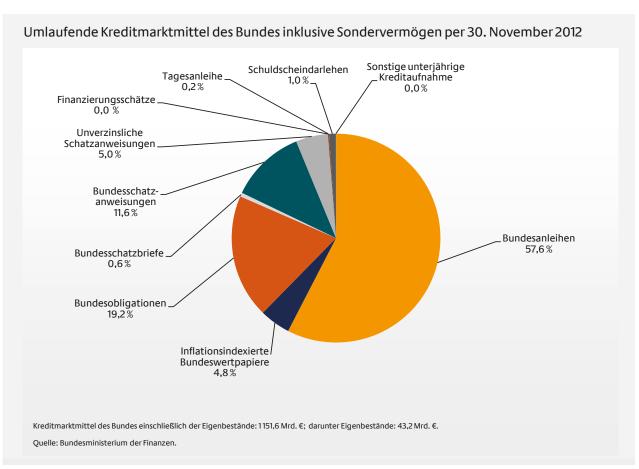
Kreditaufnahme von Bund und Sondervermögen – Umsetzung des Emissionskalenders

Bis einschließlich November 2012 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen 258,2 Mrd. €. Darunter entfielen auf Bundeswertpapiere im Rahmen des geplanten Emissionskalenders 247,9 Mrd. €, auf inflationsindexierte Bundeswertpapiere 9,0 Mrd. €, auf die Instrumente des Privatkundengeschäfts 0,8 Mrd. € und auf sonstige Instrumente 1,2 Mrd. €. Ferner wurden netto 3,2 Mrd. € Bundeswertpapiere am Sekundärmarkt verkauft.

Die Übersicht "Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal" zeigt die Kapitalund Geldmarktemissionen im Rahmen des Kalenders sowie die sonstigen Emissionen.

Der Schuldendienst von Bund und Sondervermögen in Höhe von 255,2 Mrd. € (davon 224,9 Mrd. € Tilgungen und 30,3 Mrd. € Zinsen) fällt geringer aus als der Bruttokreditbedarf von 258,2 Mrd. €.

Die aufgenommenen Kredite wurden im Umfang von 249,5 Mrd. € für die Finanzierung des Bundeshaushalts, von 4,5 Mrd. € für den Finanzmarktstabilisierungsfonds und von 4,1 Mrd. € für den Investitions- und Tilgungsfonds eingesetzt.



Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2012 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd. €						
Anleihen	25,0	-	-	-	-	-	27,0	-	2,7	-	-		54,7
Bundesobligationen	-	-	-	16,0	-	-	-	-	-	16,0	-		32,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	19,0	-	-	19,0	-	-	18,0	-	-		56,0
U-Schätze des Bundes	8,9	8,9	8,9	7,0	7,0	6,0	7,0	7,0	7,0	6,0	4,0		77,6
Bundesschatzbriefe	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,3	0,1	0,1	0,0		1,5
Finanzierungsschätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0		0,4
Tagesanleihe	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1		0,8
Schuldscheindarlehen	-	-	-	-	-	0,0	-	0,0	0,0	0,0	-		0,0
Sonst. unterjährige Kreditaufnahme	-	-	0,7	-	-	0,1	-	-	1,1	-	-		1,9
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	-0,0	-0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0		-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	34,2	9,2	28,8	23,1	7,2	25,3	34,2	7,4	29,1	22,2	4,1		224,9

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2012 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd. 🕈	€					
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	11,1	0,8	-0,1	4,4	-0,9	0,3	12,1	-0,3	0,4	2,1	0,3		30,3

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2012 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Bundesobligation ISIN DE0001141646 WKN 114164	Aufstockung	10. Oktober 2012	5 Jahre/fällig 7. April 2017 Zinslaufbeginn 7. April 2012 erster Zinstermin 7. April 2013	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137396 WKN 113739	Aufstockung	17. Oktober 2012	2 Jahre/fällig 12. September 2014 Zinslaufbeginn 24. August 2012 erster Zinstermin 12. September 2013	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135499 WKN 113549	Aufstockung	24. Oktober 2012	10 Jahre/fällig 4. September 2022 Zinslaufbeginn 4. September 2012 erster Zinstermin 4. September 2013	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135481 WKN 113548	Aufstockung	31. Oktober 2012	30 Jahre/fällig 4. Juli 2044 Zinslaufbeginn 27. April 2012 erster Zinstermin 4. Juli 2013	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141646 WKN 114164	Aufstockung	7. November 2012	5 Jahre/fällig 13. Oktober 2017 Zinslaufbeginn 14. September 2012 erster Zinstermin 13. Oktober 2013	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137404 WKN113740	Neuemission	14. November 2012	2 Jahre/fällig 12. Dezember 2014 Zinslaufbeginn 16. November 2012 erster Zinstermin 12. Dezember 2013	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135499 WKN 113549	Aufstockung	21. November 2012	10 Jahre/fällig 4. September 2022 Zinslaufbeginn 4. September 2012 erster Zinstermin 4. September 2013	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141646 WKN 114164	Aufstockkung	28. November 2012	5 Jahre/fällig 13. Oktober 2017 Zinslaufbeginn 14. September 2012 erster Zinstermin 13. Oktober 2013	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137404 WKN113740	Aufstockung	5. Dezember 2012	2 Jahre/fällig 12. Dezember 2014 Zinslaufbeginn 16. November 2012 erster Zinstermin 12. Dezember 2013	ca. 4 Mrd. €	
			4. Quartal 2012 insgesamt	35 Mrd. €	

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2012 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119691 WKN 111969	Neuemission	8. Oktober 2012	6 Monate/fällig 10. April 2013	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119709 WKN 111970	Neuemission	29. Oktober 2012	12 Monate/fällig 30. Oktober 2013	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119717 WKN 111971	Neuemission	12. November 2012	6 Monate/fällig 15. Mai 2013	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119725 WKN 111972	Neuemission	26. November 2012	12 Monate/fällig 27. November 2013	3 Mrd.€	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119733 WKN 111973	Neuemission	3. Dezember 2012	6 Monate/fällig 12. Juni 2013	ca. 3 Mrd. €	
			4. Quartal 2012 insgesamt	17 Mrd. €	

¹Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2012 Sonstiges

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Inflations indexier te Bundes an leihe ISIN DE000103542 WKN 103054	Aufstockung	10. Oktober 2012	10 Jahre/fällig 15. April 2023 Zinslaufbeginn 23. März 2012 erster Zinstermin 15. April 2013	2 - 3 Mrd. €/ 1,5 Mrd. €	1,5 Mrd. €
Inflationsindexierte Bundesobligation ISIN DE0001030534 WKN 103053	Aufstockung	21. November 2012	7 Jahre/fällig 15. April 2018 Zinslaufbeginn 15. April 2011 erster Zinstermin 15. April 2012	2 - 3 Mrd. €/ 1,0 Mrd. €	1,0 Mrd. €
			4. Quartal 2012 insgesamt	2 - 3 Mrd.€/ 2,5 Mrd. €	2,5 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf die Sitzungen der Eurogruppe und des ECOFIN-Rates am 21. und 22. Januar 2013

Verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionsteuer

Der ECOFIN-Rat erteilte die Ermächtigung für die Verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionsteuer. Die Europäische Kommission kündigte an, dass sie in Kürze einen Richtlinienvorschlag sowie eine Folgenabschätzung vorlegen werde. Danach können die Mitgliedstaaten mit den Verhandlungen über die konkrete Ausgestaltung der Finanztransaktionsteuer beginnen.

Jahreswachstumsbericht 2013

Die Europäische Kommission stellte ihren Jahreswachstumsbericht vor. der das im Januar begonnene Europäische Semester 2013 einleitet. Er dient als Basis, um ein gemeinsames Verständnis für die prioritären Maßnahmen auf nationaler und EU-Ebene in den nächsten zwölf Monaten herzustellen. Der Bericht identifiziert die aus Sicht der Kommission wichtigsten horizontalen finanz-, wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Herausforderungen in der Europäischen Union und empfiehlt vorrangige Maßnahmen zu ihrer Bewältigung. Festgehalten wird an den bereits für 2012 herausgestellten Prioritäten wie wachstumsfreundliche und differenzierte Haushaltskonsolidierung, Instandsetzung des Finanzsektors, Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit, Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Modernisierung der öffentlichen Verwaltung.

Aktionsplan zur Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung

Die Europäische Kommission stellte die Grundelemente ihres Aktionsplans vor. Schwerpunkte sind die Themen Zinsbesteuerung, Vorgehen gegen
Steueroasen, Vermeidung von
Nichtbesteuerung, Vorgehen gegen aggressive
Steuerplanung, Missbrauchsvermeidung sowie
good governance in Steuerangelegenheiten.
Zudem betonte sie die haushalterische
Bedeutung des Gesamtansatzes in einem
Umfeld, das von fiskalischer Konsolidierung
geprägt ist.

Neuer Eurogruppen-Vorsitz

Die Finanzminister der Eurogruppe haben mit großer Mehrheit den niederländischen Finanzminister Jeroen Dijsselbloem für zweieinhalb Jahre zum Vorsitzenden der Eurogruppe gewählt. Er ist der Nachfolger von Jean-Claude Juncker, der die Eurogruppe acht Jahre lang leitete.

Stand der Anpassungsprogramme Griechenlands, Spaniens, Irlands und Portugals und eines möglichen Hilfsprogramms für Zypern

Die Eurogruppe setzte die Diskussion über ein mögliches Hilfsprogramm für Zypern fort. Dabei wurde die Bedeutung der Einhaltung von Standards bei der Bekämpfung der Geldwäsche hervorgehoben. Hinsichtlich der Länder Griechenland, Spanien, Irland und Portugal haben die Prüfungen durch die Troika ergeben, dass diese ihre Programmauflagen erfüllt haben. Somit ist der Weg frei für die Bereitstellung der nächsten Finanztranchen.

IWF-Artikel-IV-Konsultation des Euroraums – Zwischenbericht

Der Internationale Währungsfonds (IWF) unterrichtete die Finanzminister der Euroländer über den Zwischenstand der Artikel-IV-Konsultation des Euroraums.

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Der IWF beurteilte die Fortschritte bei der Krisenbewältigung sowohl hinsichtlich der Reformen in einzelnen Mitgliedstaaten als auch bei der Stärkung der Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion insgesamt positiv, mahnte gleichzeitig jedoch an, die Anstrengungen zur Überwindung der Krise aufrechtzuerhalten.

Direkte Bankenrekapitalisierung durch den ESM

Die Thematik der direkten
Bankenrekapitalisierung durch den
Europäischen Stabiltätsmechanismus (ESM)
wurde erstmals auf der Ebene der EuroFinanzminister diskutiert. Ziel der Befassung
in der Eurogruppe war ein Meinungsaustausch
zu grundlegenden Fragen, die mit der
Einführung dieses neuen Instruments
verbunden sind. Die Möglichkeit einer
direkten Bankenrekapitalisierung durch den
ESM soll ein Notfallinstrument für systemisch

relevante Banken darstellen, sobald die gemeinsame europäische Bankenaufsicht ihre Arbeit aufgenommen hat.

Ausblick auf die Sitzung des ECOFIN-Rates am 12. Februar 2013

Für den ECOFIN-Rat am 12. Februar 2013 ist eine Befassung u. a. mit folgenden Themen vorgesehen:

- Vorbereitung des G20-Treffens der Finanzminister und Notenbankpräsidenten am 15. und 16. Februar 2013 in Moskau
- Ratsschlussfolgerungen zum Jahreswachstumsbericht 2013 (annual growth survey), zum Frühwarnbericht 2013 (alert mechanism report), zum Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen (fiscal sustainability report) sowie zu den Leitlinien für den Haushalt 2014.

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

7./8. Februar 2013	Europäischer Rat in Brüssel
11./12. Februar 20113	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel
15./16. Februar 2013	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Moskau
4./5. März 2013	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel
14./15. März 2013	Europäischer Rat in Brüssel
18./19. April 2013	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Washington
19./20. April 2013	Frühjahrstagung von IWF und Weltbank in Washington
10./11. Mai 2013	G7-Finanzminister-Treffen in Buckinghamshire/London
13./14. Mai 2013	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel
30. Mai 2013	Europäischer Rat in Brüssel

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2014 und des Finanzplans bis 2017

Mitte Januar 2013	Vorstellung Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung	
bis Ende Februar 2013	Entwicklung des Eckwertebeschlusses und Erarbeitung der Kabinettvorlage durch das BMF	
20. März 2013	Kabinettsitzung für Eckwertebeschluss	
Mitte/Ende April 2013	Projektion zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	
6. bis 8. Mai 2013	Steuerschätzung in Weimar	
Ende Mai 2013	Sitzung des Stabilitätsrats	
26. Juni 2013	Kabinettsitzung für Regierungsentwurf	

☐ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Februar 2013	Januar 2013	21. Februar 2013
März 2013	Februar 2013	22. März 2013
April 2013	März 2013	22. April 2013
Mai 2013	April 2013	24. Mai 2013
Juni 2013	Mai 2013	20. Juni 2013
Juli 2013	Juni 2013	22. Juli 2013
August 2013	Juli 2013	22. August 2013
September 2013	August 2013	20. September 2013
Oktober 2013	September 2013	21. Oktober 2013
November 2013	Oktober 2013	21. November 2013
Dezember 2013	November 2013	20. Dezember 2013

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

broschueren@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805/77 80 90¹ Telefax: 01805/77 80 94¹

¹ Jeweils 0,14 €/Minute aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Internet:

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

Über	sichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	74
1	Kreditmarktmittel	74
2	Gewährleistungen	
3	Kennziffern SDDS - Central Government Operations - Haushalt Bund	
4	Kennziffern SDDS - Central Government Debt - Schulden Bund	
5	Bundeshaushalt 2011 bis 2016.	
6	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	
	2008 bis 2013	81
7	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen,	
	Ist 2012	83
8	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013	87
9	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	91
11	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	93
12	Entwicklung der Staatsquote	94
13	Schulden der öffentlichen Haushalte	95
14	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	99
15	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
16	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	101
17	Steuerquoten im internationalen Vergleich	102
18	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	103
19	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
20	Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012	105
Über	sichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	106
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2012 im Vergleich zum Jahressoll 2012	106
Abb.	,	
2	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der	
	Länder bis November 2012	107
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis November 2012	
Kenn	nzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	113
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	113
2	Preisentwicklung	114
3	Außenwirtschaft	115
4	Einkommensverteilung	116
	Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	117
5	Produktionslücken, Budgetsensitivität und Konjunkturkomponenten	118
6	Prouktionspotenzial und -lücken	119
7	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten	
	Potenzialwachstum	
8	Bruttoinlandsprodukt	
9	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	
10	Kapitalstock und Investitionen.	
11	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	128

12	Preise und Löhne	129
13	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	131
14	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	132
15	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	133
16	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	134
17	Übersicht Weltfinanzmärkte	135
Abb.	Entwicklung von DAX und Dow Jones	136
18	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
	zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	137
19	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
	zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	141

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand:	Zunahme	Abnahme	Stand:
	31. Oktober 2012			30. November 2012
		in M	io.€	
Inflations indexier te Bundes wert papiere	54 000	1 000	0	55 000
Anleihen ¹	657 000	6 000	0	663 000
Bundesobligationen	214 000	7 000	0	221 000
Bundesschatzbriefe ²	6 9 6 8	6	39	6 9 3 5
Bundesschatzanweisungen	129 000	5 000	0	134000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	54 222	7 000	3 999	57 223
Finanzierungsschätze ³	260	4	22	242
Tagesanleihe	1 846	14	79	1 781
Schuldscheindarlehen	12 046	0	0	12 046
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	393	0	0	393
Kreditmarktmittel insgesamt	1 129 734			1 151 620

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:			Stand:
	31. Oktober 2012			30. November 2012
		in M	lio.€	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	217 836			220 844
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	362 636			367 559
langfristig (mehr als 4 Jahre)	549 262			563 217
Kreditmarktmittel insgesamt	1 129 734			1 151 620

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

 $^{^1}$ 10- und 30-jährige Anleihen des Bundes und €-Gegenwert der US-Dollar-Anleihe.

 $^{^2}$ Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

 $^{^{3}}$ 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung am 31. Dezember 2012	Belegung am 31. Dezember 2011
		in Mrd. €	
Ausfuhren	135,0	127,4	119,0
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	50,0	42,1	39,1
FZ-Vorhaben	9,00	4,1	3,2
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	171,0	108,7	109,0
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	56,1	55,9
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,2	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	8,0	8,0	6,0
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4
Garantien gemäß dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 22. Mai 2010	211,0	100,1	20,5

Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Operations - Haushalt Bund

			Central Government Operations									
		Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme					
		Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing					
				in Mio	. €/€ m							
2012	Dezember	306 775	283 956	-22 774	0	293	-22 480					
	November	281 560	240 077	-41 410	-8 531	129	-32 749					
	Oktober	258 098	220 585	-37 447	-21 107	162	-16 178					
	September	225 415	199 188	-26 173	-10 344	132	-15 697					
	August	193 833	156 426	-37 352	-19 849	123	-17 379					
	Juli	184344	153 957	-30 335	-24 804	122	-5 408					
	Juni	148 013	129 741	-18 231	-1 608	107	-16 515					
	Mai	127 258	101 691	-25 526	-6 259	71	-19 195					
	April	108 233	81 374	-26 836	-28 134	- 1	1 298					
	März	82 673	58 613	-24 040	-21 711	- 77	-2 406					
	Februar	62 345	35 423	-26 907	-16 750	- 98	-10 254					
	Januar	42 651	18 162	-24 484	-24 357	- 123	- 250					
2011	Dezember	296 228	278 520	-17 667	0	324	-17 343					
	November	273 451	233 578	-39 818	-5 359	179	-34 280					
	Oktober	250 645	214 035	-36 555	-13 661	181	-22 712					
	September	227 425	192 906	-34 465	-8 069	152	-26 244					
	August	206 420	169 910	-36 459	536	144	-36 851					
	Juli	185 285	150 535	-34 709	-4344	162	-30 202					
	Juni	150 304	127 980	-22 288	13 211	164	-35 335					
	Mai	129 439	102 355	-27 051	9 300	94	-36 257					
	April	109 028	80 147	-28 849	-20 282	24	-8 544					
	März	83 915	58 442	-25 449	-8 936	- 41	-16 554					
	Februar	63 623	34012	-29 593	-17 844	-93	-11 841					
	Januar	42 404	17 245	-25 149	-21 378	-90	-3 861					
2010	Dezember	303 658	259 293	-44 323	0	311	-44 011					
2010	November	278 005	217 455	-60 499	-8 629	136	-51 733					
	Oktober	254887	200 042	-54 793	-15 223	149	-39 421					
	September	230 693	181 230	-49 412	-8 532	125	-40 755					
	August	209 871	160 620	-49 202	-7 736	125	-41 341					
	Juli	188 128	143 120	-44 982	-14368	142	-30 471					
	Juni	155 292	122 389	-32 877	4 465	78	-37 264					
		129 243	94 005	-35 209	7 707	45	-42 870					
	Mai	107 094	74930	-32 137	-2 388	-38	-29 788					
	April	81 856	53 961	-27 883	3 657	-93	-31 633					
	März	60 455	31 940	-28 499	- 653	-115	-27 962					
	Februar	40 352	16 498	-23 844	-14862	-113	-9 118					

noch Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Operations - Haushalt Bund

			Central Governn	nent Operations						
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme				
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing				
		in Mio. €/€ m								
2009 Dezember	292 253	257 742	-34 461	0	313	-34 148				
November	270 186	223 109	-47 010	-2 761	166	-44 083				
Oktober	243 983	204 784	-39 150	-14 675	188	-24 287				
September	218 608	187 996	-30 571	-11 194	174	-19 203				
August	196 426	166 640	-29 747	-8 420	151	-21 176				
Juli	176 517	148 441	-28 039	-9 391	134	-18 514				
Juni	141 466	126 776	-14 658	11 937	112	-26 483				
Mai	120 470	102 330	-18 112	-8 023	67	-10 022				
April	101 674	79 274	-22 381	-27 150	-2	4 767				
März	78 026	60 667	-17 355	-18 273	-87	832				
Februar	57 615	36 464	-21 152	-19 760	-122	-1 513				
Januar	39 796	17 472	-22 323	-22 607	-117	167				

Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Debt - Schulden Bund

		Central Government Debt								
		Kr	editmarktmittel, Glie	derung nach Restlaufz	eiten	6				
			Outsta	nding debt		Gewährleistungen				
		Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed				
		Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt					
			in M	io. €/€ m		in Mrd. €/€ bn				
2012	Dezember					470				
	November	220 844	367 559	563 217	1151 620	-				
	Oktober	217 836	362 636	549 262	1129 734	-				
	September	216 883	357 763	555 802	1130 449	508				
	August	221 918	369 000	540 581	1131 499	-				
	Juli	221 482	364 665	532 694	1118 841	-				
	Juni	226 289	358 836	542 876	1128 000	459				
	Mai	226 511	367 003	535 842	1129 356	-				
	April	226 581	362 000	524 423	1113 004	-				
	März	214 444	351 945	545 695	1112 084	454				
	Februar	217 655	364 983	535 836	1118 475	-				
	Januar	219 621	344 056	542 868	1106 545	-				
2011	Dezember	222 506	341 194	553 871	1117 570	378				
2011	November	228 850	353 022	549 155	1131 028	_				
	Oktober	232 949	346 948	536 229	1116125	_				
		239 900	341 817	545 495	1127 211	376				
	September	237 224	357 519	534 543	1129 286	-				
	August	239 195	350 434	528 649	1118 277	_				
	Juli 	238 249	351 835	538 272	1128 355	361				
	Juni	232 210	364 702	534 474	1131 385	501				
	Mai	236 083	357 793	523 533	1117 409					
	April					2.40				
	März	240 084	349 779	525 593	1115 457	348				
	Februar	234 948	362 885	514 604	1112 437	-				
	Januar	239 055	338 972	522 579	1100 606	-				
2010	Dezember	234 986	335 073	534 991	1105 505	343				
	November	231 952	347 673	526 944	1106 568	-				
	Oktober	232 952	341 728	515 041	1089 721	-				
	September	233 889	336 633	526 289	1096 811	336				
	August	233 001	346 511	513 508	1093 020	-				
	Juli	232 000	339 551	507 692	1079 243	-				
	Juni	227 289	332 426	517 873	1077 587	335				
	Mai	232 294	341 244	512 071	1085 609	-				
	April	238 248	334207	499 124	1071 579	-				
	März	240 583	326 118	502 193	1068 193	311				
	Februar	242 829	335 135	491 171	1069 135	-				
	Januar	245 822	328 119	480 327	1054 268	-				

noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Debt - Schulden Bund

		(Central Government D	ebt		
	Kr	editmarktmittel, Glie	derung nach Restlaufz	eiten	C=b	
		Outsta	nding debt		Gewährleistungen	
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed	
	Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt		
		in M	io. €/€ m		in Mrd. €/€ bn	
2009 Dezember	243 437	320 444	489 805	1053 686	341	
November	251 872	329 401	487 457	1068 730	-	
Oktober	254 058	323 454	476 480	1053 992	-	
September	257 522	315 355	483 546	1056 424	328	
August	251 615	320 988	471 494	1044 097	-	
Juli	248 055	320 433	465 971	1034 460	-	
Juni	250 611	318 393	482 266	1051 270	325	
Mai	239 984	330 289	469 327	1039 601	-	
April	229 180	322 200	456 371	1007 751	-	
März	214171	306 352	482 537	1003 060	319	
Februar	211 359	313 238	470 572	995 170	-	
Januar	202 507	323 261	464 608	980 375	-	

 $^{^{1}} Ge w\"{a}hr leist ungsdaten werden quartalsweise gemeldet.$

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Bundeshaushalt 2011 bis 2016 Gesamtübersicht

	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Ist	Soll		Finanzplanung	
			Mr	d . €		
1. Ausgaben	296,2	306,8	302,0	302,9	303,3	309,9
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 2,4	+3,6	-1,6	+0,3	+0,1	+2,2
2. Einnahmen ¹	278,5	284,0	284,6	289,5	298,3	309,6
Veränderung gegen Vorjahr in %	+7,4	+2,0	+0,2	+1,7	+3,0	+3,8
darunter:						
Steuereinnahmen	248,1	256,1	260,6	269,1	277,3	288,5
Veränderung gegen Vorjahr in %	+9,7	+3,2	+1,8	+3,3	+3,1	+4,0
3. Finanzierungssaldo	-17,7	-22,7	-17,4	-13,4	-5,0	-0,3
in % der Ausgaben	6,0	7,4	5,8	4,4	1,7	0,1
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme ² (-)	274,2	249,3	249,8	243,4	242,0	255,6
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	3,1	5,7	-0,3	-1,1	-1,3	2,2
6. Tilgungen (+)	260,0	232,6	232,4	231,4	238,6	253,3
7. Nettokreditaufnahme	17,3	22,5	17,1	13,1	4,7	0,0
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	25,4	36,3	34,8	29,7	25,2	24,9
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 2,7	+43,0	- 4,1	- 14,6	- 15,3	- 1,2
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	2,2	0,6	1,5	2,0	2,5	2,5

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Stand: Januar 2012.

 $^{^1\}mbox{Gem\"{a}}\mbox{\ensuremath{\mbox{BHO}}}\mbox{\ensuremath{\mbox{\S}}}\mbox{\ensuremath{\mbox{13}}}\mbox{\ensuremath{\mbox{Absatz}}}\mbox{\ensuremath{\mbox{4.2}}}\mbox{\ensuremath{\mbox{\mbox{ohne}}}\mbox{\ensuremath{\mbox{\mbox{M}}}\mbox{\ensuremath{\mbox{ohne}}}\mbox{\ensuremath{\mbox{ahead}}}\mbox{\ensuremat$

 $^{^{2}\,\}mathrm{Nach}\,\mathrm{Abzug}\,\mathrm{der}\,\mathrm{Finanzierung}\,\mathrm{der}\,\mathrm{Eigenbestandsver}$ änderung.

Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2008 bis 2013

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Ausgabeart	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll
			in Mic	o. €		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	27 012	27 939	28 196	27 856	28 046	28 478
Aktivitätsbezüge	20 298	20 977	21 117	20 702	20619	20 825
Ziviler Bereich	8 870	9 269	9 443	9 2 7 4	9 289	10 501
Militärischer Bereich	11 428	11 708	11 674	11 428	11 331	10324
Versorgung	6714	6 962	7 079	7 154	7 427	7 653
Ziviler Bereich	2 416	2 462	2 459	2 472	2 538	2 651
Militärischer Bereich	4 298	4 500	4 620	4682	4889	5 003
Laufender Sachaufwand	19 742	21 395	21 494	21 946	23 703	24 642
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 421	1 478	1 544	1 545	1 384	1 3 4 3
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	9 622	10281	10 442	10137	10 287	10396
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 699	9 635	9 508	10264	12 033	12 903
Zinsausgaben	40 171	38 099	33 108	32 800	30 487	31 596
an andere Bereiche	40 171	38 099	33 108	32 800	30 487	31 596
Sonstige	40 171	38 099	33 108	32 800	30 487	31 596
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	40 127	38 054	33 058	32 759	30 446	31 554
an Ausland	3	3	8	-0	-	
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	168 424	177 289	194 377	187 554	187 734	182 271
an Verwaltungen	12930	14396	14114	15 930	17 090	19 419
Länder	8 341	8 754	8 579	10 642	11 529	13 498
Gemeinden	21	18	17	12	8	g
Sondervermögen	4 5 6 8	5 624	5 5 1 8	5 2 7 6	5 552	5 912
Zweckverbände	0	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	155 494	162 892	180 263	171 624	170 644	162 852
Unternehmen	22 440	22 951	24212	23 882	24 225	25 872
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 120	29 699	29 665	26 718	26 307	26 456
an Sozialversicherung	99 123	105 130	120831	115 398	113 424	103 453
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 099	1 249	1 336	1 665	1 668	1 697
an Ausland	3 708	3 858	4216	3 958	5017	5 372
an Sonstige	4	5	3	2	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	255 350	264 721	277 175	270 156	269 971	266 987

noch Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2008 bis 2013

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Ausgabeart	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll
			in Mi	o.€		
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	7 199	8 504	7 660	7 175	7 760	8 248
Baumaßnahmen	5 777	6830	6 2 4 2	5814	6 1 4 7	6 703
Erwerb von beweglichen Sachen	918	1 030	916	869	983	964
Grunderwerb	504	643	503	492	629	581
Vermögensübertragungen	16 660	15 619	15 350	15 284	16 005	15 304
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	14018	15 190	14944	14 589	15 524	14 692
an Verwaltungen	5 713	5 852	5 209	5 243	5 789	4 800
Länder	5 654	5 8 0 4	5 142	5 178	5 152	4737
Gemeinden und Gemeindeverbände	59	48	68	65	56	62
Sondervermögen	-	-	-	-	581	1
an andere Bereiche	8 305	9 338	9 735	9 3 4 6	9 735	9 892
Sonstige - Inland	5 836	6 462	6 599	6 0 6 0	6 2 3 4	6 3 9 6
Ausland	2 469	2876	3 136	3 287	3 501	3 497
Sonstige Vermögensübertragungen	2 642	429	406	695	480	612
an andere Bereiche	2 642	429	406	695	480	612
Unternehmen - Inland	2 267	-	-	260	4	42
Sonstige - Inland	149	148	137	123	129	146
Ausland	225	282	269	311	348	424
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 099	3 409	3 473	3 613	13 040	11 864
Darlehensgewährung	2 3 9 5	2 490	2 663	2 8 2 5	2736	3 002
an Verwaltungen	1	1	1	1	1	1
Länder	1	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 3 9 5	2 490	2 662	2 8 2 5	2 735	3 001
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	922	872	1 075	1115	1 070	1 380
Ausland	1 473	1618	1 587	1710	1 666	1 621
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	704	919	810	788	10304	8 8 6 2
Inland	26	13	13	0	0	175
Ausland	678	905	797	788	10304	8 687
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	26 958	27 532	26 483	26 072	36 804	35 415
Darunter: Investive Ausgaben	24316	27 103	26077	25 378	36324	34804
Globale Mehr-/Minderausgaben	-	-	-	-	-	- 402
Ausgaben zusammen	282 308	292 253	303 658	296 228	306 775	302 000

Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2012

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss
Funktion	Ausgabengruppe				in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	66 542	50 596	25 197	18 867	-	6 532
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	5 9 2 1	5 640	3 535	1 298	-	808
2	Auswärtige Angelegenheiten	19 251	4536	505	173	-	3 858
3	Verteidigung	33 247	32 986	16219	15 764	-	1 003
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 791	3 434	2 179	984	-	272
5	Rechtsschutz	405	392	268	100	-	24
6	Finanzverwaltung	3 925	3 605	2 491	547	-	567
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	17 668	14 442	559	884	-	12 999
13	Hochschulen	3 978	2 989	11	10	-	2 968
14	Förderung von Schülern, Studenten	2 435	2 435	-	-	-	2 435
15	Sonstiges Bildungswesen	663	587	10	62	-	515
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	9 844	7 897	537	808	-	6 552
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	748	534	1	4	-	529
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	153 929	152 494	235	597	-	151 662
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	108 688	108 688	56	-	-	108 632
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	8 129	8 129	-	2	-	8 127
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 394	2 044	-	29	-	2014
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	32 268	32 158	47	313	-	31 798
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	317	317	-	-	-	317
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	2 133	1 159	133	252	-	774
3	Gesundheit und Sport	1 398	906	301	313	-	292
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	464	393	167	179	-	47
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	464	393	167	179	-	47
32	Sport	130	116	-	4	-	112
33	Umwelt- und Naturschutz	397	245	86	71	-	89
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	407	152	48	60	-	44
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 089	873	-	40	-	833
41	Wohnungswesen	1 391	835	-	1	-	833
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	5	-	-	-	-	-
44	Städtebauförderung	693	38	-	38	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	909	464	30	167	-	268
52	Verbesserung der Agrarstruktur	560	150	-	1	-	149
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	118	118	-	70	-	48
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	118	118	-	70	-	48
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	231	196	30	96	-	71

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2012

Funktion	Ausgabengruppe	Sach- investitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen in Mio. €	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
0	Allgemeine Dienste	940	2 835	12 171	15 946	15 924
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	264	17	-	281	281
2	Auswärtige Angelegenheiten	93	2 653	11 969	14715	14714
3	Verteidigung	212	49	-	261	239
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	241	116	-	357	357
5	Rechtsschutz	13	-	-	13	13
6	Finanzverwaltung	119	0	202	320	320
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	151	3 075	-	3 226	3 226
13	Hochschulen	1	988	-	989	989
14	Förderung von Schülern, Studenten	-	-	-	-	-
15	Sonstiges Bildungswesen	0	76	-	76	76
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	149	1 798	-	1 947	1 947
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	213	-	214	214
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	8	1 426	1	1 435	981
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	-	-	-	-	-
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	349	1	351	3
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	4	105	-	110	4
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	3	972	-	974	974
3	Gesundheit und Sport	313	179	-	492	492
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	59	12	-	71	71
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	59	12	-	71	71
32	Sport	-	14	-	14	14
33	Umwelt- und Naturschutz	9	143	-	151	151
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	246	10	-	255	255
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 215	1	1 216	1 216
41	Wohnungswesen	-	555	1	556	556
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	-	-	-	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	5	-	5	5
44	Städtebauförderung	-	655	-	655	655
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	5	440	0	445	445
52	Verbesserung der Agrarstruktur	-	410	0	410	410
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	-	-	-	-	-
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	5	30	-	35	35

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2012

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss
Funktion	Ausgabengruppe			iı	n Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 179	2 327	63	509	-	1 755
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	794	638	-	385	-	253
621	Kernenergie	315	224	-	-	-	224
622	Erneuerbare Energieformen	70	32	-	3	-	29
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	409	383	-	383	-	-
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 384	1 369	-	0	-	1 369
64	Handel	58	58	-	7	-	52
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	817	9	-	8	-	1
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 126	252	63	109	-	80
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	12 110	4 147	1 067	2 009	-	1 071
72	Straßen	7 443	1 093	-	946	-	147
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 745	971	524	376	-	70
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	315	4	-	-	-	4
	Luftfahrt	180	178	47	19	-	113
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 426	1 901	496	668	-	736
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	16 385	12 194	-	1	-	12 193
81	Wirtschaftsunternehmen	11 201	7 020	-	1	-	7018
832	Eisenbahnen	4 165	72	-	0	-	71
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	7 036	6 9 4 8	-	1	-	6 947
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 184	5 174	-	-	-	5 174
873	Sondervermögen	5 174	5 174	-	-	-	5 174
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	10	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	31 565	31 526	593	316	30 487	130
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	168	129	-	-	-	129
92	Schulden	30 491	30 491	-	4	30 487	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	906	906	593	312	-	0
Summe al	ller Hauptfunktionen	306 775	269 971	28 046	23 703	30 487	187 734

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, 1st 2012

		Sachin- vestitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	118	867	867	1 852	1 852
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	92	64	-	156	156
621	Kernenergie	92	-	-	92	92
622	Erneuerbare Energieformen	-	38	-	38	38
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	26	-	26	26
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	15	-	15	15
64	Handel	-	-	-	-	-
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	26	782	-	807	807
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	6	867	874	874
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 215	1 748	-	7 963	7 963
72	Straßen	4934	1 416	-	6 3 5 0	6 3 5 0
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	774	-	-	774	774
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	311	-	311	311
75	Luftfahrt	2	-	-	2	2
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	505	20	-	525	525
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	10	4 181	-	4 191	4 187
81	Wirtschaftsunternehmen	-	4181	-	4 181	4 177
832	Eisenbahnen	-	4 0 9 3	-	4 093	4093
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	-	88	-	88	84
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	10	-	-	10	10
873	Sondervermögen	-	-	-	-	-
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	10	-	-	10	10
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	38	0	38	38
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
92	Schulden	-	-	0	0	0
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-
Summe a	iller Hauptfunktionen	7 760	16 005	13 040	36 804	36 324

Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
Gegenstand del Nachweisung				Ist-Erge	bnisse				
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+8,6	+12,7	+37,5	+2,1	+0,0	- 1,4	- 1,0	+ 3
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	228
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+17,9	+0,2	+6,0	+5,0	+0,0	- 1,5	-0,1	+7
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 23,9	- 31
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	- 15,3	-27,1	- 11,4	-23,9	- 25,6	- 23,8	-31
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1	- (
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-		-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+12,4	+5,9	+6,5	+3,4	+4,5	+0,5	- 1,7	
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	10
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	1
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	3
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+14,3	+23,1	+24,1	+5,1	+6,7	- 6,2	- 4,7	+:
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	14
Anteil an den Zinsausgaben des	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	58
öffentl. Gesamthaushalts ³									
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	2.
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+10,2	+11,0	- 4,4	- 0,5	+8,4	+8,8	- 1,7	+
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	!
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	19
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+18,7	+0,5	+6,0	+4,6	+4,7	-3,4	+3,3	+
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	7
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	8
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	4
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	-23,8	-3
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7	1.
Anteil a.d. investiven Ausgaben des	%	0,1	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4	13
Bundes Antoil am Finanziorungdaaldo dos	/0	0,1	111,2	00,2	07,0		7.5,5	04,4	13
Anteil am Finanzierungdsaldo des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	5
nachrichtlich: Schuldenstand ³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1 210,9	1 489
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	903

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Jogonstand der Hachtweibung				Ist-Erge	bnisse				Soll
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	261,0	270,4	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	302,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6	- 1,
Einnahmen	Mrd.€	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	284,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,9	9,8	5,8	- 4,7	0,6	7,4	2,0	0,
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 28,2	- 14,7	- 11,8	- 34,5	- 44,3	- 17,7	- 22,8	- 17
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	-22,5	- 17
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,3	- 0,4	-0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	-0,3	- 0
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche									
Vergleichsdaten Personalausgaben	Mrd.€	26,1	26,0	27,0	27,9	28,2	27,9	28,0	28
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,0	-0,3	3,7	3,4	0,9	- 1,2	0,7	1
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,0	9,6	9,6	9,6	9,3	9,4	9,1	9
Anteil a. d. Personalausgaben des									
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	14,9	14,8	15,0	14,4	14,2	13,1	12,9	12
Zinsausgaben	Mrd.€	37,5	38,7	40,2	38,1	33,1	32,8	30,5	31
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	0,3	3,3	3,7	- 5,2	- 13,1	-0,9	- 7,1	3
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,4	14,3	14,2	13,0	10,9	11,1	9,9	10
Anteil an den Zinsausgaben des	%	57,9	58,6	59,7	61,0	55,5	43,1	40,9	41
öffentl. Gesamthaushalts ³ Investive Ausgaben	Mrd.€	22,7	26,2	24,3	27,1	26,1	25,4	36,3	34
Veränderung gegenüber Vorjahr	wird.e	-4,4	15,4	-7,2	11,5	-3,8	- 2,7	43,1	- 4
Anteil an den Bundesausgaben	%	8,7	9,7	8,6	9,3	8,6	8,6	11,8	11
Anteil a. d. investiven Ausgaben des									
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	33,7	39,9	37,1	25,3	29,5	27,0	39,5	38
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	203,9	230,0	239,2	227,8	226,2	248,1	256,1	260
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	7,2	12,8	4,0	- 4,8	- 0,7	9,7	3,2	1
Anteil an den Bundesausgaben	%	78,1	85,1	84,7	78,0	74,5	83,7	83,5	86
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	87,6	90,0	88,4	88,4	87,2	89,1	90,2	91
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	41,7	42,8	42,6	43,5	42,6	43,3	42,5	42
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	- 17
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,7	5,3	4,1	11,7	14,5	5,9	7,3	5
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	122,8	54,7	47,4	126,0	168,8	68,3	61,9	49
Anteil am Finanzierungssaldo des	64	50.5	22544	1112	27.4	545	67.6	0.4.0	
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	- 68,8	-2 254,1	- 111,2	- 37,1	- 54,5	- 67,9	- 84,9	- 86
nachrichtlich: Schuldenstand ³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1 545,4	1 552,4	1 577,9	1 694,4	2 011,5	2 030,0		
darunter: Bund	Mrd.€	950,3	957,3	985,7	1 053,8	1 287,5	1 282,0		

 $^{^1\,}Nach\,Abzug\,der\,Erg\"{a}nzungszuweisungen\,an\,L\"{a}nder.$

 $^{^2 \,} Ab \, 1991 \, Gesamt deutschland.$

³ Stand Dezember 2012; 2012, 2013 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkredite.

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹							
Ausgaben	638,0	649,2	679,2	716,5	717,4	772,3	7841/2
Einnahmen	597,6	648,5	668,9	626,5	638,8	746,4	760
Finanzierungssaldo	-40,5	-0,6	-10,4	-90,0	-78,7	-25,9	-24 1/2
darunter:							
Bund ²							
Ausgaben	261,0	270,5	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8
Einnahmen	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0
Finanzierungssaldo	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8
Länder ³							
Ausgaben	260,0	265,5	277,2	287,1	287,3	296,7	300 1/2
Einnahmen	250,1	273,1	276,2	260,1	266,8	286,4	294
Finanzierungssaldo	-10,1	7,6	-1,1	-27,0	-20,6	-10,2	-6
Gemeinden ⁴							
Ausgaben	157,4	161,5	168,0	178,3	182,3	185,3	187
Einnahmen	160,1	169,7	176,4	170,8	175,4	183,6	190
Finanzierungssaldo	2,8	8,2	8,4	-7,5	-6,9	-1,7	3
			Veränderun	igen gegenübe	r Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	1,8	1,7	4,6	5,5	0,1	7,7	1 1/2
Einnahmen	4,1	8,5	3,2	-6,3	2,0	16,8	2
darunter:							
Bund							
Ausgaben	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6
Einnahmen	1,9	9,8	5,8	-4,7	0,6	7,4	2,0
Länder							
Ausgaben	0,0	2,1	4,4	3,6	0,1	3,3	1
Einnahmen	5,4	9,2	1,1	-5,8	2,6	7,4	2 1/2
Gemeinden							
Ausgaben	2,8	2,6	4,0	6,1	2,2	1,7	1
Einnahmen	6,0	6,0	3,9	-3,2	2,7	4,7	3 1/2

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
				Quoten in %			
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-1,8	-0,0	-0,4	-3,8	-3,2	-1,0	-1
darunter:							
Bund	-1,2	-0,6	-0,5	-1,5	-1,8	-0,7	-0,9
Länder	-0,4	0,3	-0,0	-1,1	-0,8	-0,4	-0
Gemeinden	0,1	0,3	0,3	-0,3	-0,3	-0,1	0
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-6,4	-0,1	-1,5	-12,6	-11,0	-3,3	-3
darunter:							
Bund	-10,8	-5,4	-4,2	-11,8	-14,6	-6,0	-7 1/2
Länder	-3,9	2,9	-0,4	-9,4	-7,2	-3,5	-2
Gemeinden	1,8	5,1	5,0	-4,2	-3,8	-0,9	1 1/2
Ausgaben in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	27,6	26,7	27,5	30,2	28,7	29,8	29 1/2
darunter:							
Bund	11,3	11,1	11,4	12,3	12,2	11,4	11,6
Länder	11,2	10,9	11,2	12,1	11,5	11,4	11 1/2
Gemeinden	6,8	6,7	6,8	7,5	7,3	7,1	7

¹ Bund, Länder, Gemeinden und ihre jeweiligen Extrahaushalte. Der Öffentliche Gesamthaushalt ist um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnet sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Stand: Januar 2013.

 $^{^{\}mathrm{2}}$ Kernhaushalt, Rechnungsergebnisse.

³ Kernhaushalte; bis 2010 Rechnungsergebnisse; 2011: Kassenergebnisse; 2012: Schätzung.

 $^{^4\,\}mathrm{Kernhaushalte}; bis\,2010\,\mathrm{Rechnungsergebnisse}; 2011:\,\mathrm{Kassenergebnisse}; 2012:\,\mathrm{Sch\"{a}tzung}.$

Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

			Steueraufkommen		
			dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
	Gebiet der Bund	esrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bundesrepublil	k Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen			
	insgesamt		dav	on		
	ilisgesailit	Direkte Steuern Indirekte Steuern		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	
Jahr		in Mrd. €		in	%	
		Bundesrepublil	Deutschland			
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9	
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0	
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1	
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5	
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2	
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6	
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5	
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4	
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3	
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6	
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8	
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7	
2012 ²	602,4	304,5	297,9	50,5	49,5	
2013 ²	618,0	314,0	303,9	50,8	49,2	
2014 ²	642,3	332,0	310,3	51,7	48,3	
2015 ²	664,2	348,0	316,3	52,4	47,6	
2016 ²	685,9	363,4	322,6	53,0	47,0	
2017 ²	706,6	378,9	327,8	53,6	46,4	

Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zuckerund Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: Oktober 2012.

² Steuerschätzung vom 29. bis 31. Oktober 2012.

Tabelle 11: Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Vo	olkswirtschaftlichen	Gesamtrechnungen ²	Abgr	enzung der Finanzst	atistik ³
	Steuerquote	Abgabenquote	Sozialbeitragsquote	Steuerquote	Abgabenquote	Sozialbeitragsquote
Jahr			in Relation zu	um BIP in %		
1960	23,0	33,4	10,3			
1965	23,5	34,1	10,6	23,1	33,1	10,0
1970	23,0	34,8	11,8	21,8	32,6	10,7
1975	22,8	38,1	14,4	22,5	36,9	14,4
1980	23,8	39,6	14,9	23,7	38,6	14,9
1985	22,8	39,1	15,4	22,7	38,1	15,4
1990	21,6	37,3	14,9	22,2	37,0	14,9
1991	22,0	38,9	16,8	22,0	38,9	16,0
1992	22,3	39,6	17,2	22,7	39,9	16,4
1993	22,4	40,1	17,7	22,6	40,3	16,9
1994	22,3	40,5	18,2	22,5	40,7	17,2
1995	21,9	40,5	18,5	22,5	41,1	17,6
1996	21,8	41,0	19,2	21,8	41,0	18,1
1997	21,5	41,0	19,5	21,3	40,8	18,2
1998	22,1	41,3	19,2	21,7	40,9	17,9
1999	23,3	42,3	19,0	22,6	41,6	17,7
2000	23,5	42,1	18,6	22,8	41,4	17,5
2001	21,9	40,2	18,4	21,3	39,6	17,2
2002	21,5	39,9	18,4	20,7	39,1	17,3
2003	21,6	40,1	18,5	20,6	39,1	17,4
2004	21,1	39,2	18,1	20,2	38,3	17,0
2005	21,4	39,2	17,9	20,3	38,2	16,8
2006	22,2	39,5	17,3	21,1	38,4	17,0
2007	23,0	39,5	16,5	22,2	38,7	15,4
2008	23,1	39,7	16,5	22,7	39,2	15,4
2009	23,1	40,4	17,3	22,1	39,4	16,2
2010	22,0	38,9	16,9	21,3	38,1	15,8
2011	22,7	39,6	16,9	22,1	39,0	15,9
2012	40,3	23,4	17,0	39	23	16

 $^{^{\}rm 1}$ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2009 bis 2011: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2012. 2012: Erstes vorläufiges Ergebnis; Stand: Januar 2013.

³ Bis 2010: Rechnungsergebnisse. 2011: Kassenergebnisse. 2012: Schätzung.

Tabelle 12: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

		Ausgaben des Staates	
Jahr	insgesamt	darunte	er
Jaili	insgesamt	Gebietskörperschaften³	Sozialversicherung ³
		in Relation zum BIP in $\%$	
1960	32,9	21,7	11
1965	37,1	25,4	11
1970	38,5	26,1	12
1975	48,8	31,2	17
1980	46,9	29,6	17
1985	45,2	27,8	17
1990	43,6	27,3	16
1991	46,2	28,2	18
1992	47,1	27,9	19
1993	48,1	28,2	19
1994	48,0	28,0	20
1995 ⁴	48,2	27,7	20
1995	54,9	34,3	20
1996	49,1	27,6	21
1997	48,2	27,0	21
1998	48,0	26,9	21
1999	48,2	27,0	21
2000 ⁵	47,6	26,4	21
2000	45,1	23,9	21
2001	47,6	26,3	21
2002	47,9	26,2	21
2003	48,5	26,4	22
2004	47,1	25,8	21
2005	46,9	26,0	20
2006	45,3	25,4	19
2007	43,5	24,5	19
2008	44,1	25,0	19
2009	48,2	27,1	21
2010	47,7	27,4	20
2011	45,3	25,7	19
2012	45,0	25,5	19

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).

²⁰⁰⁹ bis 2011 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2012.

^{2012:} Erstes vorläufiges Ergebnis; Stand: Januar 2013.

 $^{^{\}rm 3}$ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

 $^{^4\,\}mathrm{Ohne}\,\mathrm{Schulden}\ddot{\mathrm{u}}\mathrm{bernahmen}\,\mathrm{(Treuhandanstalt;Wohnungswirtschaft\,der\,DDR)}.$

⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sc	hulden (Mio. €)			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 36
Bund	826 526	869 332	903 281	950338	957 270	985 749	1 053 81
Kernhaushalte	767 697	812 082	887915	919304	940 187	959 918	991 28
Kreditmarktmittel iwS	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 73
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 54
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	59 53
Kreditmarktmittel iwS	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 53
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 99
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	52674
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 34
Kreditmarktmittel iwS	414952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 00
Kassenkredite	8714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 180	2 33
Extrahaushalte	-	-	-	996	1124	1 350	21 39
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	986	1124	1 325	20 82
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	57
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110627	108 864	11381
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 182	111 03
Kreditmarktmittel iwS	84 069	84 257	83 804	81 877	79 239	76 381	76 38
Kassenkredite	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	3465
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 5 4 6	2 702	2 612	2 682	277
Kreditmarktmittel iwS	7 429	7 5 3 1	7 467	2 649	2 560	2 626	272
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	4
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	531 197	560 418	586 571	595 026	595 102	592 132	640 55
Maastricht-Schuldenstand	1 384 000	1 454 000	1 524 000	1 572 000	1 579 000	1 649 000	1 769 00
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	59 53
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357	-		
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	0	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation		-	-	16 478	16 983	17 631	18 49
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 54
Investitions- und Tilgungsfonds	-	_	_	_		_	7 49

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009					
			Anteil a	ın den Schulden	(in %)							
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,					
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,					
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	2,0	1,1	1,6	3,					
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,					
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,					
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,					
nachrichtlich:												
Länder + Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,					
		Anteil der Schulden am BIP (in %)										
Öffentlicher Gesamthaushalt	63,2	65,1	67,0	66,8	63,9	63,8	71,					
Bund	38,5	39,6	40,6	41,1	39,4	39,8	44,					
Kernhaushalte	35,7	37,0	39,9	39,7	38,7	38,8	41,					
Extrahaushalte	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,0	2,					
Länder	19,7	20,4	21,2	20,9	19,9	19,5	22,					
Gemeinden	5,0	5,1	5,2	4,9	4,6	4,4	4,					
Gesetziche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,					
nachrichtlich:												
Länder + Gemeinden	24,7	25,5	26,4	25,7	24,5	23,9	27,					
Maastricht-Schuldenstand	64,4	66,2	68,5	67,9	65,0	66,7	74,					
			Schu	lden insgesamt	(€)							
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 69					
nachrichtlich:												
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 147,5	2 195,7	2 224,4	2 313,9	2 428,5	2 473,8	2 374					
Einwohner (30.06.)	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 86					

 $^{^1} Kredit markt schulden im weiteren Sinne zuzüglich Kassenkredite. \\$

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt, eigene \ Berechnungen.$

Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte¹ Neue Systematik

	2009	2010	2011	2009	2010	2011	2009	2010	2011
		in Mio. €		in	% der Schuld insgesamt	en		in % des BIP	
Öffentlicher Gesamthaushalt ²		2 011 677	2 025 448					80,6	78,
Bund									
Kern- und Extrahaushalte		1 287 460	1 279 583		64,0	63,2		51,6	49,
Wertpapierschulden und Kredite	1 032 599	1 271 204	1 272 270		63,2	62,8	43,5	50,9	49,
Kassenkredite		16 256	7313		0,8	0,4		0,7	0,
Kernhaushalte		1 035 647	1 043 401		51,5	51,5		41,5	40,
Wertpapierschulden und Kredite	973 067	1 022 192	1 036 088		50,8	51,2	41,0	40,9	40,
Kassenkredite		13 454	7313		0,7	0,4		0,5	0,
Extrahaushalte		251 813	236 181		12,5	11,7		10,1	9
Wertpapierschulden und Kredite	59 532	249 012	236 181		12,4	11,7	2,5	10,0	9
Kassenkredite		2 802			0,1	0,0		0,1	0
im Einzelnen:									
SoFFin	36 540	28 552	17 292		1,4	0,9	1,5	1,1	0
Investitions- und Tilgungsfonds	7493	13 991	21232		0,7	1,0	0,3	0,6	0.
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation		17 302	11 000		0,9	0,5		0,7	0
Wertpapierschulden und Kredite	15 500	14500	11 000		0,7	0,5	0,7	0,6	0
Kassenkredite		2 802			0,1			0,1	
FMS Wertmanagement		191 968	186 480		9,5	9,2		7,7	7
Sonstige Extrahaushalte des Bundes			177		0,0	0,0			0
Länder									
Kern- und Extrahaushalte		600 110	615 399		29,8	30,6		24,0	23
Wertpapierschulden und Kredite	526 357	595 179	611 651		29,6	30,4		23,8	23
Kassenkredite		4930	3 748		0,2	0,2		0,2	0
Kernhaushalte		524 162	532 591		26,1	26,3		21,0	20
Wertpapierschulden und Kredite	498 655	519 327	529 371		25,8	26,1	21,0	20,8	20
Kassenkredite		4835	3 2 2 0		0,2	0,2		0,2	0
Extrahaushalte		75 947	82 808		3,8	4,1		3,0	3
Wertpapierschulden und Kredite	27 702	75 852	82 280		3,8	4,1	1,2	3,0	3
Kassenkredite		95	528		0,0	0,0		0,0	0

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte¹ Neue Systematik

	2009	2010	2011	2009	2010	2011	2009	2010	2011
		in Mio. €		in	% der Schuld insgesamt	en		in % des BIP	
Gemeinden									
Kernhaushalte, Zweckverbände und Extrahaushalte		123 569	129 643		6,1	6,4		5,0	5,0
Wertpapierschulden und Kredite	82 787	84363	85 617		4,2	4,2		3,4	3,3
Kassenkredite		39 206	44 026		1,9	2,2		1,6	1,7
Kernhaushalte		115 253	121 095		5,7	6,0		4,6	4,
Wertpapierschulden und Kredite	75 037	76 326	77 280		3,8	3,8	3,2	3,1	3,0
Kassenkredite		38 927	43 815		1,9	2,2		1,6	1,7
Zweckverbände ³		1602	1675		0,1	0,1		0,1	0,
Wertpapierschulden und Kredite	1 428	1 551	1 626		0,1	0,1	0,1	0,1	0,
Kassenkredite		52	49		0,0	0,0		0,0	0,0
Sonstige Extrahaushalte der Gemeinden		6713	6 873		0,3	0,3		0,3	0,3
Wertpapierschulden und Kredite	6 3 2 2	6 486	6711		0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Kassenkredite		227	162		0,0	0,0		0,0	0,0
Gesetzliche Sozialversicherung									
Kern- und Extrahaushalte		539	823		0,0	0,0		0,0	0,0
Wertpapierschulden und Kredite	567	539	765		0,0	0,0		0,0	0,0
Kassenkredite		0	58			0,0		0,0	0,0
Kernhaushalte		506	735		0,0	0,0		0,0	0,0
Wertpapierschulden und Kredite	531	506	735		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Kassenkredite		0	0					0,0	0,0
Extrahaushalte ⁴		32	88		0,0	0,0		0,0	0,0
Wertpapierschulden und Kredite	36	32	30		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Kassenkredite		0	58			0,0		0,0	0,0
Schulden insgesamt (Euro)									
je Einwohner		24 607	24771						
Maastricht-Schuldenstand	1 768 585	2 058 955	2 087 998				74,5	82,5	80,5
nachrichtlich:									
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. Euro)	2 375	2 496	2 593						
Einwohner (30.06.)	81 861 862	81750716	81767982						

 $^{^{1}} Aufgrund\ method is cher\ \ddot{A}nderungen\ und\ Erweiterung\ des\ Berichtskreises\ nur\ eingeschränkt\ mit\ den\ Vorjahren\ vergleichbar.$

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

 $^{^2} Einschließlich aller \"{o}ffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors.$

 $^{^3} Zweck verbände \ des \ Staatssektors \ unabhängig \ von \ der \ Art \ des \ Rechnungswesens.$

 $^{^4\,\}mathrm{Nur}\,\mathrm{Extra}\mathrm{hau}\mathrm{shalte}\,\mathrm{der}\,\mathrm{gesetzlichen}\,\mathrm{Sozial}\mathrm{versicherung}\,\mathrm{unter}\,\mathrm{Bundes}\mathrm{aufsicht.}$

Tabelle 14: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

		Abgrenzun	g der Volkswirtscha	iftlichen Gesam	trechungen ²		Abgrenzung de	er Finanzstatisti
Jahr	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher G	esamthaushalt ^a
		in Mrd. €		i	n Relation zum BIP i	n %	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,9	-54,9	11,1	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,3	-38,5	-1,8	-2,4	-2,3	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,5	-53,3	2,8	-3,0	-3,1	0,2	-70,5	-4,2
1994	-44,2	-45,9	1,7	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,3
1995 ⁴	-55,8	-48,3	-7,5	-3,0	-2,6	-0,4	-55,9	-3,0
1995	-175,4	-167,9	0,0	-9,5	-9,1	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,8	-56,5	-6,3	-3,4	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-52,6	-53,8	1,1	-2,8	-2,8	0,1	-48,1	-2,5
1998	-45,7	-48,1	2,4	-2,3	-2,5	0,1	-28,8	-1,5
1999	-32,2	-36,9	4,8	-1,6	-1,8	0,2	-26,9	-1,3
2000 ⁵	-27,5	23,4	-0,1	-1,3	-1,3	0,0	-	-
2000	23,3	23,4	0,0	1,1	1,1	0,0	-34,0	-1,7
2001	-64,6	-60,4	-4,3	-3,1	-2,9	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-82,0	-76,0	-6,1	-3,8	-3,6	-0,3	-56,8	-2,7
2003	-89,1	-82,3	-6,8	-4,2	-3,8	-0,3	-67,9	-3,2
2004	-82,6	-81,7	-0,9	-3,8	-3,7	0,0	-65,5	-3,0
2005	-74,1	-70,1	-4,0	-3,3	-3,2	-0,2	-52,5	-2,4
2006	-38,2	-43,2	5,0	-1,7	-1,9	0,2	-40,5	-1,8
2007	5,5	-5,3	10,8	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	-1,8	-8,7	6,9	-0,1	-0,4	0,3	-10,4	-0,4
2009	-73,0	-58,8	-14,2	-3,1	-2,5	-0,6	-90,0	-3,8
2010	-103,6	-107,9	4,3	-4,1	-4,3	0,2	-82,7	-3,3
2011	-19,7	-35,6	15,9	-0,8	-1,4	0,6	-27,2	-1,0
2012	2,2	-15,6	17,8	0,1	-0,6	0,7	-24 1/2	-1

 $^{^{\}rm 1}\,\textsc{Bis}\,1990\,\textsc{fr\"{u}}\textsc{heres}\,\textsc{Bundesgebiet},$ ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2009 bis 2011 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2012. 2012: Erstes vorläufiges Ergebnis; Stand: Januar 2013.

³Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser. Bis 2009 Rechnungsergebniss, 2010 bis 2011 Kassenergebnisse.

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise gel. Vermögensübertragungen (Deutsche Kredit Bank).

 $^{^{\}rm 5}$ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land		in% des BIP													
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014			
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-9,5	1,1	-3,3	-3,1	-4,1	-0,8	-0,2	-0,2	0,0			
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,5	-5,5	-3,8	-3,7	-3,0	-3,4	-3,5			
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	-2,0	0,2	1,1	-1,1	-0,5	0,3			
Griechenland	-	-	-14,2	-9,1	-3,7	-5,5	-15,6	-10,7	-9,4	-6,8	-5,5	-4,6			
Spanien	-	-	-	-7,2	-0,9	1,3	-11,2	-9,7	-9,4	-8,0	-6,0	-6,4			
Frankreich	-0,3	-3,1	-2,5	-5,5	-1,5	-2,9	-7,5	-7,1	-5,2	-4,5	-3,5	-3,5			
Irland	-	-10,5	-2,7	-2,2	4,7	1,7	-13,9	-30,9	-13,4	-8,4	-7,5	-5,0			
Italien	-6,9	-12,3	-11,4	-7,4	-0,8	-4,4	-5,4	-4,5	-3,9	-2,9	-2,1	-2,1			
Zypern	-	-	-	-0,9	-2,3	-2,4	-6,1	-5,3	-6,3	-5,3	-5,7	-6,0			
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	-0,8	-0,8	-0,3	-1,9	-1,7	-1,8			
Malta	-	-	-	-3,8	-5,8	-2,9	-3,9	-3,6	-2,7	-2,6	-2,9	-2,6			
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	2,0	-0,3	-5,6	-5,1	-4,5	-3,7	-2,9	-3,2			
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-1,7	-1,7	-4,1	-4,5	-2,5	-3,2	-2,7	-1,9			
Portugal	-6,9	-8,3	-6,1	-5,4	-3,3	-6,5	-10,2	-9,8	-4,4	-5,0	-4,5	-2,5			
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-8,0	-7,7	-4,9	-4,9	-3,2	-3,1			
Slowenien	-	-	-	-8,3	-3,7	-1,5	-6,0	-5,7	-6,4	-4,4	-3,9	-4,1			
Finnland	3,8	3,4	5,4	-6,1	7,0	2,9	-2,5	-2,5	-0,6	-1,8	-1,2	-1,0			
Euroraum	-	-	-	-7,2	-0,1	-2,5	-6,3	-6,2	-4,1	-3,3	-2,6	-2,5			
Bulgarien	-	-	-	-8,0	-0,5	1,0	-4,3	-3,1	-2,0	-1,5	-1,5	-1,1			
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	-2,7	-2,5	-1,8	-3,9	-2,0	-1,7			
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-9,8	-8,1	-3,4	-1,7	-1,5	-1,4			
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-9,4	-7,2	-5,5	-3,2	-2,8	-2,3			
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-7,4	-7,9	-5,0	-3,4	-3,1	-3,0			
Rumänien	-	-	-	-2,0	-4,7	-1,2	-9,0	-6,8	-5,5	-2,8	-2,4	-2,0			
Schweden	-	-	-	-7,4	3,6	2,2	-0,7	0,3	0,4	0,0	-0,3	0,4			
Tschechien	-	-	-	-12,8	-3,6	-3,2	-5,8	-4,8	-3,3	-3,5	-3,4	-3,2			
Ungarn	-	-	-	-8,8	-3,0	-7,9	-4,6	-4,4	4,3	-2,5	-2,9	-3,5			
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	3,6	-3,4	-11,5	-10,2	-7,8	-6,2	-7,2	-5,9			
EU	-	-	-	-7,0	0,6	-2,5	-6,9	-6,5	-4,4	-3,6	-3,2	-2,9			
Japan	-	-1,4	2,0	-4,7	-7,5	-4,8	-8,8	-8,4	-7,8	-8,3	-7,9	-7,7			
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-11,9	-11,3	-10,1	-8,5	-7,3	-6,2			

 $^{^{1}\}mbox{F\"{u}r}$ EU-Mitglied staaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen:

EU-Kommission, Herbstprognose, November 2012.

Stand: November 2012.

 $^{^{\}rm 2}$ Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land						in % de	es BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	60,2	68,5	74,5	82,5	80,5	81,7	80,8	78,4
Belgien	74,0	115,0	125,6	130,2	107,8	92,0	95,7	95,5	97,8	99,9	100,5	101,0
Estland	-	-	-	8,2	5,1	4,6	7,2	6,7	6,1	10,5	11,9	11,2
Griechenland	22,5	48,3	71,7	97,9	104,4	101,2	129,7	148,3	170,6	176,7	188,4	188,9
Spanien	16,5	41,4	42,7	63,3	59,4	43,2	53,9	61,5	69,3	86,1	92,7	97,1
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,4	57,4	66,7	79,2	82,3	86,0	90,0	92,7	93,8
Irland	68,2	99,3	92,0	80,1	35,1	27,3	64,9	92,2	106,4	117,6	122,5	119,2
Italien	56,6	80,2	94,3	120,9	108,5	105,7	116,4	119,2	120,7	126,5	127,6	126,5
Zypern	-	-	-	51,8	59,6	69,4	58,5	61,3	71,1	89,7	96,7	102,7
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	15,3	19,2	18,3	21,3	23,6	26,9
Malta	-	-	-	35,3	54,9	69,7	67,6	68,3	70,9	72,3	73,0	72,7
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	60,8	63,1	65,5	68,8	69,3	70,3
Österreich	35,4	48,0	56,2	68,2	66,2	64,2	69,2	72,0	72,4	74,6	75,9	75,1
Portugal	29,5	56,5	53,3	59,2	50,7	67,7	83,2	93,5	108,1	119,1	123,5	123,5
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	35,6	41,0	43,3	51,7	54,3	55,9
Slowenien	-	-	-	18,6	26,3	26,7	35,0	38,6	46,9	54,0	59,0	62,3
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,6	43,8	41,7	43,5	48,6	49,0	53,1	54,7	55,0
Euroraum	33,4	50,2	56,5	72,4	69,5	70,8	80,6	86,3	88,8	93,6	95,2	94,9
Bulgarien	-	-	-	-	72,5	27,5	14,6	16,2	16,3	19,5	18,1	18,3
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,6	52,4	37,8	40,6	42,9	46,6	45,4	44,7	45,3
Lettland	-	-	-	15,1	12,4	12,5	36,7	44,5	42,2	41,9	44,3	44,9
Litauen	-	-	-	11,5	23,6	18,3	29,3	37,9	38,5	41,6	40,8	40,5
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	50,9	54,8	56,4	55,5	55,8	56,1
Rumänien	-	-	-	6,6	22,5	15,8	23,6	30,5	33,4	34,6	34,8	34,8
Schweden	39,4	61,0	41,2	72,8	53,9	50,4	42,6	39,5	38,4	37,4	36,2	34,1
Tschechien	-	-	-	14,0	17,8	28,4	34,2	37,8	40,8	45,1	46,9	48,1
Ungarn	-	-	-	85,6	56,1	61,7	79,8	81,8	81,4	78,4	77,1	76,8
Vereinigtes Königreich	52,3	51,4	33,0	51,0	41,1	42,2	67,8	79,4	85,0	88,7	93,1	95,1
EU	-	-	-	-	61,9	62,9	74,6	80,2	83,0	86,8	88,5	88,6
Japan	50,7	66,7	67,0	91,2	140,1	186,5	210,2	215,3	233,2	240,6	249,5	250,8
USA	42,6	56,2	64,4	71,6	55,1	68,2	90,1	99,2	103,5	109,6	112,3	113,3

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2012; für USA und Japan alle Jahre. Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2012.

Stand: November 2012.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Lored					Ste	uern in % des	BIP				
Land	1965	1975	1985	1990	1995	2000	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland ^{2,3}	23,1	22,6	22,9	21,8	22,7	22,8	22,9	23,1	22,9	22,0	22,8
Belgien	21,3	27,5	30,3	28,0	29,2	30,8	30,0	30,1	28,7	29,4	29,8
Dänemark	28,8	38,2	44,8	45,6	47,7	47,6	47,9	46,8	46,7	46,6	47,1
Finnland	28,3	29,1	31,1	32,5	31,6	35,3	31,1	30,9	30,1	29,8	30,9
Frankreich	22,5	21,1	24,3	23,5	24,4	28,4	27,5	27,3	25,8	26,3	27,4
Griechenland	12,3	13,8	16,6	18,4	19,7	23,8	21,3	21,0	20,0	20,0	20,9
Irland	23,3	24,5	29,2	27,9	27,5	26,8	26,2	23,9	22,2	22,1	23,5
Italien	16,8	13,7	22,0	25,3	27,4	30,0	30,3	29,6	29,4	29,5	29,5
Japan	13,9	14,5	18,7	21,0	17,6	17,3	18,1	17,4	15,9	16,3	-
Kanada	24,3	28,8	28,1	31,5	30,6	30,8	28,3	27,6	27,1	26,3	26,2
Luxemburg	18,8	23,1	29,1	26,0	27,3	29,1	25,8	25,4	26,4	26,3	26,1
Niederlande	22,7	25,1	23,7	26,9	24,1	24,2	25,3	24,7	24,4	24,7	-
Norwegen	26,1	29,5	33,8	30,2	31,3	33,7	34,0	33,3	32,5	33,3	33,6
Österreich	25,4	26,6	27,9	26,6	26,5	28,4	27,7	28,5	27,7	27,5	27,6
Polen	-	-	-	-	25,2	19,8	22,8	22,9	20,4	20,6	-
Portugal	12,4	12,5	18,1	19,6	21,5	22,9	23,9	23,7	21,6	22,3	-
Schweden	29,2	33,2	35,6	38,0	34,4	37,9	35,0	34,9	35,2	34,1	34,3
Schweiz	14,9	18,6	19,5	19,0	19,6	22,1	21,2	21,6	21,9	21,4	21,5
Slowakei	-	-	-	-	25,3	19,9	17,8	17,4	16,4	16,0	16,5
Slowenien	-	-	-	-	22,3	23,1	24,0	23,1	22,2	22,4	21,8
Spanien	10,5	9,7	16,3	21,0	20,5	22,4	25,2	21,0	18,8	20,1	19,7
Tschechien	-	-	-	-	21,0	18,9	20,2	19,5	19,0	18,9	19,8
Ungarn	-	-	-	-	26,7	27,8	27,2	27,1	27,4	26,0	23,4
Vereinigtes Königreich	25,7	28,8	30,4	29,5	28,0	30,2	29,2	29,0	27,4	28,2	28,8
USA	21,4	20,3	19,1	20,5	20,9	22,6	21,4	19,7	17,7	18,5	19,4

 $^{^{1}}$ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2012.

Stand: Dezember 2012.

 $^{^2 \,} Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

land				Steuern und	Sozialabgabe	n in % des BIP			
Land	1970	1980	1990	2000	2005	2008	2009	2010	2011
Deutschland ^{2,3}	31,5	36,4	34,8	37,5	35,0	36,5	37,3	36,1	37,1
Belgien	33,8	41,2	41,9	44,7	44,5	43,9	43,1	43,5	44,0
Dänemark	38,4	43,0	46,5	49,4	50,8	47,8	47,7	47,6	48,1
Finnland	31,6	35,8	43,7	47,2	43,9	42,9	42,8	42,5	43,4
Frankreich	34,2	40,2	42,0	44,4	44,1	43,5	42,5	42,9	44,2
Griechenland	20,2	21,8	26,4	34,3	32,1	32,1	30,4	30,9	31,2
Irland	28,2	30,7	32,8	31,0	30,1	29,1	27,7	27,6	28,2
Italien	25,7	29,7	37,6	42,0	40,6	43,0	43,0	42,9	42,9
Japan	19,2	24,8	28,6	26,6	27,3	28,5	27,0	27,6	-
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	33,2	32,3	32,1	31,0	31,0
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	39,1	37,6	35,5	37,7	37,1	37,1
Niederlande	35,6	42,9	42,9	39,6	38,4	39,3	38,2	38,7	-
Norwegen	34,5	42,4	41,0	42,6	43,2	42,1	42,4	42,9	43,2
Österreich	33,9	39,0	39,7	43,0	42,1	42,8	42,5	42,0	42,1
Polen	-	-	-	32,8	33,0	34,2	31,7	31,7	-
Portugal	17,8	22,2	26,8	30,9	31,1	32,5	30,7	31,3	-
Schweden	37,8	46,4	52,3	51,4	48,9	46,4	46,6	45,5	44,5
Schweiz	19,2	24,6	24,9	29,3	28,1	28,1	28,7	28,1	28,5
Slowakei	-	-	-	34,1	31,5	29,5	29,1	28,3	28,8
Slowenien	-	-	-	37,3	38,6	37,1	37,1	37,5	36,8
Spanien	15,9	22,6	32,5	34,3	36,0	33,1	30,9	32,3	31,6
Tschechien	-	-	-	34,0	36,1	35,0	33,9	34,2	35,3
Ungarn	-	-	-	39,3	37,3	40,1	39,9	37,9	35,7
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	36,4	35,4	35,8	34,2	34,9	35,5
USA	27,0	26,4	27,4	29,5	27,1	26,3	24,2	24,8	25,1

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2012.

Stand: Dezember 2012.

 $^{^2 \,} Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Staatsquoten im internationalen Vergleich

					Gesamtau	sgaben de:	s Staates in S	% des BIP				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland ¹	45,2	43,6	54,9	45,1	46,9	44,1	48,2	47,7	45,3	45,2	45,5	45,3
Belgien	58,4	52,2	52,1	49,0	51,7	49,7	53,6	52,4	53,1	54,1	54,2	54,3
Estland	-	_	41,3	36,1	33,6	39,7	45,5	40,7	38,3	41,2	39,5	37,8
Finnland	46,5	48,2	61,5	48,3	50,2	49,2	55,9	55,5	54,5	55,3	54,9	55,1
Frankreich	51,9	49,6	54,4	51,7	53,5	53,3	56,8	56,5	56,0	56,3	56,7	56,7
Griechenland	-	45,2	46,2	47,1	44,4	50,5	54,0	51,3	51,7	50,7	49,6	48,1
Irland	52,5	42,3	41,0	31,2	33,9	43,1	48,7	66,1	48,2	42,6	41,5	39,1
Italien	49,6	52,6	52,2	45,8	47,9	48,6	52,0	50,5	50,0	51,0	50,5	50,0
Luxemburg	-	37,8	39,7	37,6	41,5	39,1	44,6	42,8	42,0	44,3	44,2	44,7
Malta	-	_	39,7	40,3	44,6	43,8	43,3	42,5	42,3	42,6	43,2	42,8
Niederlande	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	46,2	51,4	51,3	49,9	49,9	49,9	49,8
Österreich	53,6	51,5	56,2	51,8	49,9	49,3	52,6	52,6	50,6	51,6	51,3	50,4
Portugal	37,5	38,5	41,9	41,6	46,6	44,7	49,7	51,2	49,4	46,7	47,5	45,3
Slowakei	-	-	48,6	52,1	38,0	34,9	41,5	40,0	38,2	37,6	36,7	36,1
Slowenien	-	-	52,3	46,5	45,3	44,3	49,1	50,3	50,7	48,8	49,7	49,2
Spanien	-	-	44,5	39,2	38,4	41,5	46,3	46,3	45,1	44,3	42,7	42,3
Zypern	-	_	33,4	37,1	43,1	42,1	46,2	46,2	46,1	46,9	47,1	47,4
Bulgarien	-	_	45,6	41,3	37,3	38,4	41,4	37,4	35,6	36,4	37,0	37,0
Dänemark	55,5	55,4	59,3	53,6	52,6	51,6	57,8	57,6	57,9	59,6	57,0	56,0
Lettland	-	31,5	38,4	37,6	35,8	39,1	44,5	43,7	38,4	36,8	35,6	34,8
Litauen	-	-	34,4	38,9	33,2	37,2	43,7	40,8	37,4	36,8	36,2	35,4
Polen	-	-	47,7	41,1	43,4	43,2	44,6	45,4	43,6	42,8	42,2	41,8
Rumänien	-	_	34,1	38,6	33,6	39,3	41,1	40,1	37,9	36,1	36,0	35,7
Schweden	-	_	65,0	55,1	53,6	51,7	54,7	52,0	51,0	51,4	51,4	50,8
Tschechien	-	-	53,0	41,6	43,0	41,2	44,7	43,8	43,0	43,6	43,3	42,9
Ungarn	-	-	55,8	47,7	50,1	49,3	51,5	49,7	49,5	48,9	49,0	49,6
Vereinigtes Königreich	48,4	40,8	43,6	36,8	43,8	47,7	51,4	50,4	48,5	48,4	47,2	45,7
Euroraum	-	-	52,8	46,2	47,3	47,1	51,2	51,0	49,5	49,5	49,4	49,1
EU-27	-	_	51,9	44,8	46,7	47,1	51,1	50,6	49,1	49,1	48,8	48,2
USA	36,8	37,2	37,1	33,9	36,3	39,1	42,8	42,7	41,7	40,4	39,9	39,6
Japan	32,2	31,1	35,5	38,5	36,4	36,9	41,9	40,8	41,4	42,8	43,7	43,9

¹1985 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: EU-Kommission "Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft".

Stand: November 2012.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

		Eu-Haush	nalt 2011 ¹			EU-Haus	shalt 2012 ²	
	Verpflichtu	ungen	Zahlun	gen	Verpflicht	tungen	Zahlu	ngen
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	64 504,4	45,4	53 629,0	42,3	68 155,6	46,1	55 336,7	42,9
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4	47,6	-	500,0	0,3	50,0	0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	58 659,2	41,3	55 983,9	44,2	59 975,8	40,6	57 034,2	44,2
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 059,9	1,4	1 700,1	1,3	2 065,2	1,4	1 484,3	1,1
4. Die EU als globaler Akteur	8 759,3	6,2	7 242,5	5,7	9 405,9	6,4	6 955,1	5,4
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	253,9	0,2	100,0	0,1	258,9	0,2	110,0	0,1
5. Verwaltung	8 172,8	5,7	8 171,5	6,4	8 279,6	5,6	8 277,7	6,4
Gesamtbetrag	142 155,7	100,0	126 727,1	100,0	147 882,2	100,0	129 088,0	100,0

¹ EU-Haushalt 2011 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-6/2011).

noch Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

	Differe	nz in %	Differenz in Mio. €			
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4		
Rubrik	10	11	12	13		
1. Nachhaltiges Wachstum	5,7	3,2	3 651,2	1 707,7		
davon Globalisierungsanpassungsfonds	0,0	100,0	0,0	50,0		
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	2,2	1,9	1 316,5	1 050,3		
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	0,3	-12,7	5,4	- 215,8		
4. Die EU als globaler Akteur	7,4	- 4,0	646,6	- 287,4		
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	10,0	5,0	10,0		
5. Verwaltung	1,3	1,3	106,8	106,2		
Gesamtbetrag	4,0	1,9	5 726,5	2 360,9		

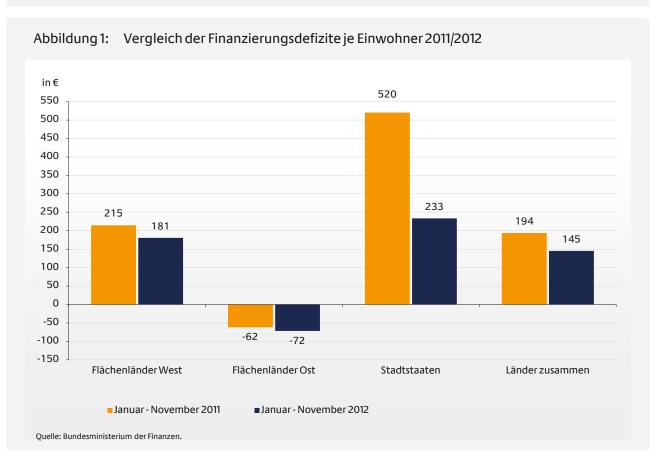
² EU-Haushalt 2012 (endgültig festgestellter Haushalt vom 1. Dezember 2011 einschl. Entwurf Berichtigungshaushaltsplan Nr. 1/2012).

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2012 im Vergleich zum Jahressoll 2012

	Flächenlän	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen			
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist			
		in Mio. €									
Bereinigte Einnahmen	204 375	183 517	51 033	46 366	36 375	33 423	285 250	257 19			
darunter:											
Steuereinnahmen	160 253	141 552	28 344	26 979	22 854	20 341	211 451	188 873			
Übrige Einnahmen	44 122	41 965	22 690	19387	13 521	13 081	73 799	68 31			
Bereinigte Ausgaben	216 611	194 918	51 463	45 448	38 511	34 818	300 053	269 06			
darunter:											
Personalausgaben	83 991	78 409	12 553	11 571	10 974	11 153	107 518	101 133			
Lfd. Sachaufwand	14062	12 211	3 693	3 235	8 296	8 180	26 051	23 62			
Zinsausgaben	13 351	11 983	2 997	2 403	3 830	3 404	20 177	17790			
Sachinvestitionen	4320	3 0 6 9	1 633	1 274	819	586	6 771	4 9 2 9			
Zahlungen an Verwaltungen	61 059	52 774	18 045	16 263	1 132	761	73 702	63 68			
Übrige Ausgaben	39 829	36 473	12 544	10702	13 461	10 735	65 834	57 909			
Finanzierungssaldo	-12 237	-11 401	- 430	919	-2 126	-1 395	-14 792	-11 87			



ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis November 2012

		in Mio. €									
		N	lovember 201	1	0	ktober 2012		November 2012			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
	Seit dem 1. Januar gebuchte										
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	233 578	249 421	465 671	220 585	235 040	439 424	240 077	257 190	479 584	
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	228 857	234 467	463 324	217 082	225 175	442 257	236 511	246 116	482 628	
111	Steuereinnahmen	211 069	177 732	388 801	201 727	173 362	375 089	219 708	188 873	408 58	
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 715	45 039	47 754	2 665	42 617	45 282	3 155	46 947	50 103	
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	2 084	2 084	-	2 129	2 129	-	2 118	2 11	
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-		
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	4721	14954	19 674	3 503	9 8 6 5	13 368	3 565	11 074	14 639	
121	Veräußerungserlöse	1 766	448	2 2 1 4	1 720	1 084	2 804	1 739	1 098	2 83	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	1 450	98	1 548	1 566	786	2 353	1 572	786	2 359	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	719	10 667	11 386	379	5 3 6 6	5 745	380	5 787	6 16	
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	273 451	265 245	521 369	258 098	243 063	484 960	281 560	269 067	532 94	
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	252 425	237 763	490 188	231 290	221 044	452 334	252 217	243 681	495 898	
211	Personalausgaben	26 393	98 503	124896	23 955	90 435	114389	26 586	101 133	12771	
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	7394	28 145	35 539	7011	26 616	33 627	7 659	29 444	37 103	
212	Laufender Sachaufwand	17 148	22 976	40 124	16510	21 091	37 601	18 764	23 625	42 38	
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	8 614	14993	23 607	8 846	13 609	22 456	9 943	15 178	25 12	
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	32 339	18 304	50 643	30 017	16 699	46 716	30 642	17 790	48 43	
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	14519	53 215	67 734	14229	52 110	66 339	15 583	55 838	71 42	
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	900	900	-	- 45	- 45	-	82	8.	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	11	48 608	48 619	7	48 585	48 591	8	51 914	51 92	
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	21 026	27 483	48 508	26 807	22 019	48 826	29 343	25 386	5472	
221	Sachinvestitionen	5 644	5 491	11 135	5 3 4 0	4 152	9 491	6 262	4929	11 19	
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	4286	10 793	15 080	3 894	6 830	10724	4261	7 843	12 10	
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	20 602	26 763	47 365	26 383	21 613	47 996	28 900	25 062	53 96	

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis November 2012

						in Mio. €				
		N	ovember 201	1	Ol	ktober 2012		November 2012		
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-39 818 ²	-15 825	-55 642	-37 447 ²	-8 023	-45 470	-41 410 ²	-11 878	-53 288
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	269 617	75 144	344 761	221 401	61 816	283 217	239 427	72 207	311 634
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	235 337	79 840	315 178	205 224	76 967	282 191	206 678	80514	287 192
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	34 280	-4 697	29 583	16 178	-15 151	1 026	32 749	-8 307	24 442
	Zum Ende des Monats bestehende									
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-11 379	3 325	-8 054	3 496	9 564	13 060	-17 923	5 866	-12 058
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	14875	14875	-	17 195	17 195	-	16 404	16 40
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	11 382	-764	10 618	-3 493	-11791,3	-15284	17 925	-8 342	9 58

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

 $^{^2\,}Einschließlich\,haus haltstechnische\,Verrechnungen.$

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis November 2012

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	33 447	39 759 ª	8 866	17 798	6 455	23 375	46 880	11 728	2 955
11	Einnahmen der laufenden Rechung	32 526	38 143	8 428	17 278	5 821	21 971	45 335	11 346	2 882
111	Steuereinnahmen	25 525	30 613	5 3 5 7	14 064	3 470	17 008 4	37 576	8 635	2 089
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	5 488	4033	2514	2 179	2 012	2 681	5 587	2 020	679
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	159	-	139	14	-	114	5
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	356	-	419	108	63	211	99
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	921	1616 a	438	521	634	1 404	1 544	382	73
121	Veräußerungserlöse	1	0	12	32	5	713	11	37	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	0	-	-	712	0	36	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	667	875	233	426	254	583	920	217	50
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	34 212	40 226 b	9 098	20 145	6 193	23 960	51 349	13 503	3 52
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	31 549	36218 b	8 078	18 431	5 295	22 073	46 370	11 936	3 25
211	Personalausgaben	14 549	17 675	2 175	7 392	1 586	9 0 9 7 2	19 675 ²	5 293	1 34
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	4 687	5 173	179	2 428	104	2924	6 755	1 669	52
212	Laufender Sachaufwand	1 679	2 949 °	514	1 519	377	1 534	2 973	937	17
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	1517	2327 ℃	438	1 174	329	1 246	2 2 1 0	784	16
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 643	969 ^d	550	1 389	321	1 809	3 913	918	48
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	8 818	10 489	3 263	5 174	2 000	5 926	11 506	2 926	53
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	1 863	3 396	-	1 557	-	-	-	-	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	6 899	6 993	2 788	3 560	1 594	5 925	11 275	2 881	51
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	2 663	4008	1 020	1714	898	1 887	4979	1 567	27
221	Sachinvestitionen	521	1 307	79	548	242	201	283	69	4
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 112	1 438	368	651	324	245	1 600	444	6
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	2 617	3 943	1 020	1 686	898	1 887	4812	1 544	25

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis November 2012

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 766	- 467 ^e	- 233	-2 347	263	- 585	-4 469	-1 776	- 574
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	5 653	2 661 ^f	3 462	5 133	885	3 895	17 173	6 694	1 420
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	7 921	3 482 ^g	4224	5 000	891	5 687	15 973	7514	1 146
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-2 268	-821 ^h	- 763	133	- 6	-1 792	1 200	-820	27!
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	54	1 242	-	66	-	1 240	3
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 060	3 365	23	1 381	342	2 200	1 404	2	67
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-2 149	-	- 196	-1 099	718	-342	266	-1 239	37

 $^{^1} In\, der\, L\"{a}n der summe \, ohne\, Zuweisungen\, von\, L\"{a}n dern\, im\, L\"{a}n der finanzausgleich.$

² Ohne Dezember-Bezüge.

³ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 375,7 Mio. €, b 293,0 Mio. €, c 0,1 Mio. €, d 292,9 Mio. €, e 82,7 Mio. €, f 681,0 Mio. €, g 500,0 Mio. €, h 181,0 Mio. €.

⁴ NI - neu ab 2012 enthalten St-Einnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,4 Mio. €.

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis November 2012

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr Einnahmen der laufenden	14 399 13 468	8 552	8 193 7 913	8 095	19 948 19 054	3 674 3 579	9 979 9 758	257 190
11 111	Rechung Steuereinnahmen	8 706	8 074 4 800	6042	7 451 4 645	10 395	1982	7964	246 116 188 873
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung	4235	2846	1371	2 435	6 790	1 259	818	46 947
1121	darunter: Allgemeine BEZ	313	180	77	174	789	136	- 30	2 1 1 8
1122	Länderfinanzausgleich ¹	857	528	137	516	3 102	517	-	-
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	931	477	280	644	894	95	221	11 074
121	Veräußerungserlöse	0	3	9	41	163	1	63	1 098
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	1	29	3	-	2	786
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung	443	233	125	292	270	66	133	5 787
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	13 557	8 647	8 610	7 953	20 022	4 229	10 745	269 067
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	11 541	7 755	8 055	7 123	19 068	3 896	9 947	243 681
211	Personalausgaben	3 480	2 2 1 8	3 388	2 112	6 548	1316	3 289	101 133
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	193	175	1 205	145	1 672	440	1 170	29 444
212	Laufender Sachaufwand	861	877	443	607	4751	683	2 745	23 625
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	611	297	369	315	2 110	322	971	15 178
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	304	630	856	598	2 051	596	757	17 790
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung	4389	2 346	2 224	2 456	270	152	279	55 838
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	178	82
2142	Zuweisungen an Gemeinden	3 328	1 904	2 144	2 081	7	9	13	51 914
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	2 016	892	555	830	954	333	798	25 386
221	Sachinvestitionen	574	193	101	187	186	49	350	4929
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung	588	305	248	224	94	97	48	7 843
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	2017	892	554	830	984	326	797	25 062

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis November 2012

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+, Mehrausgaben (- (Finanzierungssaldo	842	- 95	- 417	142	- 74	- 555	- 766	-11 878
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto	-2 262	4 209	2 2 6 8	1 364	6 906	9 556	3 190	72 207
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	764	3 596	2 856	1 527	7912	8 896	3 125	80 514
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme	-3 026	613	- 588	-163	-1 006	661	66	-8 307
	Zum Ende des Monats bestehende								
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	1 902	-	-	689	176	460	5 866
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	3 015	107	-	-	423	434	1 979	16 404
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-2 086	- 945	29	- 681	- 157	- 832	-8 342

 $^{^1} In \, der \, L\"{a}nder summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"{a}ndern \, im \, L\"{a}nder finanzausgleich.$

² Ohne Dezember-Bezüge.

³ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 375,7 Mio. €, b 293,0 Mio. €, c 0,1 Mio. €, d 292,9 Mio. €, e 82,7 Mio. €, f 681,0 Mio. €, g 500,0 Mio. €, h 181,0 Mio. €.

 $^{^4}$ NI - neu ab 2012 enthalten St-Einnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,4 Mio. \in .

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoi	nlandsprodukt	(real)	
	Erwerbstä	tige im Inland ¹	Erwerbsquote ²	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote ⁴
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in%	in Mio.	in%	Verä	inderung in % p	o.a.	in%
1991	38,7		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,2	-1,4	50,5	2,5	6,2	+1,9	+3,3	+2,5	23,5
1993	37,7	-1,3	50,2	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,4	22,5
1994	37,7	-0,1	50,3	3,3	8,1	+2,5	+2,5	+2,7	22,5
1995	37,8	+0,4	50,2	3,2	7,9	+1,7	+1,3	+2,4	21,9
1996	37,8	-0,1	50,3	3,5	8,5	+0,8	+0,9	+2,0	21,3
1997	37,7	-0,1	50,5	3,8	9,2	+1,7	+1,9	+2,3	21,0
1998	38,1	+1,1	50,9	3,7	8,9	+1,9	+0,7	+1,1	21,1
1999	38,7	+1,5	51,2	3,4	8,1	+1,9	+0,4	+0,9	21,3
2000	39,4	+1,7	51,6	3,1	7,4	+3,1	+1,3	+2,7	21,5
2001	39,5	+0,3	51,7	3,2	7,5	+1,5	+1,2	+2,5	20,1
2002	39,3	-0,6	51,7	3,5	8,3	+0,0	+0,6	+1,4	18,4
2003	38,9	-0,9	51,8	3,9	9,2	-0,4	+0,5	+0,9	17,8
2004	39,0	+0,3	52,2	4,2	9,7	+1,2	+0,9	+0,8	17,4
2005	39,0	-0,1	52,7	4,6	10,5	+0,7	+0,8	+1,2	17,3
2006	39,2	+0,6	52,6	4,2	9,8	+3,7	+3,1	+3,6	18,1
2007	39,9	+1,7	52,7	3,6	8,3	+3,3	+1,5	+1,7	18,4
2008	40,3	+1,2	52,9	3,1	7,2	+1,1	-0,1	-0,1	18,6
2009	40,4	+0,1	53,2	3,2	7,4	-5,1	-5,2	-2,5	17,2
2010	40,6	+0,6	53,2	2,9	6,8	+4,2	+3,6	+1,8	17,4
2011	41,2	+1,4	53,3	2,5	5,7	+3,0	+1,6	+1,6	18,1
2012	41,6	+1,0	53,6	2,3	5,3	+0,7	-0,3	+0,4	17,6
2007/02	39,2	+0,3	52,3	4,0	9,3	+1,7	+1,4	+1,6	17,9
2012/07	40,7	+0,9	53,2	3,0	6,8	+0,7	-0,1	+0,2	17,9

 $^{^{1}}$ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2\,}Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,95.$

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator)1	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			\	/eränderung in % p.a	ı .		
1991							
1992	+7,4	+5,4	+3,2	+4,5	+4,3	+5,1	+6,8
1993	+2,9	+4,0	+1,9	+3,5	+3,6	+4,4	+4,1
1994	+5,0	+2,5	+1,1	+2,3	+2,5	+2,7	+0,5
1995	+3,7	+2,0	+1,6	+1,6	+1,4	+1,7	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,4	+0,8	+0,9	+1,4	+0,4
1997	+2,0	+0,3	-1,7	+0,7	+1,3	+1,9	-1,0
1998	+2,5	+0,6	+1,8	+0,1	+0,5	+0,9	+0,4
1999	+2,1	+0,2	+0,7	-0,0	+0,4	+0,6	+0,6
2000	+2,4	-0,7	-4,5	+0,8	+0,8	+1,5	+0,5
2001	+2,7	+1,1	-0,0	+1,1	+1,9	+1,9	+0,3
2002	+1,4	+1,4	+2,3	+0,7	+1,2	+1,4	+0,5
2003	+0,7	+1,1	+1,0	+0,9	+1,6	+1,0	+0,9
2004	+2,2	+1,1	+0,1	+1,1	+1,2	+1,7	-0,4
2005	+1,3	+0,6	-1,9	+1,3	+1,7	+1,6	-0,9
2006	+4,0	+0,3	-1,4	+0,8	+1,0	+1,6	-2,4
2007	+5,0	+1,6	+0,5	+1,5	+1,5	+2,3	-1,0
2008	+1,9	+0,8	-1,5	+1,4	+1,6	+2,6	+2,3
2009	-4,0	+1,2	+3,8	-0,2	+0,0	+0,4	+6,2
2010	+5,1	+0,9	-2,1	+1,7	+2,0	+1,1	-1,5
2011	+3,9	+0,8	-2,2	+1,8	+2,1	+2,3	+1,2
2012	+2,0	+1,3	-0,6	+1,7	+1,6	+2,0	+2,7
2007/02	+2,6	+0,9	-0,3	+1,1	+1,4	+1,6	-0,8
2012/07	+1,7	+1,0	-0,6	+1,3	+1,5	+1,7	+2,1

 $^{^{1}} Einschließlich \ private \ Organisationen \ ohne \ Erwerbszweck.$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2} Arbeit nehmer entgelte je Arbeit nehmer stunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbst \"atigenstunde (Inlandskonzept).$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderu	ng in % p.a.	in Mı	rd.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-5,8	-23,4	25,7	26,1	-0,4	-1,5
1992	+0,4	+0,6	-6,7	-18,9	24,0	24,4	-0,4	-1,1
1993	-5,7	-8,0	2,9	-15,2	22,0	21,8	0,2	-0,9
1994	+9,1	+8,3	6,0	-26,1	22,8	22,5	0,3	-1,5
1995	+7,8	+6,7	11,0	-23,3	23,7	23,1	0,6	-1,3
1996	+6,0	+4,5	18,0	-12,8	24,8	23,8	1,0	-0,7
1997	+12,7	+11,7	24,7	-9,3	27,4	26,1	1,3	-0,5
1998	+6,9	+6,8	26,9	-14,6	28,6	27,2	1,4	-0,7
1999	+5,0	+7,0	17,6	-26,1	29,4	28,5	0,9	-1,3
2000	+16,2	+18,7	6,3	-29,4	33,4	33,1	0,3	-1,4
2001	+7,0	+1,8	41,7	-3,9	34,8	32,8	2,0	-0,2
2002	+4,0	-3,6	95,9	42,1	35,7	31,2	4,5	2,0
2003	+0,9	+2,7	84,2	40,5	35,7	31,8	3,9	1,9
2004	+10,3	+7,7	110,8	102,3	38,5	33,5	5,0	4,7
2005	+8,6	+9,2	116,0	112,4	41,3	36,1	5,2	5,1
2006	+14,6	+14,9	130,1	150,0	45,5	39,9	5,6	6,5
2007	+8,8	+5,7	170,0	182,9	47,2	40,2	7,0	7,5
2008	+4,0	+6,1	155,8	150,5	48,2	41,9	6,3	6,1
2009	-15,5	-14,1	116,9	143,2	42,4	37,5	4,9	6,0
2010	+16,6	+16,3	138,9	153,4	47,0	41,4	5,6	6,1
2011	+10,9	+13,0	131,7	144,9	50,2	45,1	5,1	5,6
2012	+5,2	+4,0	151,9	168,5	51,7	46,0	5,7	6,4
2007/02	+8,5	+8,0	117,8	105,0	40,7	35,4	5,2	4,6
2012/07	+3,6	+4,5	144,2	157,2	47,8	42,0	5,8	6,3

¹ In jeweiligen Preisen.

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	und Vermögens- entgelte		quote	Bruttolöhne und - gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³
				unbereinigt ¹	bereinigt ²		
Jahr	V	eränderung in % p.a	a.	in	1%	Veränderu	ng in % p.a.
1991				70,8	70,8		
1992	+6,7	+2,6	+8,4	71,9	72,1	+10,2	+4,0
1993	+1,4	-0,8	+2,3	72,5	72,9	+4,3	+0,9
1994	+4,1	+8,2	+2,5	71,4	72,0	+1,9	-2,3
1995	+3,9	+4,9	+3,5	71,1	71,8	+2,9	-0,9
1996	+1,5	+3,1	+0,8	70,7	71,5	+1,2	+0,4
1997	+1,5	+4,2	+0,3	69,9	70,8	+0,0	-2,5
1998	+1,8	+1,3	+2,0	70,0	71,0	+0,8	+0,4
1999	+1,0	-2,4	+2,5	71,1	72,0	+1,3	+1,3
2000	+2,2	-1,5	+3,7	72,1	72,9	+1,3	+1,7
2001	+2,3	+3,6	+1,9	71,8	72,6	+2,0	+1,3
2002	+0,9	+1,7	+0,6	71,6	72,5	+1,4	+0,1
2003	+1,1	+3,2	+0,2	71,0	72,1	+1,1	-1,3
2004	+4,9	+16,0	+0,3	67,9	69,2	+0,5	+0,9
2005	+1,6	+6,4	-0,7	66,4	68,0	+0,3	-1,4
2006	+5,5	+13,3	+1,6	63,9	65,5	+0,8	-1,2
2007	+3,8	+5,8	+2,7	63,2	64,7	+1,5	-0,4
2008	+0,7	-4,2	+3,6	65,0	66,5	+2,3	-0,4
2009	-4,1	-12,4	+0,3	68,1	69,5	+0,0	+0,5
2010	+5,9	+12,0	+3,0	66,2	67,6	+2,4	+1,7
2011	+3,4	+1,3	+4,5	66,9	68,3	+3,4	+0,5
2012	+1,9	-1,4	+3,6	68,0	69,3	+2,6	+0,5
2007/02	+3,4	+8,8	+0,8	67,3	68,7	+0,8	-0,7
2012/07	+1,5	-1,3	+3,0	66,3	67,7	+2,1	+0,6

 $^{^1} Arbeit nehmer ent gelte in \% \, des \, Volksein kommens.$

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Jahresprojektion der Bundesregierung vom 16. Januar 2013

Erläuterungen zu den Tabellen 5 bis 12

 Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der Europäischen Union (EU) für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite http://circa. europa.eu/.

Die Budgetsensitivität basiert auf den von der OECD geschätzten Teilelastizitäten der einzelnen Abgaben und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke (siehe Girouard und André (2005), "Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries", OECD Economics Department Working Papers 434) sowie der im Juni 2012 durch den Wirtschaftspolitischen Ausschuss notifizierten Aktualisierung des für Abgaben- und Ausgabenstruktur und deren Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt herangezogenen Stützungszeitraums.

2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamtes sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen
Bundesamtes zugrunde gelegt
(Variante 1-W1), die an aktuelle
Entwicklungen angepasst wird (z. B.
Zuwanderung). Die Zeitreihen für
Arbeitszeit je Erwerbstätigem und
Partizipationsraten werden – im Rahmen
von Trendfortschreibungen – um drei Jahre
über den Zeitraum der mittelfristigen
Finanzplanung hinaus verlängert, um dem
Randwertproblem bei Glättungen mit
dem Hodrick-Prescott-Filter Rechnung zu
tragen.

- 3. Die Bundesregierung verwendet seit der Herbstprojektion 2012 für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter die Altersgruppe der 15-Jährigen bis einschließlich 74-Jährigen anstatt wie vorher die der 15-Jährigen bis einschließlich 64-Jährigen. Die Europäische Kommission wird diese neue Definition ab dem Frühjahr 2013 verwenden.
- 4. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamtes zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- 5. Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Jahresprojektion 2013 der Bundesregierung.
- 6. Das **Produktionspotenzial** ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

Die **Produktionslücke** kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der Potenzialpfad beschreibt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern auch dazu, das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist, neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mithilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die Budgetsensitivität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, im Artikel "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel" zu finden (http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Monatsberichte/Standardartikel_Migration/2011/02/analysen-und-berichte/b03-konjunkturkomponente-des-Bundes. Konjunkturkomponente-des-Bundes. html).

Tabelle 5: Produktionslücken, Budgetsensitivität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsensitivität ¹	Konjunkturkomponente ¹
		in Mrd. € (nominal)		J	in Mrd. € (nominal)
2014	2 813,7	2 794,9	-18,9	0,190	-3,6
2015	2 891,3	2 878,9	-12,3	0,190	-2,3
2016	2 970,6	2 965,5	-5,0	0,190	-1,0
2017	3 054,7	3 054,7	0,0	0,190	0,0

¹ Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

Tabelle 6: Produktionspotenzial und -lücken

		Produktion	spotenzial		Produktionslücken					
	preisbo	ereinigt	nom	inal	preisber	einigt	nom	ninal		
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd.€	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP		
1980	1 383,5		835,2		32,2	2,3	19,5	2,3		
1981	1 414,3	+2,2	889,5	+6,5	8,9	0,6	5,6	0,6		
1982	1 443,0	+2,0	949,1	+6,7	-25,4	-1,8	-16,7	-1,8		
1983	1 471,9	+2,0	995,3	+4,9	-32,0	-2,2	-21,6	-2,2		
1984	1 502,0	+2,0	1 035,8	+4,1	-21,5	-1,4	-14,8	-1,4		
1985	1 533,2	+2,1	1 079,8	+4,2	-18,1	-1,2	-12,8	-1,2		
1986	1 567,9	+2,3	1 137,4	+5,3	-18,3	-1,2	-13,3	-1,2		
1987	1 604,6	+2,3	1 178,9	+3,6	-33,2	-2,1	-24,4	-2,1		
1988	1 644,5	+2,5	1 228,6	+4,2	-14,8	-0,9	-11,1	-0,9		
1989	1 690,1	+2,8	1 299,0	+5,7	3,1	0,2	2,4	0,2		
1990	1 740,0	+3,0	1 382,9	+6,5	42,1	2,4	33,5	2,4		
1991	1 793,1	+3,1	1 469,0	+6,2	80,1	4,5	65,6	4,5		
1992	1 847,3	+3,0	1 595,1	+8,6	61,7	3,3	53,3	3,3		
1993	1 895,8	+2,6	1 702,2	+6,7	-5,9	-0,3	-5,3	-0,3		
1994	1 935,6	+2,1	1 781,3	+4,6	0,9	0,0	0,9	0,0		
1995	1 970,4	+1,8	1 849,8	+3,8	-1,4	-0,1	-1,3	-0,1		
1996	2 002,1	+1,6	1 891,5	+2,3	-17,5	-0,9	-16,5	-0,9		
1997	2 032,0	+1,5	1 924,8	+1,8	-12,9	-0,6	-12,2	-0,6		
1998	2 061,9	+1,5	1 964,7	+2,1	-5,2	-0,3	-5,0	-0,3		
1999	2 094,0	+1,6	1 999,1	+1,8	1,2	0,1	1,1	0,1		
2000	2 127,5	+1,6	2 017,4	+0,9	31,8	1,5	30,1	1,5		
2001	2 160,5	+1,6	2 071,7	+2,7	31,5	1,5	30,2	1,5		
2002	2 191,6	+1,4	2 131,7	+2,9	0,6	0,0	0,5	0,0		
2003	2 220,1	+1,3	2 183,1	+2,4	-36,2	-1,6	-35,6	-1,6		
2004	2 248,2	+1,3	2 234,4	+2,4	-38,9	-1,7	-38,7	-1,7		
2005	2 275,8	+1,2	2 275,8	+1,9	-51,4	-2,3	-51,4	-2,3		
2006	2 305,3	+1,3	2 312,5	+1,6	1,4	0,1	1,4	0,1		
2007	2 335,3	+1,3	2 380,8	+3,0	46,8	2,0	47,7	2,0		
2008	2 363,6	+1,2	2 428,3	+2,0	44,3	1,9	45,5	1,9		
2009	2 385,3	+0,9	2 479,4	+2,1	-100,9	-4,2	-104,9	-4,2		
2010	2 409,7	+1,0	2 527,9	+2,0	-30,2	-1,3	-31,7	-1,3		
2011	2 439,3	+1,2	2 579,7	+2,0	12,2	0,5	12,9	0,5		
2012	2 471,5	+1,3	2 648,3	+2,7	-3,1	-0,1	-3,3	-0,1		
2013	2 504,1	+1,3	2 731,7	+3,1	-24,9	-1,0	-27,2	-1,0		
2014	2 536,6	+1,3	2 813,7	+3,0	-17,0	-0,7	-18,9	-0,7		
2015	2 565,6	+1,1	2 891,3	+2,8	-10,9	-0,4	-12,3	-0,4		
2016	2 594,6	+1,1	2 970,6	+2,7	-4,4	-0,2	-5,0	-0,2		
2017	2 626,2	+1,2	3 054,7	+2,8	0,0	0,0	0,0	0,0		

Tabelle 7: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum¹

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % ggü. Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,2	1,0	0,1	1,1
1982	+2,0	1,1	0,0	1,0
1983	+2,0	1,2	-0,1	0,9
1984	+2,0	1,3	-0,1	0,9
1985	+2,1	1,3	-0,1	0,8
1986	+2,3	1,4	0,0	0,8
1987	+2,3	1,5	0,0	0,8
1988	+2,5	1,6	0,0	0,8
1989	+2,8	1,7	0,2	0,9
1990	+3,0	1,8	0,2	0,9
1991	+3,1	1,8	0,2	1,0
1992	+3,0	1,6	0,2	1,1
1993	+2,6	1,4	0,1	1,1
1994	+2,1	1,3	-0,2	1,0
1995	+1,8	1,1	-0,3	1,0
1996	+1,6	1,0	-0,3	0,9
1997	+1,5	1,0	-0,3	0,9
1998	+1,5	0,9	-0,3	0,9
1999	+1,6	0,9	-0,3	0,9
2000	+1,6	1,0	-0,3	0,9
2001	+1,6	1,0	-0,2	0,8
2002	+1,4	0,9	-0,1	0,7
2003	+1,3	0,8	-0,1	0,6
2004	+1,3	0,8	0,0	0,5
2005	+1,2	0,7	0,0	0,5
2006	+1,3	0,7	0,0	0,5
2007	+1,3	0,7	0,1	0,5
2008	+1,2	0,6	0,1	0,5
2009	+0,9	0,4	0,0	0,4
2010	+1,0	0,5	0,1	0,4
2011	+1,2	0,5	0,3	0,4
2012	+1,3	0,5	0,4	0,4
2013	+1,3	0,6	0,4	0,4
2014	+1,3	0,6	0,3	0,3
2015	+1,1	0,7	0,1	0,4
2016	+1,1	0,7	0,0	0,4
2017	+1,2	0,8	0,1	0,4

 $^{^1} Abweichungen \, des \, ausgewiesen en Potenzial wachstums \, von \, der Summe \, der \, Wachstums beiträge \, sind \, rundungsbedingt.$

Tabelle 8: Bruttoinlandsprodukt

	preisberei	inigt ⁱ	nominal			
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd.€	in % ggü. Vorjahr		
1960	689,7		166,7			
1961	721,6	+4,6	186,4	+11,8		
1962	755,3	+4,7	207,0	+11,		
1963	776,5	+2,8	219,3	+5,9		
1964	828,3	+6,7	243,2	+10,9		
1965	872,6	+5,4	266,9	+9,7		
1966	896,9	+2,8	276,9	+3,7		
1967	894,2	-0,3	271,9	-1,8		
1968	942,9	+5,5	298,5	+9,8		
1969	1013,3	+7,5	340,5	+14,		
1970	1 064,3	+5,0	390,9	+14,8		
1971	1 097,7	+3,1	433,8	+11,0		
1972	1 144,9	+4,3	473,0	+9,0		
1973	1 199,6	+4,8	526,8	+11,4		
1974	1 210,3	+0,9	570,2	+8,2		
1975	1 199,8	-0,9	597,2	+4,8		
1976	1 259,1	+4,9	647,5	+8,4		
1977	1 301,3	+3,3	690,0	+6,6		
1978	1 340,4	+3,0	735,9	+6,7		
1979	1 396,1	+4,2	799,2	+8,6		
1980	1 415,7	+1,4	854,7	+6,9		
1981	1 423,2	+0,5	895,1	+4,		
1982	1 417,6	-0,4	932,4	+4,2		
1983	1 439,9	+1,6	973,6	+4,4		
1984	1 480,6	+2,8	1 021,0	+4,9		
1985	1 515,0	+2,3	1 067,0	+4,5		
1986	1 549,7	+2,3	1 124,2	+5,4		
1987	1 571,4	+1,4	1 154,5	+2,		
1988	1 629,7	+3,7	1 217,5	+5,!		
1989	1 693,2	+3,9	1 301,4	+6,9		
1990	1 782,1	+5,3	1 416,3	+8,8		
1991	1 873,2	+5,1	1 534,6	+8,4		
1992	1 909,0	+1,9	1 648,4	+7,4		
1993	1 889,9	-1,0	1 696,9	+2,9		
1994	1 936,6	+2,5	1 782,2	+5,0		
1995	1 969,0	+1,7	1 848,5	+3,7		
1995	1 984,6		1 875,0			
1996		+0,8	1 912,6	+1,4		
1997	2 019,1	+1,7	1912,6	+2,0		
1998	2 056,7	+1,9	2 000,2	+2,!		

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Bruttoinlandsprodukt

	preisbere	inigt ¹	nominal			
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr		
2000	2 159,2	+3,1	2 047,5	+2,4		
2001	2 191,9	+1,5	2 101,9	+2,7		
2002	2 192,1	+0,0	2 132,2	+1,4		
2003	2 183,9	-0,4	2 147,5	+0,7		
2004	2 209,3	+1,2	2 195,7	+2,2		
2005	2 224,4	+0,7	2 224,4	+1,3		
2006	2 306,7	+3,7	2 313,9	+4,0		
2007	2 382,1	+3,3	2 428,5	+5,0		
2008	2 407,9	+1,1	2 473,8	+1,9		
2009	2 284,5	-5,1	2 374,5	-4,0		
2010	2 379,4	+4,2	2 496,2	+5,1		
2011	2 451,5	+3,0	2 592,6	+3,9		
2012	2 468,4	+0,7	2 645,0	+2,0		
2013	2 479,2	+0,4	2 704,5	+2,3		
2014	2 519,5	+1,6	2 794,9	+3,3		
2015	2 554,6	+1,4	2 878,9	+3,0		
2016	2 590,2	+1,4	2 965,5	+3,0		
2017	2 626,2	+1,4	3 054,7	+3,0		

 $^{^{1}} Verkettete \, Volumen angaben, \, berechnet \, auf \, Basis \, der \, vom \, Statistischen \, Bundesamt \, ver\"{o}ffentlichten \, Indexwerte \, (2005 = 100).$

Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa	Partizipationsraten					
Jahr	Erwerbsbe	völkerung ¹	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstätige, Inland				
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjah			
960	54632			59,9	32 275				
1961	54 667	+0,1		60,4	32 725	+1,4			
1962	54803	+0,2		60,4	32 839	+0,3			
1963	55 035	+0,4		60,4	32917	+0,2			
1964	55 219	+0,3		60,2	32 945	+0,1			
1965	55 499	+0,5	59,8	60,2	33 132	+0,6			
1966	55 793	+0,5	59,4	59,7	33 030	-0,3			
1967	55 845	+0,1	59,0	58,6	31 954	-3,3			
1968	55 951	+0,2	58,7	58,1	31 982	+0,1			
1969	56 377	+0,8	58,5	58,2	32 479	+1,6			
1970	56 586	+0,4	58,5	58,5	32 926	+1,4			
1971	56 729	+0,3	58,5	58,7	33 076	+0,5			
1972	57 126	+0,7	58,5	58,7	33 258	+0,6			
 1973	57 519	+0,7	58,5	59,1	33 660	+1,2			
1974	57 776	+0,4	58,3	58,7	33 341	-0,9			
1975	57 814	+0,1	58,1	58,0	32 504	-2,5			
1976	57 871	+0,1	58,0	57,8	32 369	-0,4			
1977	58 057	+0,3	58,0	57,6	32 442	+0,2			
1978	58 348	+0,5	58,1	57,8	32 763	+1,0			
1979	58 738	+0,7	58,4	58,3	33 396	+1,9			
1980	59 196	+0,8	58,8	58,8	33 956	+1,7			
1981	59 595	+0,7	59,4	59,3	33 996	+0,1			
1982	59 823	+0,4	60,1	60,1	33 734	-0,8			
1983	59 931	+0,2	60,9	61,0	33 427	-0,8			
1984	59 957	+0,0	61,7	61,7	33 715	+0,9			
1985	59 980	+0,0	62,4	62,6	34 188	+1,4			
1986	60 095								
		+0,2	63,2	63,1	34 845	+1,9			
1987	60 194	+0,2	63,8	63,7	35 331	+1,4			
1988	60300	+0,2	64,4	64,4	35 834	+1,4			
1989 1990	60 567	+0,4	64,9	64,8	36 507 37 657	+1,9			
1990	61 427	+0,8	65,5	66,5	38 712	+3,2			
1992	62 068	+1,0	65,5	65,6	38 183	-1,4			
1993	62 679	+1,0	65,4	65,0	37 695	-1,4			
1993 1994	63 022	+0,5	65,3	65,0	37 667	-0,1			
1995	63 211	+0,3	65,3	64,9	37 802	+0,4			
1996	63 340	+0,2	65,5	65,2	37 772	-0,1			
1997	63 383	+0,1	65,7	65,5	37 716	-0,1			
1998	63 381	-0,0	66,0	66,1	38 148	+1,1			
1999	63 431	+0,1	66,3	66,4	38 721	+1,5			

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipat	tionsraten				
Jahr	Erwerbsbe	völkerung ¹	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstä	Erwerbstätige, Inland		
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr		
2000	63 515	+0,1	66,6	66,9	39 382	+1,7		
2001	63 643	+0,2	66,9	67,1	39 485	+0,3		
2002	63 819	+0,3	67,1	67,0	39 257	-0,6		
2003	63 942	+0,2	67,3	67,0	38 918	-0,9		
2004	63 998	+0,1	67,5	67,5	39 034	+0,3		
2005	64 032	+0,1	67,7	68,0	38 976	-0,1		
2006	64 029	-0,0	67,9	67,8	39 192	+0,6		
2007	63 983	-0,1	68,0	67,9	39 857	+1,7		
2008	63 881	-0,2	68,3	68,1	40 348	+1,2		
2009	63 650	-0,4	68,5	68,5	40 370	+0,1		
2010	63 381	-0,4	68,8	68,7	40 603	+0,6		
2011	63 218	-0,3	69,1	69,1	41 164	+1,4		
2012	63 123	-0,2	69,4	69,6	41 586	+1,0		
2013	62 981	-0,2	69,7	69,8	41 602	+0,0		
2014	62 739	-0,4	70,0	70,0	41 682	+0,2		
2015	62 422	-0,5	70,3	70,3	41 761	+0,2		
2016	62 086	-0,5	70,6	70,7	41 840	+0,2		
2017	61 815	-0,4	70,9	70,9	41 920	+0,2		
2018	61 603	-0,3	71,1	71,1				
2019	61 380	-0,4	71,4	71,4				
2020	61 262	-0,2	71,6	71,6				

¹12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.

noch Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	zeit je Erwerbs	tätigem, Arbeitsst	unden	Arbeitnehr	mer, Inland	Erwerbslose, Inländer	
Jahr	Tre	nd	Tatsächlich bzw	. prognostiziert			in % der Erwerbs-	NAIRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen	1474110
1960			2 165		25 095		1,4	
1961			2 138	-1,2	25 710	+2,5	0,9	
1962			2 102	-1,7	26 079	+1,4	0,8	
1963			2 071	-1,4	26377	+1,1	1,0	
1964		•	2 083	+0,6	26 673	+1,1	0,9	
1965	2 065		2 069	-0,7	27 035	+1,4	0,8	
1966	2 041	-1,2	2 043	-1,3	27 050	+0,1	0,8	
1967	2 017	-1,2	2 005	-1,8	26 139	-3,4	2,4	1,0
1968	1 994	-1,1	1 993	-0,6	26 305	+0,6	1,7	1,0
1969	1 971	-1,2	1 973	-1,0	27 034	+2,8	0,9	1,0
1970	1 948	-1,2	1 958	-0,8	27 814	+2,9	0,5	1,1
1971	1 923	-1,3	1 926	-1,6	28 276	+1,7	0,7	1,1
1972	1 897	-1,4	1 903	-1,2	28 616	+1,2	0,9	1,2
1973	1 870	-1,4	1 875	-1,5	29 133	+1,8	1,0	1,3
1974	1 845	-1,3	1 835	-2,1	28 983	-0,5	1,7	1,5
1975	1 823	-1,2	1 798	-2,0	28 319	-2,3	3,1	1,8
1976	1 805	-1,0	1811	+0,7	28 397	+0,3	3,2	2,2
1977	1 788	-0,9	1 793	-1,0	28 632	+0,8	3,1	2,6
1978	1 773	-0,9	1 775	-1,1	29 025	+1,4	2,9	3,1
1979	1 758	-0,9	1 763	-0,7	29 755	+2,5	2,4	3,7
1980	1 742	-0,9	1 743	-1,1	30337	+2,0	2,4	4,2
1981	1 727	-0,9	1 722	-1,2	30 416	+0,3	3,8	4,9
1982	1 712	-0,9	1 711	-0,6	30 192	-0,7	6,2	5,5
1983	1 696	-0,9	1 698	-0,8	29 925	-0,9	8,6	6,1
1984	1 680	-1,0	1 686	-0,7	30 213	+1,0	8,9	6,6
1985	1 662	-1,0	1 663	-1,4	30 689	+1,6	9,0	7,0
1986	1 645	-1,1	1 644	-1,1	31 322	+2,1	8,1	7,2
1987	1 627	-1,1	1 622	-1,3	31 842	+1,7	7,8	7,3
1988	1 610	-1,0	1 617	-0,3	32 356	+1,6	7,7	7,3
1989	1 594	-1,0	1 594	-1,4	33 004	+2,0	6,9	7,3
1990	1 579	-0,9	1 571	-1,4	34 135	+3,4	6,1	7,3
1991	1 566	-0,8	1 552	-1,2	35 148	+3,0	5,3	7,2
1992	1 556	-0,7	1 564	+0,8	34 567	-1,7	6,2	7,2
1993	1 547	-0,6	1 547	-1,1	34 020	-1,6	7,5	7,3
1994	1 537	-0,6	1 545	-0,1	33 909	-0,3	8,1	7,3
1995	1 527	-0,7	1 529	-1,1	33 996	+0,3	7,9	7,5
1996	1 516	-0,7	1 511	-1,1	33 907	-0,3	8,5	7,6
1997	1 506	-0,7	1 505	-0,4	33 803	-0,3	9,2	7,9
1998	1 495	-0,7	1 499	-0,4	34 189	+1,1	8,9	8,0
1999	1 483	-0,8	1 491	-0,5	34735	+1,6	8,1	8,2

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	szeit je Erwerbs	tätigem, Arbeitsst	tunden	Arbeitnehr	ner, Inland	Erwerbslose, Inländer		
Jahr	Tre	end	Tatsächlich bzw	Tatsächlich bzw. prognostiziert				NAIRU ²	
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	Erwerbs- personen	NAIKO	
2000	1 471	-0,8	1 471	-1,4	35 387	+1,9	7,4	8,4	
2001	1 459	-0,8	1 453	-1,2	35 465	+0,2	7,5	8,5	
2002	1 449	-0,7	1 441	-0,8	35 203	-0,7	8,2	8,6	
2003	1 441	-0,6	1 436	-0,4	34 800	-1,1	9,1	8,7	
2004	1 434	-0,5	1 436	+0,0	34777	-0,1	9,6	8,7	
2005	1 428	-0,4	1 431	-0,4	34 559	-0,6	10,5	8,6	
2006	1 423	-0,4	1 424	-0,5	34 736	+0,5	9,8	8,4	
2007	1 417	-0,4	1 422	-0,1	35 359	+1,8	8,3	8,1	
2008	1 411	-0,4	1 422	-0,0	35 868	+1,4	7,2	7,8	
2009	1 406	-0,4	1 383	-2,7	35 900	+0,1	7,4	7,4	
2010	1 401	-0,3	1 407	+1,7	36 110	+0,6	6,8	6,9	
2011	1 398	-0,3	1 406	-0,0	36 625	+1,4	5,7	6,4	
2012	1 394	-0,3	1 396	-0,7	37 041	+1,1	5,3	5,8	
2013	1 391	-0,2	1 384	-0,9	37 068	+0,1	5,3	5,3	
2014	1 389	-0,1	1 387	+0,2	37 130	+0,2	5,1	4,8	
2015	1 389	-0,0	1 388	+0,1	37 200	+0,2	4,9	4,5	
2016	1 389	+0,0	1 390	+0,1	37 270	+0,2	4,6	4,4	
2017	1 390	+0,1	1 391	+0,1	37 340	+0,2	4,4	4,3	
2018	1 391	+0,1	1 392	+0,1					
2019	1 393	+0,1	1 393	+0,1					
2020	1 394	+0,1	1 394	+0,1					

 $^{^{1} 12.\} koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamtes;\ Variante\ 1-W1,\ angepasst\ an\ aktuelle\ Entwicklungen.$

 $^{^{\}rm 2}\,{\rm NAIRU}$ - Non-Accelerating Inflation Rate of Unemployment.

Tabelle 10: Kapital stock und Investitionen

	Bruttoanlag	evermögen	Bruttoanlage	Abgangssquote	
	preisbe	ereinigt	preisbe	reinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in%
1980	6 110,9	+3,5	286,6	+2,3	1,4
1981	6 307,7	+3,2	273,2	-4,7	1,2
1982	6 485,6	+2,8	260,7	-4,6	1,3
1983	6 655,5	+2,6	268,5	+3,0	1,5
1984	6 823,4	+2,5	269,0	+0,2	1,5
1985	6 985,8	+2,4	270,8	+0,7	1,6
1986	7 149,0	+2,3	279,4	+3,2	1,7
1987	7 315,5	+2,3	285,2	+2,1	1,7
1988	7 487,8	+2,4	299,6	+5,0	1,7
1989	7 672,9	+2,5	321,3	+7,2	1,8
1990	7 876,2	+2,7	346,9	+8,0	1,9
1991	8 112,9	+3,0	365,4	+5,3	1,6
1992	8 378,1	+3,3	382,2	+4,6	1,4
1993	8 636,4	+3,1	365,9	-4,3	1,3
1994	8 887,4	+2,9	381,4	+4,2	1,5
1995	9 140,0	+2,8	380,7	-0,2	1,4
1996	9 384,7	+2,7	378,6	-0,6	1,5
1997	9 622,5	+2,5	382,2	+0,9	1,5
1998	9 862,1	+2,5	397,4	+4,0	1,6
1999	10 109,6	+2,5	415,4	+4,5	1,7
2000	10 361,7	+2,5	426,3	+2,6	1,7
2001	10 601,8	+2,3	412,2	-3,3	1,7
2002	10 807,2	+1,9	387,0	-6,1	1,7
2003	10 984,2	+1,6	382,4	-1,2	1,9
2004	11 148,6	+1,5	381,5	-0,2	2,0
2005	11 304,0	+1,4	384,5	+0,8	2,1
2006	11 467,3	+1,4	416,1	+8,2	2,2
2007	11 647,1	+1,6	435,8	+4,7	2,2
2008	11 830,9	+1,6	441,4	+1,3	2,2
2009	11 983,4	+1,3	390,3	-11,6	2,0
2010	12 113,7	+1,1	413,3	+5,9	2,4
2011	12 253,1	+1,2	438,8	+6,2	2,5
2012	12 392,5	+1,1	429,5	-2,1	2,4
2013	12 523,8	+1,1	431,6	+0,5	2,4
2014	12 648,3	+1,0	449,5	+4,1	2,6
2015	12 779,8	+1,0	461,9	+2,8	2,6
2016	12 923,2	+1,1	474,7	+2,8	2,6
 2017	13 075,6	+1,2	487,8	+2,8	2,0

Tabelle 11: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1980	-7,4285	-7,4394
1981	-7,4270	-7,4293
1982	-7,4314	-7,4188
1983	-7,4141	-7,4072
1984	-7,3961	-7,3948
1985	-7,3814	-7,3815
1986	-7,3718	-7,3674
1987	-7,3662	-7,3524
1988	-7,3450	-7,3361
1989	-7,3180	-7,3189
1990	-7,2866	-7,3011
1991	-7,2573	-7,2837
1992	-7,2459	-7,2676
1993	-7,2510	-7,2534
1994	-7,2351	-7,2407
 1995	-7,2238	-7,2296
 1996	-7,2171	-7,2195
1997	-7,2052	-7,2100
1998	-7,2001	-7,2008
1999	-7,1966	-7,1915
2000	-7,1770	-7,1817
2001	-7,1639	-7,1720
2002	-7,1615	-7,1629
2003	-7,1628	-7,1546
2004	-7,1585	-7,1468
2005	-7,1532	-7,1394
2006	-7,1223	-7,1320
2007	-7,1056	-7,1254
2008	-7,1081	-7,1197
2009	-7,1476	-7,1153
2010	-7,1254	-7,1103
2011	-7,1084	-7,1054
2012	-7,1075	-7,1003
2013	-7,1012	-7,0945
2014	-7,0912	-7,0882
2015	-7,0829	-7,0814
2016	-7,0749	-7,0742
2017	-7,0671	-7,0667

Tabelle 12: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmerentgelte, Inland		
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjah	
1960	24,2		27,7		83,9		
1961	25,8	+6,8	28,6	+3,3	94,7	+12,9	
1962	27,4	+6,1	29,5	+2,9	104,8	+10,6	
1963	28,2	+3,0	30,3	+3,0	112,4	+7,3	
1964	29,4	+4,0	31,0	+2,2	123,0	+9,4	
1965	30,6	+4,2	32,0	+3,2	136,5	+11,0	
1966	30,9	+0,9	33,2	+3,6	147,0	+7,7	
1967	30,4	-1,5	33,7	+1,6	146,7	-0,2	
1968	31,7	+4,1	34,2	+1,6	157,6	+7,4	
1969	33,6	+6,2	34,9	+1,9	177,3	+12,6	
1970	36,7	+9,3	36,1	+3,5	210,6	+18,7	
1971	39,5	+7,6	38,1	+5,6	238,7	+13,3	
1972	41,3	+4,5	39,9	+4,7	264,6	+10,9	
1973	43,9	+6,3	42,9	+7,4	301,2	+13,8	
1974	47,1	+7,3	46,3	+8,0	333,1	+10,6	
1975	49,8	+5,7	48,8	+5,5	348,1	+4,5	
1976	51,4	+3,3	50,7	+3,8	376,2	+8,1	
1977	53,0	+3,1	52,0	+2,7	403,9	+7,4	
1978	54,9	+3,5	53,0	+1,9	431,2	+6,8	
1979	57,2	+4,3	56,1	+5,7	466,9	+8,3	
1980	60,4	+5,5	59,9	+6,7	507,6	+8,7	
1981	62,9	+4,2	63,5	+6,1	532,3	+4,9	
1982	65,8	+4,6	66,7	+5,0	549,0	+3,1	
1983	67,6	+2,8	68,9	+3,2	561,2	+2,2	
1984	69,0	+2,0	70,6	+2,5	583,1	+3,9	
1985	70,4	+2,1	71,7	+1,5	606,5	+4,0	
1986	72,5	+3,0	70,9	-1,1	638,7	+5,3	
1987	73,5	+1,3	70,8	-0,1	667,7	+4,5	
1988	74,7	+1,7	72,1	+1,9	695,8	+4,2	
1989	76,9	+2,9	74,9	+3,9	728,0	+4,6	
1990	79,5	+3,4	77,1	+3,0	787,6	+8,2	
1991	81,9	+3,1	79,4	+2,9	858,8	+9,0	
1992	86,3	+5,4	82,8	+4,3	931,8	+8,5	
1993	89,8	+4,0	85,9	+3,6	954,0	+2,4	
1994	92,0	+2,5	88,0	+2,5	978,5	+2,6	
1995	93,9	+2,0	89,3	+1,4	1 014,6	+3,7	
1995	94,5	+0,6	90,1		1 022,9	+0,8	
1996	94,5	+0,8		+1,0		+0,8	
			91,3	+1,3	1 026,2		
1998 1999	95,3 95,5	+0,6 +0,2	91,7	+0,5 +0,4	1 047,2	+2,0 +2,5	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 12: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	coinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmer	entgelte, Inland
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahı
2000	94,8	-0,7	92,8	+0,8	1 114,1	+3,8
2001	95,9	+1,1	94,6	+1,9	1 135,1	+1,9
2002	97,3	+1,4	95,7	+1,2	1 141,5	+0,6
2003	98,3	+1,1	97,2	+1,6	1 144,3	+0,2
2004	99,4	+1,1	98,4	+1,2	1 147,5	+0,3
2005	100,0	+0,6	100,0	+1,7	1 139,4	-0,7
2006	100,3	+0,3	101,0	+1,0	1 157,0	+1,5
2007	101,9	+1,6	102,5	+1,5	1 187,0	+2,6
2008	102,7	+0,8	104,2	+1,6	1 229,4	+3,6
2009	103,9	+1,2	104,2	-0,0	1 232,4	+0,2
2010	104,9	+0,9	106,3	+2,0	1 269,3	+3,0
2011	105,8	+0,8	108,5	+2,1	1 326,3	+4,5
2012	107,2	+1,3	110,3	+1,6	1 373,8	+3,6
2013	109,1	+1,8	112,2	+1,7	1 406,4	+2,4
2014	110,9	+1,7	114,2	+1,8	1 446,8	+2,9
2015	112,7	+1,6	116,2	+1,7	1 485,9	+2,7
2016	114,5	+1,6	118,2	+1,7	1 525,7	+2,7
2017	116,3	+1,6	120,2	+1,7	1 566,6	+2,7

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land					jährliche\	/eränderun	igen in %				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	+2,3	+5,3	+1,7	+3,1	+0,7	-5,1	+4,2	+3,0	+0,8	+0,8	+2,0
Belgien	+1,7	+3,1	+2,4	+3,7	+1,8	-2,8	+2,4	+1,8	-0,2	+0,7	+1,6
Estland	-	-	+4,5	+9,7	+8,9	-14,1	+3,3	+8,3	+2,5	+3,1	+4,0
Griechenland	+2,5	+0,0	+2,1	+4,5	+2,3	-3,1	-4,9	-7,1	-6,0	-4,2	+0,6
Spanien	+2,3	+3,8	+2,8	+5,0	+3,6	-3,7	-0,3	+0,4	-1,4	-1,4	+0,8
Frankreich	+1,6	+2,6	+2,0	+3,7	+1,8	-3,1	+1,7	+1,7	+0,2	+0,4	+1,2
Irland	+3,1	+7,6	+9,8	+10,7	+5,9	-5,5	-0,8	+1,4	+0,4	+1,1	+2,2
Italien	+2,8	+2,1	+2,9	+3,7	+0,9	-5,5	+1,8	+0,4	-2,3	-0,5	+0,8
Zypern	-	-	+9,9	+5,0	+3,9	-1,9	+1,3	+0,5	-2,3	-1,7	-0,7
Luxemburg	+2,9	+5,3	+1,4	+8,4	+5,3	-4,1	+2,9	+1,7	+0,4	+0,7	+1,5
Malta	-	-	+6,2	+6,4	+3,7	-2,4	+3,4	+1,9	+1,0	+1,6	+2,1
Niederlande	+2,3	+4,2	+3,1	+3,9	+2,0	-3,7	+1,6	+1,0	-0,3	+0,3	+1,4
Österreich	+2,5	+4,3	+2,7	+3,7	+2,4	-3,8	+2,1	+2,7	+0,8	+0,9	+2,1
Portugal	+1,6	+7,9	+2,3	+3,9	+0,8	-2,9	+1,4	-1,7	-3,0	-1,0	+0,8
Slowakei	-	-	+5,8	+1,4	+6,7	-4,9	+4,4	+3,2	+2,6	+2,0	+3,0
Slowenien	-	-	+4,1	+4,3	+4,0	-7,8	+1,2	+0,6	-2,3	-1,6	+0,9
Finnland	+3,3	+0,5	+4,0	+5,3	+2,9	-8,5	+3,3	+2,7	+0,1	+0,8	+1,3
Euroraum	-	-	+2,3	+3,8	+1,7	-4,4	+2,0	+1,4	-0,4	+0,1	+1,4
Bulgarien		-	+2,9	+5,7	+6,4	-5,5	+0,4	+1,7	+0,8	+1,4	+2,0
Dänemark	+4,0	+1,6	+3,1	+3,5	+2,4	-5,8	+1,3	+0,8	+0,6	+1,6	+1,3
Lettland	-	-	-0,9	+5,7	+10,1	-17,7	-0,9	+5,5	+4,3	+3,6	+3,9
Litauen	-	-	+3,3	+3,6	+7,8	-14,8	+1,5	+5,9	+2,9	+3,1	+3,6
Polen	-	-	+7,0	+4,3	+3,6	+1,6	+3,9	+4,3	+2,4	+1,8	+2,6
Rumänien	-	-	+7,1	+2,4	+4,2	-6,6	-1,6	+2,5	+0,8	+2,2	+2,7
Schweden	+2,2	+1,0	+3,9	+4,5	+3,2	-5,0	+6,6	+3,9	+1,1	+1,9	+2,5
Tschechien	-	-	+6,2	+4,2	+6,8	-4,5	+2,5	+1,9	-1,3	+0,8	+2,0
Ungarn	-	-	+1,5	+4,2	+4,0	-6,8	+1,3	+1,6	-1,2	+0,3	+1,3
Vereinigtes Königreich	+3,6	+0,8	+3,1	+4,2	+2,8	-4,0	+1,8	+0,9	-0,3	+0,9	+2,0
EU	-	-	+2,6	+3,9	+2,1	-4,3	+2,1	+1,5	-0,3	+0,4	+1,6
Japan	+6,3	+5,6	+1,9	+2,3	+1,3	-5,5	+4,5	-0,8	+2,0	+0,8	+1,9
USA	+4,1	+1,9	+2,5	+4,2	+3,1	-3,1	+2,4	+1,8	+2,1	+2,3	+2,6

Quellen:

Für die Jahre 1985 - 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2012. Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2012.

Stand: November 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

			jährlich	ne Veränderunger	nin%		
Land	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	+2,8	+0,2	+1,2	+2,5	+2,1	+1,9	+1,8
Belgien	+4,5	+0,0	+2,3	+3,5	+2,6	+1,8	+1,6
Estland	+10,6	+0,2	+2,7	+5,1	+4,3	+4,1	+3,3
Griechenland	+4,2	+1,3	+4,7	+3,1	+1,1	-0,8	-0,4
Spanien	+4,1	-0,2	+2,0	+3,1	+2,5	+2,1	+1,3
Frankreich	+3,2	+0,1	+1,7	+2,3	+2,3	+1,7	+1,7
Irland	+3,1	-1,7	-1,6	+1,2	+2,0	+1,3	+1,4
Italien	+3,5	+0,8	+1,6	+2,9	+3,3	+2,0	+1,7
Zypern	+4,4	+0,2	+2,6	+3,5	+3,2	+1,5	+1,3
Luxemburg	+4,1	+0,0	+2,8	+3,7	+2,9	+1,9	+1,8
Malta	+4,7	+1,8	+2,0	+2,5	+2,9	+2,2	+2,2
Niederlande	+2,2	+1,0	+0,9	+2,5	+2,8	+2,4	+1,6
Österreich	+3,2	+0,4	+1,7	+3,6	+2,4	+1,8	+1,9
Portugal	+2,7	-0,9	+1,4	+3,6	+2,9	+0,9	+1,3
Slowakei	+3,9	+0,9	+0,7	+4,1	+3,7	+1,9	+2,0
Slowenien	+5,5	+0,9	+2,1	+2,1	+2,8	+2,2	+1,6
Finnland	+3,9	+1,6	+1,7	+3,3	+3,0	+2,5	+2,2
Euroraum	+3,3	+0,3	+1,6	+2,7	+2,5	+1,8	+1,6
Bulgarien	+12,0	+2,5	+3,0	+3,4	+2,5	+2,6	+2,7
Dänemark	+3,6	+1,1	+2,2	+2,7	+2,4	+2,0	+1,7
Lettland	+15,3	+3,3	-1,2	+4,2	+2,4	+2,1	+2,3
Litauen	+11,1	+4,2	+1,2	+4,1	+3,4	+3,1	+3,0
Polen	+4,2	+4,0	+2,7	+3,9	+3,8	+2,6	+2,4
Rumänien	+7,9	+5,6	+6,1	+5,8	+3,5	+4,9	+3,3
Schweden	+3,3	+1,9	+1,9	+1,4	+1,0	+1,3	+1,8
Tschechien	+6,3	+0,6	+1,2	+2,1	+3,6	+1,1	+1,1
Ungarn	+6,0	+4,0	+4,7	+3,9	+5,6	+5,3	+3,9
Vereinigtes Königreich	+3,6	+2,2	+3,3	+4,5	+2,7	+2,1	+1,9
EU	+3,7	+1,0	+2,1	+3,1	+2,7	+2,0	+1,8
Japan	+1,4	-1,4	-0,7	-0,3	-0,2	-0,1	+0,2
USA	+3,8	-0,4	+1,6	+3,2	+2,1	+2,0	+2,1

Quelle:

EU-Kommission, Herbstprognose, November 2012.

Stand: November 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

				ir	n% der zivile	n Erwerbsb	evölkerung				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	7,2	4,8	8,3	8,0	11,3	7,8	7,1	5,9	5,5	5,6	5,5
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	7,9	8,3	7,2	7,5	7,7	7,8
Estland	-	-	9,7	13,7	7,9	13,8	16,9	12,5	10,5	9,8	9,0
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	9,5	12,6	17,7	23,6	24,0	22,2
Spanien	17,8	14,4	20,0	11,7	9,2	18,0	20,1	21,7	25,1	26,6	26,1
Frankreich	8,9	8,0	10,5	9,0	9,3	9,5	9,7	9,6	10,2	10,7	10,7
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	11,9	13,7	14,4	14,8	14,7	14,2
Italien	8,2	8,9	11,2	10,0	7,7	7,8	8,4	8,4	10,6	11,5	11,8
Zypern	-	-	2,6	4,8	5,5	5,5	6,4	7,9	12,1	13,1	13,9
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	5,1	4,6	4,8	5,4	6,4	6,4
Malta	-	4,8	4,9	6,7	7,3	6,9	6,9	6,5	6,3	6,3	6,2
Niederlande	7,3	5,1	7,1	3,1	5,3	3,7	4,5	4,4	5,4	6,1	6,2
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	4,8	4,4	4,2	4,5	4,7	4,2
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,5	8,6	10,6	12,0	12,9	15,5	16,4	15,9
Slowakei	-	-	13,3	18,9	16,4	12,1	14,5	13,6	13,5	13,5	13,1
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	5,9	7,3	8,2	8,5	9,3	9,6
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	8,2	8,4	7,8	7,9	8,1	8,0
Euroraum	-	-	10,7	8,5	9,1	9,6	10,1	10,1	11,3	11,8	11,7
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	6,8	10,3	11,3	12,7	12,7	12,5
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	6,0	7,5	7,6	7,7	7,7	7,6
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	9,6	18,2	19,8	16,2	15,2	14,3	12,7
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,3	13,7	17,8	15,4	13,5	12,4	10,9
Polen	-	-	13,2	16,1	17,8	8,2	9,6	9,7	10,1	10,5	10,3
Rumänien	-	-	-	6,8	7,2	6,9	7,3	7,4	7,4	7,3	7,3
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	8,3	8,4	7,5	7,5	7,4	6,9
Tschechien	-	-	3,8	8,7	7,9	6,7	7,3	6,7	7,0	7,3	7,1
Ungarn	-	-	10,1	6,3	7,2	10,0	11,2	10,9	10,8	10,8	10,6
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	7,6	7,8	8,0	7,9	8,0	7,8
EU	-	-	-	8,8	9,0	9,0	9,7	9,7	10,5	10,9	10,7
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	5,1	5,1	4,6	4,5	4,4	4,3
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	9,3	9,6	8,9	8,2	7,9	7,5

Quellen:

 $F\"{u}r\ die\ Jahre\ 1985\ bis\ 2005: EU-Kommission,\ "Europ\"{a}ische\ Wirtschaft",\ Statistischer\ Anhang,\ November\ 2012.$

Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2012.

Stand: November 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

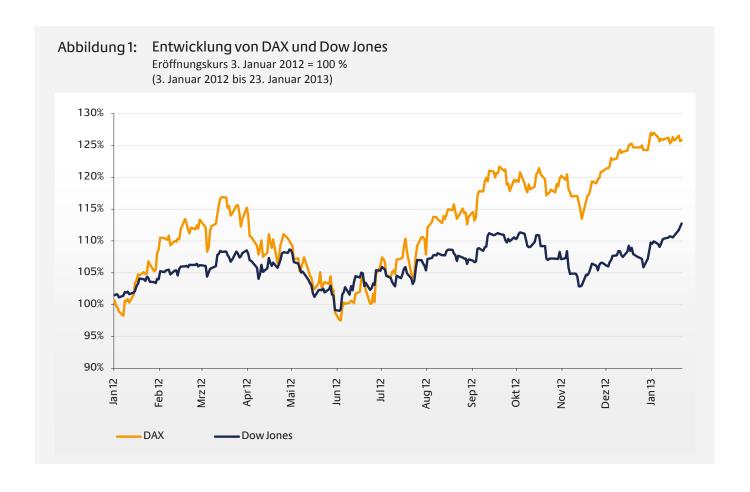
	Real	es Bruttoii	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise			Leistung	ısbilanz	
			Verände	rung gege	nüber Vor	jahr in %			В	in % des no ruttoinlan	ominalen Idprodukts	5
	2010	2011	2012 ¹	2013 ¹	2010	2011	2012 ¹	2013 ¹	2010	2011	2012 ¹	2013 ¹
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	+4,8	+4,9	+4,0	+4,1	+7,2	+10,1	+6,8	+7,7	3,6	4,6	4,2	2,
darunter												
Russische Föderation	+4,3	+4,3	+3,7	+3,8	+6,9	+8,4	+5,1	+6,6	4,7	5,3	5,2	3,
Ukraine	+4,1	+5,2	+3,0	+3,5	+9,4	+8,0	+2,0	+7,4	-2,2	-5,5	-5,6	-6,
Asien	+9,5	+7,8	+6,7	+7,2	+5,7	+6,5	+5,0	+4,9	2,4	1,6	0,9	1,
darunter												
China	+10,4	+9,2	+7,8	+8,2	+3,3	+5,4	+3,0	+3,0	4,0	2,8	2,3	2,
Indien	+10,1	+6,8	+4,9	+6,0	+12,0	+8,9	+10,2	+9,6	-3,2	-3,4	-3,8	-3,
Indonesien	+6,2	+6,5	+6,0	+6,3	+5,1	+5,4	+4,4	+5,1	0,7	0,2	-2,1	-2,
Korea	+6,3	+3,6	+2,7	+3,6	+2,9	+4,0	+2,2	+2,7	2,9	2,4	1,9	1,
Thailand	+7,8	+0,1	+5,6	+6,0	+3,3	+3,8	+3,2	+3,3	4,1	3,4	-0,2	0,
Lateinamerika	+6,2	+4,5	+3,2	+3,9	+6,0	+6,6	+6,0	+5,9	-1,2	-1,3	-1,7	-1,
darunter												
Argentinien	+9,2	+8,9	+2,6	+3,1	+10,5	+9,8	+9,9	+9,7	0,7	-0,1	0,3	-0,
Brasilien	+7,5	+2,7	+1,5	+4,0	+5,0	+6,6	+5,2	+4,9	-2,2	-2,1	-2,6	-2,
Chile	+6,1	+5,9	+5,0	+4,4	+1,4	+3,3	+3,1	+3,0	1,5	-1,3	-3,2	-3,
Mexiko	+5,6	+3,9	+3,8	+3,5	+4,2	+3,4	+4,0	+3,5	-0,4	-1,0	-0,9	-1,
Sonstige												
Türkei	+9,2	+8,5	+3,0	+3,5	+8,6	+6,5	+8,7	+6,5	-6,4	-10,0	-7,5	-7,
Südafrika	+2,9	+3,1	+2,6	+3,0	+4,3	+5,0	+5,6	+5,2	-2,8	-3,3	-5,5	-5,

¹ Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook Oktober 2012.

Tabelle 17:	Übersicht Weltfinar	

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	22.01.2013	2012	zu Ende 2012	2012/2013	2012/2013
Dow Jones	13 712	13 104	+4,6	12 101	13 712
Euro Stoxx 50	2717	2 636	+3,1	2 069	2 727
Dax	7 696	7 612	+1,1	5 9 6 9	7 779
CAC 40	3 741	3 641	+2,8	2 950	3 763
Nikkei	10710	10 395	+3,0	8 296	10913
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	22.01.2013	2012	zu US-Bonds	2012/2013	2012/2013
USA	1,85	1,77		1,39	2,39
Deutschland	1,62	1,32	-0,2	1,14	2,05
Japan	0,73	0,79	-1,1	0,70	1,05
Vereinigtes Königreich	2,06	1,83	+0,2	1,42	2,44
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	22.01.2013	2012	zu Ende 2012	2012/2013	2012/2013
US-Dollar/Euro	1,33	1,32	+0,8	1,21	1,35
Yen/US-Dollar	88,77	86,74	+2,3	76,18	90,05
Yen/Euro	118,18	113,61	+4,0	94,63	119,87
Pfund/Euro	0,84	0,82	+2,4	0,78	0,85



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslo	senquote	
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Deutschland												
EU-KOM	+3,0	+0,8	+0,8	+2,0	+2,5	+2,1	+1,9	+1,8	5,9	5,5	5,6	5,5
OECD	+3,1	+0,9	+0,6	+1,9	+1,1	+1,1	+1,2	+1,2	5,8	5,3	5,5	5,6
IWF	+3,1	+0,9	+0,9	+1,4	+2,5	+2,2	+1,9	+2,1	6,0	5,2	5,3	5,2
USA												
EU-KOM	+1,8	+2,1	+2,3	+2,6	+3,2	+2,1	+2,0	+2,1	8,9	8,2	7,9	7,5
OECD	+1,8	+2,2	+2,0	+2,8	+3,1	+2,1	+1,8	+2,0	8,9	8,1	7,8	7,5
IWF	+1,8	+2,2	+2,1	+2,9	+3,1	+2,0	+1,8	+1,8	9,0	8,2	8,1	7,7
Japan												
EU-KOM	-0,8	+2,0	+0,8	+1,9	-0,3	-0,2	-0,1	+0,2	4,6	4,8	4,7	4,6
OECD	-0,7	+1,6	+0,7	+0,8	-0,3	+0,0	-0,5	+1,3	4,6	4,4	4,4	4,3
IWF	-0,8	+2,2	+1,2	+1,1	-0,3	+0,0	-0,2	+2,1	4,6	4,5	4,4	4,5
Frankreich												
EU-KOM	+1,7	+0,2	+0,4	+1,2	+2,3	+2,3	+1,7	+1,7	9,6	10,2	10,7	10,7
OECD	+1,7	+0,2	+0,3	+1,3	+1,1	+1,1	+1,2	+1,2	9,2	9,9	10,7	10,9
IWF	+1,7	+0,1	+0,4	+1,1	+2,1	+1,9	+1,0	+0,9	9,6	10,1	10,5	10,3
Italien												
EU-KOM	+0,4	-2,3	-0,5	+0,8	+2,9	+3,3	+2,0	+1,7	8,4	10,6	11,5	11,8
OECD	+0,6	-2,2	-1,0	+0,6	+1,1	+1,2	+1,2	+1,2	8,4	10,6	11,4	11,8
IWF	+0,4	-2,3	-0,7	+0,5	+2,9	+3,0	+1,8	+1,0	8,4	10,6	11,1	11,3
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	+0,9	-0,3	+0,9	+2,0	+4,5	+2,7	+2,1	+1,9	8,0	7,9	8,0	7,8
OECD	+0,9	-0,1	+0,9	+1,6	+1,1	+1,1	+1,1	+1,1	8,1	8,0	8,3	8,0
IWF	+0,8	-0,4	+1,1	+2,2	+4,5	+2,7	+1,9	+1,7	8,0	8,1	8,1	7,9
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+2,6	+2,0	+1,8	+2,4	+2,9	+1,6	+1,4	+1,8	7,5	7,3	7,2	6,9
IWF	+2,4	+1,9	+2,0	+2,4	+2,9	+1,8	+2,0	+2,0	7,5	7,3	7,3	7,1
Euroraum												
EU-KOM	+1,4	-0,4	+0,1	+1,4	+2,7	+2,5	+1,8	+1,6	10,1	11,3	11,8	11,7
OECD	+1,5	-0,4	-0,1	+1,3	+1,0	+1,1	+1,1	+1,1	10,0	11,1	11,9	12,0
IWF	+1,4	-0,4	+0,2	+1,2	+2,7	+2,3	+1,6	+1,4	10,2	11,2	11,5	11,2
EZB	+1,7	+1,5	-0,4	+0,5	+1,6	+2,7	+2,5	+1,9	-	-	-	-
EU-27												
EU-KOM	+1,5	-0,3	+0,4	+1,6	+3,1	+2,7	+2,0	+1,8	9,7	10,5	10,9	10,7
IWF	+1,6	-0,2	+0,5	+1,5	+3,1	+2,5	+1,8	+1,6	-4,5	-3,9	-3,2	-2,6

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2012.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO) \ und \ Fiscal \ Monitor, Oktober \ 2012.$

EZB: Eurosystem Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area, März 2012 (nur BIP und Verbraucherpreise sowie nur für den Euroraum); September 2012 (BIP-Wachstum und Verbraucherpreise für den Euroraum, Korrektur für 2012 und 2013).

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Belgien												
EU-KOM	+1,8	-0,2	+0,7	+1,6	+3,5	+2,6	+1,8	+1,6	7,2	7,5	7,7	7,8
OECD	+1,8	-0,1	+0,5	+1,6	+1,0	+1,1	+1,1	+1,1	7,2	7,4	7,7	7,7
IWF	+1,8	+0,0	+0,3	+1,0	+3,5	+2,8	+1,9	+1,4	7,2	7,4	7,9	7,7
Estland												
EU-KOM	+8,3	+2,5	+3,1	+4,0	+5,1	+4,3	+4,1	+3,3	12,5	10,5	9,8	9,0
OECD	+8,3	+3,1	+3,7	+3,4	+1,3	+1,4	+1,4	+1,5	12,5	9,9	9,1	8,7
IWF	+7,6	+2,4	+3,5	+3,5	+5,1	+4,4	+3,2	+2,8	12,5	10,1	9,1	8,4
Finnland												
EU-KOM	+2,7	+0,1	+0,8	+1,3	+3,3	+3,0	+2,5	+2,2	7,8	7,9	8,1	8,0
OECD	+2,7	+0,7	+1,1	+2,2	+1,2	+1,3	+1,3	+1,3	7,8	7,7	8,0	7,8
IWF	+2,7	+0,2	+1,3	+2,1	+3,3	+2,9	+2,3	+2,2	7,8	7,6	7,8	7,7
Griechenland												
EU-KOM	-7,1	-6,0	-4,2	+0,6	+3,1	+1,1	-0,8	-0,4	17,7	23,6	24,0	22,2
OECD	-7,1	-6,3	-4,5	-1,3	+1,2	+1,2	+1,2	+1,2	17,7	23,6	26,7	27,2
IWF	-6,9	-6,0	-4,0	+0,0	+3,3	+0,9	-1,1	-0,3	17,3	23,8	25,4	24,5
Irland												
EU-KOM	+1,4	+0,4	+1,1	+2,2	+1,2	+2,0	+1,3	+1,4	14,4	14,8	14,7	14,2
OECD	+1,4	+0,5	+1,3	+2,2	+1,0	+1,0	+1,0	+1,1	14,5	14,8	14,7	14,6
IWF	+1,4	+0,4	+1,4	+2,5	+1,2	+1,4	+1,0	+1,4	14,4	14,8	14,4	13,7
Luxemburg												
EU-KOM	+1,7	+0,4	+0,7	+1,5	+3,7	+2,9	+1,9	+1,8	4,8	5,4	6,4	6,4
OECD	+1,7	+0,6	+1,2	+2,0	+1,2	+1,2	+1,2	+1,3	5,6	6,1	6,6	6,7
IWF	+1,6	+0,2	+0,7	+1,8	+3,7	+2,5	+2,3	+2,4	5,7	6,2	6,1	5,9
Malta												
EU-KOM	+1,9	+1,0	+1,6	+2,1	+2,5	+2,9	+2,2	+2,2	6,5	6,3	6,3	6,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+2,1	+1,2	+2,0	+2,1	+2,5	+3,5	+2,2	+2,0	6,5	6,0	5,8	5,7
Niederlande												
EU-KOM	+1,0	-0,3	+0,3	+1,4	+2,5	+2,8	+2,4	+1,6	4,4	5,4	6,1	6,2
OECD	+1,1	-0,9	+0,2	+1,5	+1,1	+1,1	+1,2	+1,2	4,3	5,2	5,8	6,1
IWF	+1,1	-0,5	+0,4	+1,4	+2,5	+2,2	+1,8	+1,7	4,4	5,2	5,7	5,3
Österreich												
EU-KOM	+2,7	+0,8	+0,9	+2,1	+3,6	+2,4	+1,8	+1,9	4,2	4,5	4,7	4,2
OECD	+2,7	+0,6	+0,8	+1,8	+1,1	+1,2	+1,2	+1,2	4,1	4,4	4,7	4,7
IWF	+2,7	+0,9	+1,1	+2,0	+3,6	+2,3	+1,9	+1,9	4,2	4,3	4,5	4,3

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Portugal												
EU-KOM	-1,7	-3,0	-1,0	+0,8	+3,6	+2,9	+0,9	+1,3	12,9	15,5	16,4	15,9
OECD	-1,7	-3,1	-1,8	+0,9	+1,1	+1,1	+1,1	+1,1	12,7	15,5	16,9	16,6
IWF	-1,7	-3,0	-1,0	+1,2	+3,6	+2,8	+0,7	+1,1	12,7	15,5	16,0	15,3
Slowakei												
EU-KOM	+3,2	+2,6	+2,0	+3,0	+4,1	+3,7	+1,9	+2,0	13,6	13,5	13,5	13,1
OECD	+3,2	+2,6	+2,0	+3,4	+1,2	+1,2	+1,2	+1,3	13,5	13,7	13,6	13,0
IWF	+3,3	+2,6	+2,8	+3,6	+4,1	+3,6	+2,3	+2,3	13,5	13,7	13,5	12,8
Slowenien												
EU-KOM	+0,6	-2,3	-1,6	+0,9	+2,1	+2,8	+2,2	+1,6	8,2	8,5	9,3	9,6
OECD	+0,6	-2,4	-2,1	+1,1	+1,5	+1,6	+1,6	+1,7	8,2	8,5	9,7	9,8
IWF	+0,6	-2,2	-0,4	+1,7	+1,8	+2,2	+1,5	+1,9	8,2	8,8	9,0	8,7
Spanien												
EU-KOM	+0,4	-1,4	-1,4	+0,8	+3,1	+2,5	+2,1	+1,3	21,7	25,1	26,6	26,1
OECD	+0,4	-1,3	-1,4	+0,5	+1,0	+1,1	+1,1	+1,1	21,6	25,0	26,9	26,8
IWF	+0,4	-1,5	-1,3	+1,0	+3,1	+2,4	+2,4	+1,5	21,7	24,9	25,1	24,1
Zypern												
EU-KOM	+0,5	-2,3	-1,7	-0,7	+3,5	+3,2	+1,5	+1,3	7,9	12,1	13,1	13,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+0,5	-2,3	-1,0	+0,7	+3,5	+3,1	+2,2	+1,8	7,8	11,7	12,5	12,8

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO) und Fiscal Monitor, Oktober 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Bulgarien												
EU-KOM	+1,7	+0,8	+1,4	+2,0	+3,4	+2,5	+2,6	+2,7	11,3	12,7	12,7	12,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+1,7	+1,0	+1,5	+2,5	+3,4	+1,9	+2,3	+2,8	11,3	11,5	11,0	10,2
Dänemark												
EU-KOM	+0,8	+0,6	+1,6	+1,3	+2,7	+2,4	+2,0	+1,7	7,6	7,7	7,7	7,6
OECD	+1,1	+0,2	+1,4	+1,7	+2,8	+2,4	+1,8	+2,0	7,3	7,5	7,4	7,3
IWF	+0,8	+0,5	+1,2	+1,8	+2,8	+2,6	+2,0	+2,0	6,1	5,6	5,3	4,5
Lettland												
EU-KOM	+5,5	+4,3	+3,6	+3,9	+4,2	+2,4	+2,1	+2,3	16,2	15,2	14,3	12,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+5,5	+4,5	+3,5	+4,2	+4,2	+2,4	+2,2	+2,2	16,2	15,3	13,9	12,3
Litauen												
EU-KOM	+5,9	+2,9	+3,1	+3,6	+4,1	+3,4	+3,1	+3,0	15,4	13,5	12,4	10,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+5,9	+2,7	+3,0	+3,5	+4,1	+3,2	+2,4	+2,4	15,4	13,5	12,5	11,5
Polen												
EU-KOM	+4,3	+2,4	+1,8	+2,6	+3,9	+3,8	+2,6	+2,4	9,7	10,1	10,5	10,3
OECD	+4,3	+2,5	+1,6	+2,5	+4,2	+3,6	+2,1	+2,1	9,6	10,1	10,5	10,7
IWF	+4,3	+2,4	+2,1	+2,7	+4,3	+3,9	+2,7	+2,5	9,6	10,0	10,2	9,9
Rumänien												
EU-KOM	+2,5	+0,8	+2,2	+2,7	+5,8	+3,5	+4,9	+3,3	7,4	7,4	7,3	7,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+2,5	+0,9	+2,5	+3,0	+5,8	+2,9	+3,2	+3,0	7,4	7,2	7,0	6,8
Schweden												
EU-KOM	+3,9	+1,1	+1,9	+2,5	+1,4	+1,0	+1,3	+1,8	7,5	7,5	7,4	6,9
OECD	+3,9	+1,2	+1,9	+3,0	+3,0	+1,0	+0,9	+1,7	7,5	7,7	7,9	7,6
IWF	+4,0	+1,2	+2,2	+2,5	+3,0	+1,4	+2,0	+2,0	7,5	7,5	7,7	7,0
Tschechien												
EU-KOM	+1,9	-1,3	+0,8	+2,0	+2,1	+3,6	+1,1	+1,1	6,7	7,0	7,3	7,1
OECD	+1,9	-0,9	+0,8	+2,4	+1,9	+3,2	+2,0	+2,1	6,7	6,9	7,2	7,1
IWF	+1,7	-1,0	+0,8	+2,8	+1,9	+3,4	+2,1	+2,0	6,7	7,0	8,0	7,9
Ungarn												
EU-KOM	+1,6	-1,2	+0,3	+1,3	+3,9	+5,6	+5,3	+3,9	10,9	10,8	10,8	10,6
OECD	+1,6	-1,6	-0,1	+1,2	+3,9	+5,8	+4,8	+3,9	10,9	11,1	11,1	10,8
IWF	+1,7	-1,0	+0,8	+1,6	+3,9	+5,6	+3,5	+3,0	11,0	10,9	10,5	10,4

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2012.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO) \ und \ Fiscal \ Monitor, Oktober \ 2012.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo 2011 2012 2013 20			
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Deutschland												
EU-KOM	-0,8	-0,2	-0,2	0,0	80,5	81,7	80,8	78,4	5,6	5,7	5,0	4,7
OECD	-0,8	-0,2	-0,4	-0,7	80,6	81,8	80,4	79,3	5,7	6,4	5,9	5,3
IWF	-0,8	-0,4	-0,4	-0,3	80,6	83,0	81,5	79,6	5,7	5,4	4,7	4,4
USA												
EU-KOM	-10,1	-8,5	-7,3	-6,2	-	-	-	-	-3,3	-3,1	-2,9	-2,9
OECD	-10,2	-8,5	-6,8	-5,2	102,2	109,8	113,0	114,1	-3,1	-3,0	-3,0	-3,2
IWF	-10,1	-8,7	-7,3	-5,6	102,9	107,2	111,7	113,8	-3,1	-3,1	-3,1	-3,1
Japan												
EU-KOM	-7,8	-8,3	-7,9	-7,7	-	-	-	-	2,0	0,9	1,1	1,3
OECD	-9,3	-9,9	-10,1	-7,9	205,3	214,3	224,3	230,0	2,1	1,1	1,2	1,5
IWF	-9,8	-10,0	-9,1	-7,2	229,6	236,6	245,0	246,2	2,0	1,6	2,3	2,5
Frankreich												
EU-KOM	-5,2	-4,5	-3,5	-3,5	86,0	90,0	92,7	93,8	-2,6	-2,2	-1,8	-1,9
OECD	-5,2	-4,5	-3,4	-2,9	86,0	91,2	94,2	95,8	-2,0	-2,1	-2,0	-1,9
IWF	-5,2	-4,7	-3,5	-2,8	86,0	90,0	92,1	92,9	-2,0	-1,7	-1,7	-1,6
Italien												
EU-KOM	-3,9	-2,9	-2,1	-2,1	120,7	126,5	127,6	126,5	-3,3	-1,2	-0,4	-0,3
OECD	-3,8	-3,0	-2,9	-3,4	120,6	127,8	130,4	132,2	-3,2	-0,9	0,3	0,7
IWF	-3,8	-2,7	-1,8	-1,6	120,1	126,3	127,8	127,3	-3,3	-1,5	-1,4	-1,3
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-7,8	-6,2	-7,2	-5,9	85,0	88,7	93,2	95,1	-1,9	-3,8	-2,2	-1,1
OECD	-8,3	-6,6	-6,9	-6,0	85,0	89,5	93,7	96,7	-1,9	-3,3	-3,5	-3,1
IWF	-8,5	-8,2	-7,3	-5,8	81,8	88,7	93,3	96,0	-1,9	-3,3	-2,7	-2,2
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-4,3	-3,5	-3,0	-2,5	83,4	85,8	85,5	86,0	-2,7	-3,6	-4,0	-3,5
IWF	-4,4	-3,8	-3,0	-2,2	85,4	87,5	87,8	84,6	-2,8	-3,4	-3,7	-3,7
Euroraum												
EU-KOM	-4,1	-3,3	-2,6	-2,5	88,1	92,9	94,5	94,3	0,3	1,1	1,5	1,6
OECD	-4,1	-3,3	-2,8	-2,6	88,1	93,6	95,4	96,3	0,5	1,4	1,9	2,2
IWF	-4,1	-3,3	-2,6	-2,1	88,0	93,6	94,9	94,7	0,4	1,1	1,3	1,4
EU-27												
EU-KOM	-4,4	-3,6	-3,2	-2,9	83,0	86,8	88,5	88,6	0,0	0,4	0,9	1,1
IWF	-4,5	-3,9	-3,2	-2,6	82,1	87,2	88,8	88,8	0,2	0,5	0,7	0,8

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO) und Fiscal Monitor, Oktober 2012.

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	:e		Leistung	sbilanzsaldo)
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Belgien												
EU-KOM	-3,7	-3,0	-3,4	-3,5	97,8	99,9	100,5	101,0	1,0	0,7	0,9	1,2
OECD	-3,9	-2,8	-2,3	-1,7	97,8	99,0	98,7	97,7	-1,4	-1,3	-1,4	-1,3
IWF	-3,9	-3,0	-2,3	-1,5	97,8	99,0	99,4	98,6	-1,0	-0,1	0,3	0,8
Estland												
EU-KOM	1,1	-1,1	-0,5	0,3	6,1	10,5	11,9	11,2	0,3	-0,9	0,1	0,4
OECD	1,2	-1,0	-0,3	0,2	6,1	10,8	12,3	12,0	2,0	-0,3	0,2	0,2
IWF	1,0	-2,0	-0,4	-0,4	6,0	8,2	9,7	9,3	2,1	0,7	-0,1	-1,8
Finnland												
EU-KOM	-0,6	-1,8	-1,2	-1,0	49,0	53,1	54,7	55,0	-1,1	-1,6	-1,6	-2,0
OECD	-0,9	-1,4	-1,0	-0,4	49,1	53,4	56,6	58,8	-1,3	-1,0	-1,2	-0,7
IWF	-0,8	-1,4	-0,9	-0,3	49,1	52,6	53,9	54,1	-1,2	-1,6	-1,7	-1,6
Griechenland												
EU-KOM	-9,4	-6,8	-5,5	-4,6	170,6	176,7	188,4	188,9	-11,7	-8,3	-6,3	-5,2
OECD	-9,5	-6,9	-5,6	-4,6	170,5	176,7	188,6	195,2	-9,9	-5,5	-4,6	-2,3
IWF	-9,1	-7,5	-4,7	-3,4	165,4	170,7	181,8	180,2	-9,8	-5,8	-2,9	-2,6
Irland												
EU-KOM	-13,4	-8,4	-7,5	-5,0	106,4	117,6	122,5	119,2	1,1	2,3	3,4	4,4
OECD	-13,3	-8,1	-7,5	-5,3	106,4	117,3	121,9	122,0	1,1	4,0	5,2	6,4
IWF	-12,8	-8,3	-7,5	-5,0	106,5	117,7	119,3	118,4	1,1	1,8	2,7	3,7
Luxemburg												
EU-KOM	-0,3	-1,9	-1,7	-1,8	18,3	21,3	23,6	26,9	7,1	4,4	4,9	4,7
OECD	-0,3	-2,0	-1,7	-0,9	18,3	22,3	25,1	26,9	7,1	5,8	7,8	9,3
IWF	-0,6	-2,5	-1,8	-2,0	18,2	21,7	24,6	27,3	7,1	7,3	7,1	7,0
Malta												
EU-KOM	-2,7	-2,6	-2,9	-2,6	70,9	72,3	73,0	72,7	-0,3	2,1	1,8	1,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,7	-2,5	-2,2	-1,9	71,6	71,8	71,1	69,7	-1,3	-1,5	-1,6	-1,7
Niederlande												
EU-KOM	-4,5	-3,7	-2,9	-3,2	65,5	68,8	69,3	70,3	8,3	9,2	9,8	9,8
OECD	-4,4	-3,8	-3,0	-2,5	65,4	72,1	73,1	73,5	9,7	8,4	8,4	9,0
IWF	-4,7	-3,7	-3,2	-3,6	65,2	68,2	70,2	71,9	8,5	8,2	8,2	8,0
Österreich												
EU-KOM	-2,5	-3,2	-2,7	-1,9	72,4	74,6	75,9	75,1	1,1	1,1	1,2	1,6
OECD	-2,5	-3,1	-2,7	-2,1	72,2	75,6	77,6	78,5	1,9	1,8	2,0	2,5
IWF	-2,6	-2,9	-2,1	-1,8	72,3	74,3	74,9	74,4	1,9	1,9	1,6	1,6

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	te		Leistung	sbilanzsaldo)
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Portugal												
EU-KOM	-4,4	-5,0	-4,5	-2,5	108,1	119,1	123,5	123,5	-6,6	-3,0	-1,8	-1,5
OECD	-4,4	-5,2	-4,9	-2,9	108,1	115,5	123,0	124,5	-6,5	-2,9	-1,5	-0,6
IWF	-4,2	-5,0	-4,5	-2,5	107,8	119,1	123,7	123,6	-6,4	-2,9	-1,7	-1,2
Slowakei												
EU-KOM	-4,9	-4,9	-3,2	-3,1	43,3	51,7	54,3	55,9	-2,5	1,4	1,4	2,2
OECD	-4,9	-4,6	-2,9	-2,4	43,3	52,2	54,9	56,2	-2,1	1,7	1,8	3,1
IWF	-4,8	-4,8	-2,9	-2,9	43,3	46,3	47,2	47,6	0,1	0,8	0,3	0,3
Slowenien												
EU-KOM	-6,4	-4,4	-3,9	-4,1	46,9	54,0	59,0	62,3	0,1	2,0	2,7	2,3
OECD	-6,4	-4,3	-3,6	-3,0	46,9	53,9	58,5	61,0	0,0	2,5	5,1	6,4
IWF	-5,6	-4,6	-4,4	-2,8	46,9	53,2	57,4	58,7	0,0	1,1	1,0	0,9
Spanien												
EU-KOM	-9,4	-8,0	-6,0	-6,4	69,3	86,1	92,7	97,1	-3,7	-2,4	-0,5	0,4
OECD	-9,4	-8,1	-6,3	-5,9	69,3	86,1	92,6	97,6	-3,5	-2,0	0,5	1,8
IWF	-8,9	-7,0	-5,7	-4,6	69,1	90,7	96,9	100,0	-3,5	-2,0	-0,1	0,7
Zypern												
EU-KOM	-6,3	-5,3	-5,7	-6,0	71,1	89,7	96,7	102,7	-4,2	-6,3	-3,5	-3,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-6,3	-4,8	-5,6	-6,4	71,6	87,3	92,6	97,6	-10,4	-3,5	-2,0	-2,2

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO) und Fiscal Monitor, Oktober 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Bulgarien												
EU-KOM	-2,0	-1,5	-1,5	-1,1	16,3	19,5	18,1	18,3	1,7	-1,6	-2,1	-2,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,0	-1,1	-1,1	-0,5	15,5	17,9	16,4	18,4	0,9	-0,3	-1,5	-2,1
Dänemark												
EU-KOM	-1,8	-3,9	-2,0	-1,7	46,6	45,4	44,7	45,3	6,6	5,6	4,6	4,2
OECD	-2,0	-4,1	-2,1	-1,7	46,4	45,9	45,8	45,5	5,6	5,6	5,3	4,9
IWF	-1,9	-3,9	-2,0	-1,9	44,1	47,1	47,6	47,8	6,7	5,0	4,6	4,5
Lettland												
EU-KOM	-3,4	-1,7	-1,5	-1,4	42,2	41,9	44,3	44,9	-2,4	-2,9	-3,1	-3,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-3,1	-1,3	-1,5	-1,2	37,8	37,4	40,6	38,5	-1,2	-1,6	-2,8	-3,4
Litauen												
EU-KOM	-5,5	-3,2	-2,8	-2,3	38,5	41,6	40,8	40,5	-3,7	-2,9	-3,0	-3,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-5,6	-3,3	-2,9	-2,9	38,5	40,0	40,5	40,8	-1,5	-1,1	-1,4	-2,3
Polen												
EU-KOM	-5,0	-3,4	-3,1	-3,0	56,4	55,5	55,8	56,1	-4,5	-3,9	-3,3	-3,7
OECD	-5,0	-3,5	-2,9	-2,3	56,5	57,3	58,4	58,5	-4,8	-3,5	-3,0	-2,8
IWF	-5,1	-3,4	-3,1	-2,6	56,3	55,1	55,3	55,0	-4,3	-3,7	-3,8	-3,7
Rumänien												
EU-KOM	-5,5	-2,8	-2,4	-2,0	33,4	34,6	34,8	34,8	-4,1	-4,1	-4,2	-4,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-4,1	-2,2	-1,8	-1,4	33,0	34,6	34,5	33,7	-4,4	-3,7	-3,8	-3,9
Schweden												
EU-KOM	0,4	0,0	-0,3	0,4	38,4	37,4	36,2	34,1	6,5	6,4	6,5	6,5
OECD	0,2	-0,3	-0,8	-0,2	38,4	37,7	37,1	36,4	6,5	6,2	6,0	5,9
IWF	0,1	-0,2	-0,2	0,2	37,9	37,1	35,9	34,1	6,9	7,2	7,8	7,6
Tschechien												
EU-KOM	-3,3	-3,5	-3,4	-3,2	40,8	45,1	46,9	48,1	-3,9	-2,9	-2,1	-1,3
OECD	-3,2	-3,3	-3,3	-2,7	40,8	44,1	47,3	49,7	-2,7	-0,1	-0,5	-1,9
IWF	-3,1	-3,2	-3,0	-2,8	40,5	43,1	45,0	45,6	-3,0	-2,4	-2,2	-2,0
Ungarn												
EU-KOM	4,3	-2,5	-2,9	-3,5	81,4	78,4	77,1	76,8	1,0	1,6	2,6	2,6
OECD	4,3	-3,0	-2,7	-2,7	81,4	78,9	77,8	77,1	0,9	1,7	3,4	4,4
IWF	4,2	-2,9	-3,7	-3,8	80,6	74,0	74,2	75,3	1,4	2,6	2,7	0,7

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO) und Fiscal Monitor, Oktober 2012.

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, Januar 2013

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung: heimbüchel pr Köln kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X